ZEIT-
SCHRIFT
FÜR
GEOPOLITIK

I. JAHRGANG 1924
HEFT 6 · JUNI

EINZELPREIS
DES HEFTES
GM 2.00



BERLIN-HALENSEE
KURT VOWINCKEL VERLAG

ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Herausgegeben von *Dr. K. Haushofer,* Honorarprofessor a. d. Univ., Gen.-Major a. D., München, Arcisstr. 30. Fernspr. 57312 u. *Dr. E. Obst,* o. Professor a. d. Technischen Hochschule, Hannover, Geibelstr. 24, Fernspr. Nord 8186 / Unter ständiger Mitarbeit von: *Dr. H. Lautensach,* Hannover, Freiligrathstr. 9 u. Privatdozent *Dr. F. Termer,* Würzburg, Institut für Amerikaforschung a. d. Univ., Fernspr. 1644 / Schriftleitung *Dr. F. Hesse,* Berlin, Johann Sigismundstr. 2, Fernspr. Pfalzburg 5507

I. JAHRGANG
HEFT 6 · JUNI 1924

INHALT:

DER PREIS:

Das Einzelheft . . . . GM 2.—, schw. Frs. 3.—, sh 2.6, $ 0.50
Die Vierteljahresfolge . . . . GM 6.—, schw. Frs. 7.50, sh 6.-, $ 1.50
Die Halbjahresfolge: . . . . . GM 12.—, schw. Frs. 15.—, sh 12.-, $ 3.—
Die Jahresfolge mit Register: GM 24.—, schw. Frs. 30.—, £ 1.4.-, $ 6.—

Der Preis für Länder mit andrer Währung ergibt sich durch Umrechnung.

Der Betrag wird erbeten durch Überweisung auf das Postscheckkonto Zeitschrift für Geopolitik, Berlin 16019 oder durch Einsendung von Noten und Schecks

ANSCHRIFTEN DER MITARBEITER DIESES HEFTES:

Dr. A. Günther, o. Professor a. d. Universität, Innsbruck
L. Hamilton, Lektor a. d. Universität und Dozent a. d. technischen Hochschule, Berlin W 15, Düsseldorferstr. 10
Dr. K. Haushofer, a. o. Professor a. d. Universität, Gen.-Major a. D., München, Arcisstraße 30
Dr. H. Lautensach, Hannover, Freiligrathstr. 9
D. J. März, O. Z. am Abend, Gleiwitz
Dr. O. Schlüter, o. Professor a. d. Universität, Halle, Ulestr. 3
Dr. R. Sieger, o. Professor a. d. Universität, Graz, Höckstr. 43
Dr. F. Termer, Privatdozent a. d. Universität Würzburg, Institut für Amerikaforschung

KURT VOWINCKEL VERLAG
BERLIN-HALENSEE / JOHANN SIGISMUNDSTRASSE 2

ROBERT SIEGER: RUDOLF KJELLÉN

Wenige wissenschaftliche Werke haben in Deutschland so rasche und so weite Verbreitung und Anerkennung gefunden, wie vor einem Jahrzehnt des Schweden Kjellén kurze deutsche Ausgabe seiner „Stormakterna" und durch diese und seine folgenden Arbeiten ist er in viel weiteren Kreisen bekannt und wirksam geworden, als sein Meister Ratzel. Da war es nun bezeichnend, daß man nicht wußte, wohin man seine wissenschaftliche Tätigkeit einordnen sollte; Historiker, Staatswissenschaftler, Geograph, Volkswirtschaftler, Politiker wurde er von den Kritikern seiner Werke genannt. Und in der Tat, von alledem lag etwas in seiner vielseitigen und eigenartigen Persönlichkeit. Er selbst hat sich zumeist als Staatswissenschaftler bezeichnet. Aber er war ein Staatswissenschaftler, der sich mit geographischem Wissen und geographischer Auffassung bereichert hatte, und eine Zeitlang auf dem Wege zum geographischen Darsteller und Forscher. Es ist sein hohes Verdienst, Ratzels Gedankenwelt den Kreisen der Staatswissenschaftler und der praktischen Politiker lebendig gemacht zu haben. Damit hängt auf das Engste zusammen, daß er in die schlaff gewordenen Schläuche der alten „Staatenkunde" neuen Wein gefüllt und die Notwendigkeit dieser Wissenschaft, die neben der allgemeinen Staatslehre steht, wie die Länderkunde neben der allgemeinen Geographie, auch als akademisches Unterrichtsfach so schlagend erwiesen hat, daß sie außer in Schweden, wo sie noch ein dürftiges Dasein führte, auch anderwärts, so 1917 nach einer eingehenden Begründung durch Penck und Pohle in Berlin, Eingang an die Hochschule fand. Indem er den Großteil der politischen Geographie der Staatswissenschaft und insbesondere die politische Länderkunde der Staatenkunde als „Geopolitik" eingliederte, kam er zu einem System der wissenschaftlichen Politik, das er schließlich in voller Klarheit und Eindringlichkeit entwickelte. Der Grundgedanke seiner „biologischen" oder „organischen Staatslehre", von ihm bis ins einzelne durchgebildet, ist die Ratzelsche Anschauung, daß der Staat nicht nur mit einem Organismus vergleichbar, sondern ein wirklicher Organismus sei, der geboren wird, lebt und stirbt. Durch diese grundsätzliche Neuorientierung (man mag ihr zustimmen oder sie ablehnen, wie ich dies zum großen Teil tun muß) und durch die große Bereicherung, die

wissenschaftliche Erkenntnis und Methodik seinen Arbeiten im einzelnen verdankt, ist er von so großem Einfluß auf seine Zeit geworden, daß der Wunsch der Herausgeber dieser Zeitschrift, den Schöpfer des Begriffs „Geopolitik" anläßlich des 60. Geburtstages, den er nicht mehr erleben sollte, einer kurzen Würdigung zu unterziehen, volle Berechtigung hat [1]).

Kjellén war ein systematischer, streng logischer und zu theoretischen Erwägungen geneigter, wohl auch bisweilen etwas doktrinärer Denker. Darüber darf die leichte und flüssige, von manchen mit Unrecht als „journalistisch" getadelte Darstellung, die Neigung zu packenden bildlichen Wendungen, die aus der scharfen Herausarbeitung des Wesentlichen manchmal hervorgehende starke Vereinfachung des Verwickelten nicht hinwegtäuschen. Es ist ein großer Genuß, in frühen Arbeiten Kjelléns zu erkennen, wie bald die Grundlinien seines Systems gelegt waren. Aber er hatte auch einen hervorragenden praktischen Sinn, den er durch seine Tätigkeit im politischen Leben schulte, und so baute er seine Darstellung weniger aus der Analyse von Begriffen auf als aus der Synthese von Tatsachen und Beobachtungen. Er führte sein System an und aus den zahlreichen Beispielen und Einzelfällen aus, die er überaus anschaulich zu beleuchten und zu gruppieren verstand, ehe er es als geschlossenes Ganzes vorführte. So waren die Begründungen gleichsam schon im Voraus gegeben. Das erklärt die starke Wirkung seiner abschließenden theoretischen Arbeiten.

Kjelléns Werdegang erklärt sich zum guten Teil aus den besonderen Verhältnissen seines Heimatlandes. Die Geographie war hier hinter der glänzenden Entwicklung der Naturwissenschaften zurückgeblieben, die einen großen Teil ihres Arbeitsgebietes an sich gezogen hatten. Sie war wesentlich ein Schulfach, das als solches hervoragende methodische Pflege fand. Eine wissenschaftlich geographische Länderkunde Schwedens fehlte, wenn auch landschaftliche Monographien und allgemeingeographische Untersuchungen bereits vortreffliche Bausteine geliefert hatten. Das ist seither anders geworden. Damals aber fand die Geographie an den Hochschulen noch eine recht bescheidene Unterkunft im Rahmen der Staatenkunde. Ein Mann, auf den Ratzel so stark gewirkt hatte, wie auf Kjellén — auch der zu früh verschiedene Karl Ahlenius, ein Bahnbrecher der Anthropogeographie, war übrigens von Ratzel vielfach angeregt — mußte diese Lücke schmerzlicher empfinden, als die hervorragenden Morphologen aus geologischer Schule. Dazu kam ein äußerer Umstand. Als Johann Rudolf Kjellén, geboren am 13. Juni 1864 zu Torsö in Västergötland, 1890 auf Grund einer Arbeit über die Ministerverantwortlichkeit Dozent der Staatswissenschaften in Uppsala und ein Jahr später an der jungen Hochschule in Göteborg wurde, hatte er auch Prüfungen aus Geographie abzuhalten und mußte sich mit allen Teilen dieses Faches beschäftigen. Auch sein früher Eintritt ins politische Leben scheint ihn in der Überzeugung bestärkt zu haben,

daß eine gesunde Politik nicht nur der Geschichte, in der er sich schon an der Universität in Uppsala gründlich ausgebildet hatte, als Grundlage bedarf, sondern ebensosehr der Geographie. So faßte er den Plan, eine zusammenfassende moderne Geographie Schwedens zu schreiben, die auf wissenschaftlicher Grundlage beruht. Nach Veröffentlichung mehrerer mir nicht bekannter staatswissenschaftlicher Arbeiten [2]) ließ er die Ergebnisse geographischer Forschungen erscheinen. 1899 brachte die Zeitschrift Ymer seine „Studier öfver Sveriges politiska gränser", eine in vielem grundlegende Arbeit. Nach eingehender Beschreibung und geschichtlicher Darstellung der schwedischen Grenze und ihrer einzelnen Strecken, ihrer Veränderungen und ihrer Bezeichnung folgt die „geopolitische Analyse" (hier begegnet also schon der Name Geopolitik) mit ihrer scharfen Unterscheidung zwischen Natur-, Kultur- und Konstruktionsgrenzen und ihren vielen politisch-geographischen Ausblicken. Im nächsten Jahr folgte in der Sammlung populärwissenschaftlicher Vorlesungen der Göteborger Hochschule die „Inledning till Sveriges geografi". Schon hier wird S. 17 die Ansicht ausgesprochen, Ratzels politische Geographie und der Hauptteil seiner Anthropogeographie führe aus dem Bereich der Geographie weg und in das der Politik. „Ich möchte es Geopolitik nennen" sagt Kjellén. Die „Einleitung" umfaßte daher allgemeine Voraussetzungen, das Kartenbild Schwedens und dessen historische Entwicklung, den völkerrechtlichen Umfang des heutigen Territoriums, die allgemeine Morphologie (d. h. die politisch-geographische Lage) des Landes und die kritische Analyse seiner Grenzen. Der gemeinsame Grundgedanke dieser Ausführungen, in denen zum erstenmal auch die Seegrenze (das Territorialmeer) behandelt ist, ist die Frage „inwieweit Schweden ein geographischer oder blos ein politischer Begriff ist". Nach der Auffassung des Verfassers stellt dies Buch also die geopolitischen Prolegomena zu dem geographischen Werk dar, dessen Plan er (S. 26 ff.) folgendermaßen entwickelt: endogene Dynamik, exogene Dynamik, Morphologie, Hydrographie, Klimatologie, Biogeographie. Von diesen Kapiteln nahm Kjellén zunächst das erstgenannte mit Eifer in Angriff. Eine ganze Reihe von Arbeiten über endogene Wirkungen, Vulkanismus und Erdbeben sind von ihm erschienen, die letzten noch zu einer Zeit, da er seinen Plan fallen lassen und sich eine neue Lebensaufgabe gesteckt hatte [3]).

Dies geschah wieder unter der Einwirkung äußerer Verhältnisse und der inneren Entwicklung Kjelléns. Die Übernahme der ordentlichen Professur für Staatswissenschaften in Göteborg 1910 enthob ihn der geographischen Lehrverpflichtung. Einzelnes von seinen physischgeographischen Veröffentlichungen stieß auf berechtigten Widerspruch; in der eigentlichen naturwissenschaftlichen Beobachtungsarbeit scheint ihn eine gewisse Neigung zu abstrakten Gedankengängen beirrt zu haben. Vor allem aber gewannen die Studien, die er selbst als geopolitische bezeichnet hatte, immer mehr Anziehungskraft für ihn und er verfolgte die Wege

weiter, die er um die Jahrhundertwende betreten hatte. Sie führten ihn mit großer Folgerichtigkeit über den Ausbau der „geopolitischen“ Länderkunde zu dem der Staatenkunde überhaupt und zu einem System der besonderen, wie der allgemeinen Staatswissenschaft, das — wie er mit Recht hervorhob — zwar auf der biologischen Auffassung des Staats als Organismus aufgebaut wurde, aber sich unabhängig von dieser theoretischen Grundlage für jede Behandlung des Staats eignet, die diesen darstellen will, wie er wirklich ist.

1905 erschien in Stockholm das zweibändige Werk „Stormakterna“, das er im Untertitel als „Konturen um die Großpolitik der Gegenwart“ bezeichnet hat. Es unterzieht die einzelnen Großmächte der Vergangenheit und insbesondere die der Gegenwart auf Grund eindringender Studien und scharfsinniger Beobachtungen einer Betrachtung mit Rücksicht auf die Grundlagen ihrer Lebenstätigkeit und Lebensfähigkeit; eine allgemeine Einleitung über die Weltlage (in Kjelléns Sprache: die planetarische Situation) und die vergleichende Schlußzusammenfassung insbesondere sind von großen Gesichtspunkten beherrscht. Kjellén — von dem Meinecke einmal gesagt hat, ihm seien Rankes Grundideen über die Lebensfunktionen der Großmächte in Fleisch und Blut übergegangen — sieht das Wesen der Großmacht in einem einheitlichen und starken, mit reichlichen Machtmitteln ausgerüsteten Willen. Aber dieser schwebt ihm nicht in der Luft, sondern ist in Boden, Raum und Volk begründet. Der Staat strebe nach Harmonie auf allen Gebieten seiner Betätigung. Das Maß dieser Harmonie ist Gegenstand der Untersuchung. Grundsätzlich wird sie in der Persönlichkeit des Landes, d. h. der Erreichung der Wasserscheidengrenzen, und der des Staatsvolks, also im Nationalstaat, gesucht und von dieser Doktrin nur widerstrebend Ausnahmen zugegeben. Das inhalt- und gedankenreiche Werk, dessen Verfasser ein gut Teil der Welt aus eigener Anschauung kannte, ist dann 1911—1913 nach weiteren großen Reisen in zweiter Auflage auf vier, allerdings kleinere Bände erweitert worden. Aber — obwohl Kjellén in der deutschen wissenschaftlichen Welt durch seine „geopolitischen Betrachtungen über Skandinavien“ (Geogr. Zeitschr. 1905), eine ebenso vornehme als tiefgreifende Erwiderung auf Reusch' Versuch einer geographischen Begründung der Loslösung Norwegens, bekannter (allerdings wenig verstanden) worden war — ist der von mir schon damals nachdrücklich ausgesprochene Wunsch nach einer deutschen Ausgabe erst erfüllt worden, als er 1914 sein Werk in einem knappen Bändchen konzentriert hatte. Der Zeitpunkt des Erscheinens dieses Werkes „Die Großmächte der Gegenwart“ und die freundliche Stellung seines Verfassers zu unserem Volk und dessen politischen Bestrebungen hat ihm in kurzer Zeit zu einer großen Zahl von Auflagen verholfen, deren letzte 1921 (unter den Titel: „Die Großmächte und die Weltkrise“) durch die eingehende Behandlung der Neugestaltungen der Kriegs- und Nachkriegszeit ihre

besondere Eigenart erhielt. Vorangegangen waren ihr die ebenso meisterhafte Arbeit über „Die politischen Probleme des Weltkrieges“ (zuerst 1916) und die mehr volkstümlichen „Studien zur Weltkrise“ (zuerst 1917).

Die kräftige Betonung der bisher so leicht übersehenen geographischen Grundlagen und der starke Wirklichkeitssinn — von dem man trotz gelegentlicher Irrtümer, wie der anfänglichen Überschätzung Wilhelm II., durchaus sprechen darf — zeigten sich für uns besonders fruchtbar in der Beurteilung Deutschlands, seiner großen Aufgaben und Möglichkeiten, aber auch der Gefahren, die es umdrohten. Fast als Prophet des Weltkrieges erschien der schwedische Verfasser, aber auch als Verkünder der Ideale, die in dem vielgelästerten deutschen „Imperialismus“ lebten. Mit Recht erkannte er das hohe Verantwortlichkeitsgefühl gegen die Welt, das unser Volk beseelt hat. Bezeichnend für Kjelléns feines Gefühl für den Ideengehalt des Krieges, aber auch für seine innerpolitische Stellung, die mit seiner wissenschaftlichen Arbeit eng verbunden war, ist das Schriftchen „Die Ideen von 1914“ (Leipzig 1915). Er sieht in Deutschland oder erhofft doch von seinem, auch für Schweden wünschenswerten, Siege die Synthese zwischen der Gedankenwelt des ancien régime, die im russischen Polizeistaat noch lebte, und den Ideen von 1789, unter deren Zeichen die westliche Demokratie stand. Die Leitworte dieser Synthese sind ihm: Pflicht, Ordnung, Gerechtigkeit. So ist ihm der Krieg das Bündnis der These mit der Antithese gegen die Synthese. Denn diese „ist ein Kind, das bei seiner Geburt Vater und Mutter ums Leben bringt, während es zugleich ihre besten Eigenschaften in die Zukunft trägt“. Das Suchen nach einem solchen „Gleichgewicht zwischen moderner Demokratie und monarchisch-bürokratischer Überlieferung“ fasse ich als ein Ergebnis, wenn man will eine Pflicht, der geographischen Lage, auf. Deutlich ausgesprochen hat dies Kjellén nicht für Deutschland, aber für sein Vaterland, dessen allgemeiner Typus für ihn „der zentrale, wie der Deutschlands — vielleicht nur einen Strich mehr im Westen“ ist (Schweden S. 163).

Schritt für Schritt hatte sich Kjellén in seinen staatenkundlichen Untersuchungen die Gliederung der Politik in 5 Gebiete — der Staat als Reich (Geopolitik), der Staat als Volk (Demopolitik), der Staat als Haushalt (Ökopolitik), der Staat als Gesellschaft (Soziopolitik) und der Staat als Regiment (Kratopolitik) — aus einer ursprünglichen Dreigliederung erarbeitet. Schon in seinen Vorlesungen 1908 hatte er seine Staatslehre als System vorgeführt. Aber erst 1917 erschien, zugleich in deutscher Ausgabe, das Werk „Der Staat als Lebensform“ und 1920 der „Grundriß zu einem System der Politik“, vorbereitet durch eine Reihe von Abhandlungen „Undersökningar till politikens system“ (Statsvetenskaplig Tidskrift 1918 und 1919). Als unmittelbare Anwendung seiner Theorie in ihrer letzten Ausgestaltung, als „das erste Beispiel einer nach den Methoden des Verfassers durchgeführten

politischen Monographie“ hat er uns das kleine Meisterwerk über Schweden (deutsch als 1. Band von Meineckes Sammlung „Nachbarvölker Deutschlands“ 1917) geschenkt.

An dieser Stelle darf wohl auf seine Anschauungen über die Stellung der politischen Geographie im System der Wissenschaften eingegangen werden. 1917 sagte er (Staat als Lebensform 43), der Gegenstand der Geopolitik sei nicht das Land, sondern immer und allein das mit politischer Organisation durchdrungene Land, das „Reich“, wie er mit mehr schwedischem, als deutschem Sprachgebrauch sagt[4]). 1920 (Grundriß 28ff.) erläutert er das dahin, daß das „nackte Land“ die Politik nur als Form, Territorium, und als Inhalt, Dominium, interessiere, aber immer und allein als Element der Macht. „Hieraus ergibt sich unter anderem ein ganz anderes System der Übersicht über die Erde für die analytische Geopolitik als für die politische Geographie. Ein Beispiel mag genügen: Indien ist für die letztere ein asiatisches, für die erstere jedoch ein britisches und im Hinblick hierauf ein europäisches Land; denn die politische Macht, die es organisiert und durchsäuert, ist die britische“[5]). Gerade dies Beispiel scheint mir die Willkürlichkeit der Abgrenzung oder vielmehr ihre Unmöglichkeit darzutun. Denn eine machtpolitische Betrachtung Indiens kann unmöglich die Widerstände und Gefahren beiseite lassen, die England als Folge der Zugehörigkeit Indiens zu den südostasiatischen Monsunländern bedrohen. Kjellén hatte sich denn auch (ebd. 34ff.) mit der Auffassung Pohles auseinanderzusetzen: „geopolitisch sind“ nach diesem „in gewissem Sinn überhaupt alle Bestrebungen der Staaten“. Und er muß sich auch gegen das „Mißverständnis“ wehren, als sei das geopolitische Kapitel der Kernpunkt seines Systems[6]). Wenn er dann weiter (ebd. 63ff.) die Reichslage, Reichsgestalt und das Reichsgebiet als physische Ausfüllung des Staatsraumes als Gegenstand der Geopolitik bezeichnet, so bleibt für die politische Geographie wenig besonderes mehr übrig. Kjellén ist denn auch völlig in seine Auffassung von 1900 zurückverfallen, wenn er in einer Antikritik gegen Radnitzky sagt, seine Arbeit füge in das System „auch die politische Geographie in weitestem Sinne (Haushalt, Volk und Reich)“ ein[7]. So erscheint die Abgrenzung der Geopolitik sowohl innerhalb der Staatswissenschaft, wie auch gegenüber der Geographie eine Sisyphusarbeit. In der letzteren Hinsicht werden wir uns wohl damit zu bescheiden haben, daß ein für zwei Wissenschaften wichtiges Grenzgebiet von beiden beansprucht und je nach dem vorwaltenden Gesichtspunkt etwas verschieden behandelt und verschieden benannt wird. Schaden kann daraus nur erwachsen, wenn einer der beiden Gesichtspunkte zu einseitig vorherrscht. Gerade in der Vermittlerstellung zwischen zwei Auffassungen scheint mir Kjelléns hervorragendes Verdienst zu liegen. Die Einführung der räumlichen Gesichtspunkte in alle Teile der Politik, wenn sie auch in manchen davon weniger hervortreten, ist im Grunde seine

Lebensarbeit, wenn er auch daneben noch Bedeutendes auf anderen Gebieten der Staatswissenschaften und der Geographie geleistet hat.

Kjelléns politische Wirksamkeit kann nicht übergangen werden. Die vornehme Sachlichkeit und der Weitblick, der sie beherrscht, ebenso aber auch der hohe Idealismus, der sie beseelt, wurzeln in seinem wissenschaftlichen Ernst. Bezeichnend sind die Ausführungen am Schlusse seines Werkes über den Staat als Lebenform. Wie für das Individuum nicht das Glück, sondern „die Verbesserung der Persönlichkeit zu immer größer werdender Vervollkommnung" das Ziel ist, so liegt auch der Zweck des Staats darin „die Volksanlage zu vervollkommnen". Unter solchem Leitgedanken wirkte er 1905 bis 1911 in der zweiten Kammer als Mitglied der „Jungen Rechten", dann in der ersten Kammer und seit Ausbruch des Weltkrieges im Geheimen Ausschuß des Reichtags. Zahlreiche politische Aufsätze hat er verfaßt. Erst als er 1916 die Professur in Uppsala erhielt, zog er sich vom öffentlichen politischen Leben zurück[8]). Er widmete sich ganz seinen Studien. 1921 ist noch als Erweiterung eines Aufsatzes über die Koalitionspolitik im Zeitalter 1871-1914, Studien über die politische Aufstellung zum Weltkrieg (Schmollers Jahrbücher 45. Bd.), sein Werk „Dreibund und Dreiverband" über die diplomatische Vorgeschichte des Weltkrieges erschienen. Er verfolgt darin die langjährigen Spannungen, deren Auslösung der Krieg war.

Als Kjellén am 16. November 1922 starb, war ein Lebenswerk von seltener Geschlossenheit beendet. Beobachtung und systematisches Denken vereinigten sich in ihm zu voller Harmonie. Seine Geistesart zielte gleich der Ratzels und Haushofers auf die Erkenntnis von Gesetzmäßigkeiten hin. Er hatte die Gabe, sie intuitiv zu erfassen; das zeigt seine Fragestellung, die vielfach von der geahnten Antwort bestimmt ist. Auch seine Neigung, widersprechende Tatsachen zu sorgsam untersuchten Ausnahmefällen, deren Erklärung er viel Mühe zuwandte, zu stempeln, spiegelt den abstrakten Denker. Aber sein Wirklichkeitssinn und seine Gewissenhaftigkeit veranlaßten ihn, immer wieder an den Tatsachen nachzuprüfen, was er erkannt hatte. Veränderte Bedingungen hat er zumeist rasch erfaßt. Ebensolche Sorgfalt verwendete er auf die Anordnung der Gedankengänge und die Form des Ausdrucks. Sie hat er in wiederholten Vorlesungen bis zu voller Klarheit und Anschaulichkeit durchgeprobt, ehe er zur Feder griff. Dem verdanken wir auch die — um mit F. W. P. Lehmann zu sprechen — „kräftige, oft Schlagworte prägende Sprache", die diesen Beurteiler an Ratzel und Lamprecht erinnerte. Nicht zuletzt durch diese Verbindung von Vertiefung und Gemeinverständlichkeit hat Kjellén so breite Wirkungen erzielt und sich ein so hohes Verdienst um die politische und geographische Bildung der Zeitgenossen erworben.

ANMERKUNGEN

[1]) Umso auffallender ist, daß sein Tod, soviel ich sehen kann, kaum zu einer eingehenden Würdigung seines Lebenswerkes den Anstoß gab, auch nicht in den schwedischen geographischen Zeitschriften (die staatswissenschaftlichen sind mir nicht zugänglich). Nur die Wiener Akademie der Wissenschaften hat ihrem korrespondierenden Mitglied im Almanach für das Jahr 1923 (Wien 1924) S. 211 bis 216 einen Nachruf gewidmet, dessen Verfasser Alfons Dopsch eine kurze, der Akademie auf Wunsch 1921 eingesendete Selbstbiographie benutzen konnte und der ich reiche Belehrung verdanke. Sonst sind mir nur kurze Notizen im Politischen Handlexikon (I S. 953, an schwer auffindbarer Stelle), in der Geogr. Zeitschrift 1923, 61 f. und Peterm. Mitt. 1922, 224 bekannt. Einige nicht durchaus richtige Daten enthalten auch die meist ausführlichen Referate über Kjellén's Arbeiten in diesen Zeitschriften. Ich selbst stand mit Kjellén seit Jahren in lebhaftem brieflichen Verkehr, lernte ihn aber nicht persönlich kennen.

[2]) Dopsch nennt solche über die Unionsfrage und die Regierungsform Schwedens von 1809. Aus späterer Zeit erwähnt er Studien über Japans ancien régime (1906 u. 1908) und den großen Orient (1911),

[3]) Eine Reihe von Aufsätzen als „Bidrag till Sveriges endogena geografi“ in Geologiska föreningens förhandlingar, Stockholm 1902 u. 1903, die sehr wertvolle Arbeit Sveriges jordskalf, Göteborg 1910, die weit mehr als einen kritischen Erdbebenkatalog darstellt, der kurze, als „Versuch einer seismischen Landeskunde“ bezeichnete Auszug aus ihr in der Geogr. Zeitschr. 1910, endlich bezeichnender Weise für den Systematiker „Den endogena geografins system“ in der Jahresschrift der Göteborger Hochschule 1915. Erst in dem Vorworte zu dieser Schrift nimmt Kjellén von der Geographie endgültig Abschied. Noch 1905 (Geogr. Zeitschr. S. 658 Anm.) hatte er betont, daß er vom staatswissenschaftlichen Gebiete aus „zur Geographie“ gekommen sei (Vgl. unten Anm. 6). Einzelne seiner genannten Arbeiten enthalten auch wertvolle Beiträge zur Geschichte der geographisch-geologischen Forschung.

[4]) Vergl. Grundriß 29 rike=Staatsgebiet. Wir verstehen unter Reich im Deutschen nur einen größeren und mächtigeren Staat oder auch einen Oberstaat im Gegensatz zu seinen Gliedstaaten.

[5]) Vgl. auch S. 40 ff. und die Unterscheidung von dem Begriff des deutschen Wortes „Raumpolitik“, in dem etwas dynamisches liege.

[6]) ebd. 38 f. und ausführlicher Statsvet. Tidskr. 1918, 121 f. Dieses Kapitel sei als verhältnismäßig neu besonders in die Augen gefallen. Vielleicht habe er auch persönlich eine gewisse Vorliebe für diese Seite der Wissenschaft gewonnen, „da sie diejenige scheint, durch die ich mich selbst aus einem langjährigen Konflikt zwischen physischer Geographie und Staatsrecht gerettet habe, in den mich äußere Umstände meiner Lehrerlaufbahn gebracht hatten.“ (Vgl. oben Anm. 3.)

[7]) Archiv des öffentlichen Rechts, 39. Band.

[8]) Dopsch S. 214 könnte man so verstehen, als sei dies schon 1916 geschehen. Kjellén selbst aber erwähnt (Grundriß 39, Anm.) eine Rede in der ersten Kammer vom 9. Juni 1917.

ADOLF GÜNTHER:

ÜBER FRANKREICHS GEOPOLITISCHE STELLUNG

Welche wesentlichen geopolitischen[1]) Gesichts- und Entwicklungsfelder birgt das heutige Frankreich?[2]) Daß es militärisch das kontinentale Europa beherrscht, England mindestens in Schach hält, die romanischen „Schwesterstaaten“ zu einer freilich politisch noch nicht recht wirksamen Abwehrfront gegen französische Übergriffe zusammengeführt hat, die „kleinen Nationen“ als Hilfsvölker organisiert, in Nordafrika sich Auffüllungsgebiete für seine geschwächte Volkskraft schuf, das und einiges andere liegt auf der Hand, ist einstweilen mehr „allgemein-politisch“ als „geopolitisch“ und soll nur für die eigentlichen Ausführungen bereitgestellt werden. Nicht weniger bekannt ist die vor kurzem zu Tage getretene Abhängigkeit Frankreichs vom angelsächsischen Kapital, das allein dem sinkenden Franken Halt gebieten konnte, dazu aber auch gezwungen war: denn den Schuldner erhält der Gläubiger am Leben, und die aus einem Schuldverhältnis entspringende Abhängigkeit ist, zumal zwischen Staaten, meist eine wechselseitige (woraus man wohl schon politische Richtlinien entwickeln könnte). — Wir meinen aber, daß das Thema tiefer zu verankern ist, wenn man den Begriff „Frankreich“, dessen geopolitischer Wert oder Unwert festzustellen ist, analytisch zergliedert. Denn, um eins vorwegzunehmen: das „materielle“ Frankreich, das, bis an die Haarwurzeln bewaffnet, zu Land, auf und unter dem Wasser und in der Luft den Frieden Europas und der ganzen Welt bedroht; und das „geistige“ Frankreich, das sich durch seine revolutionären Energien, durch fraglos geistige Leistungen und einen, gelegentlich wohl fragwürdigen Schönheitskult die Rolle eines Lieblings der Völker zu sichern wußte; — das sind nicht ganz dieselben Dinge; und wenn die geopolitische Stellung dieses Landes und Volkes mit auf seinem, tatsächlichen und vermeintlichen, geistigen Besitz beruht, so sind damit doch andere Wertbeziehungen und Zusammenhänge geopolitischer Art gegeben, wie die sind, als deren Ausdrucksformen schwere Artillerie, Flugzeug, Unterseeboot, Giftgas und Raubinstinkt gelten müssen.

Das „geistige“ Frankreich ist Gegenstand der Weltsympathie nicht erst im Weltkrieg gewesen, und es gehört zu den politischen Fehlern, die maßgebende Deutsche begingen, daß sie jene zweifellos vorhandenen und am unmittelbarsten auf die Menschen wirkenden politischen Unwägbarkeiten nicht hinreichend beachteten: und doch mußten zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich geistige Zusammenhänge obwalten, die auf eine recht ähnliche Rolle beider Völker in der großen Revolution der letzten Jahrhunderte zurückführten. Nur hierdurch konnte die unmittelbare Teilnahme französischer Führer am amerikanischen

Befreiungskampf dauernde Spuren hinterlassen, die der gleichen Tätigkeit Deutscher versagt blieben. Indem sich aber damals Frankreich auf die Seite der Gegner Englands schlug, sind doch die engen geistigen Beziehungen zwischen diesen Ländern niemals ganz unterbrochen worden. Man muss sich nur vorstellen, in welch großem Umfange Frankreich von jeher die englische politische und wirtschaftliche Literatur durch Übersetzungen sich eingliederte, und wie stark Paris die Engländer anzog, sei es auch nur, daß diese der Langeweile ihres puritanischen Sonntags entgehen wollten. Nicht alles war „Geist" in solchen Beziehungen, aber eine gewisse Vergeistigung auch sehr körperlicher Vergnügen wird doch unterlaufen sein, wenigstens in der verklärenden Erinnerung. Daneben aber hat auch die englische und französische Entwicklung durch lange Jahrzehnte unter sehr ähnlichen revolutionären, demokratischen und sozialen Antrieben gestanden, wennschon die geschichtlichen Ereignisse eine ungleiche, nach Temperament, Wirtschaftslage und Bevölkerungsdichte abgetönte Prägung erfuhren. Natürlich ist damit keine ewige Freundschaft zwischen England und Frankreich zu begründen.

Dieses „geistige" Verhältnis Frankreichs zu Amerika und England ist im Zeichen des Nationalismus von zwar andersgearteten, aber doch auch mehr geistigen als unmittelbar materiellen Beziehungen zu den lateinischen Schwesternationen begleitet gewesen, zum Teil freilich auch durchkreuzt worden. Natürlich bestanden hier (wie auch gegenüber England) hinreichend Reibungsflächen; da aber doch nur Grenzbezirke von untergeordneter Bedeutung die Identität der Sprachgebiete und der politischen Herrschaftsgebiete störten, so gelang es den an gemeinsame antike Überlieferungen anknüpfenden panromanischen Bestrebungen, Erinnerungen jüngeren Datums an französische Übergriffe unter die so bewegliche Schwelle des völkischen Bewußtseins zu drücken. Erst neuerdings scheinen, unter dem unmittelbaren Eindruck des französischen Machtstrebens, diese Stimmungen einer politisch realeren Auffassung zu weichen.

Wie aber konnten zwischen Frankreich und Rußland geistige Interessengemeinschaften entstehen? Ein wenig schwingt auch hier diejenige revolutionäre Energie mit, die Frankreich mit den angelsächsischen Ländern verband: ein wenig ist das Vergnügungszentrum Paris beteiligt, mehr die französische Sprache und das Angewiesensein Rußlands auf die geistige Kultur des Westens, die übrigens nicht selten auch durch deutsche und baltische Kanäle nach Petersburg und Moskau floß; die dort wirkenden Altdeutschen und Balten standen mitunter stark unter französischen Geisteseinflüssen; fast bedingungslos galt das natürlich von den Polen, und es war ein politisches Meisterstück, diesen und den Russen zugleich als gefällig und unentbehrlich zu gelten. Im übrigen sind die französisch-russischen Wechselbeziehungen vorwiegend materieller Art, sie mögen aber gleich erwähnt werden:

das oben in anderem Zusammenhang gewürdigte Verhältnis des Gläubigers (Frankreich) zum Schuldner (Rußland) brachte an sich schon stärkste Bindungen mit sich; die Volksarmut des degenerierten Weststaates suchte ganz folgerichtig Anlehnung an der unerschöpflichen Zeugungskraft des Ostens; räumlich waren Rußland und Frankreich nirgends benachbart, sodaß alle aus dem Nachbarverhältnis notwendig fließenden, geopolitisch so sehr wichtigen Reibungen wegfielen, umsomehr aber die Gemeinsamkeit gegenüber den in der Mitte gelagerten Reichen herausgearbeitet werden konnte.

Wir sind nun schon auf das Gebiet der materiellen Gründe für Frankreichs geopolitische Stellung getreten und haben hierbei zu verweilen; denn auch die geistigen Werte eines Volkes treten meist erst durch Vermittlung seiner materiellen Umstände in Wirkung. Betrachten wir nun das Wirtschaftliche, das Bedingung aller materiellen Geltung ist, so sind einige wichtige geopolitische Elemente im französischen Mutterlande seit langem gegeben: sein guter Boden; seine günstige soziale Struktur (breiter Bauern- und sonstiger Mittelstand); Wohlhabenheit, die, zum Teil auf Geistiges: Sparsamkeit, Nüchternheit, rationelles Verhalten bei der Zeugung und demgemäß kleine Familien, zurückführend, hier nur materiell zu werten ist, aus der heraus sich die führende Stellung des Landes auf dem internationalen Kapital- und Kreditmarkt ergab; ferner, gleichfalls ursprünglich geistig begründet, Kunstfertigkeit und Eignung für auf Geschmack berechnete Produktion. Schließlich die Lage im Westen des Erdteils, Afrika schräg gegenüber, mit langen Meeres- und verhältnismässig kürzeren, durch Natur, völkische Verwandschaft (Belgien) und Kunst gesicherten Landesgrenzen; das Ganze frühzeitig zu politischer und wirtschaftlicher Einheit zusammengefaßt, an eine lange, ruhmreiche Geschichte angeschlossen, von dieser geradezu auf Politik hingewiesen.

Hinzu tritt das Kolonialreich, das Frankreich unter wohlwollendster Duldung, ja Förderung seitens des Gegners von 1870/71 in sehr kurzer Zeit aufbaute. Was dies Kolonialreich vor dem größeren England auszeichnet, ist die nahe, fast räumliche Berührung des wichtigen nordafrikanischen Teiles mit dem Mutterland, welche die oben erwähnten bevölkerungspolitischen Wirkungen ermöglicht; ist, seit dem auf Kosten Deutschlands nach Abschluß des Weltkrieges erfolgten Zuwachs, die große, geschlossene Ländermasse in relativer Nähe und jedenfalls in militärischer Reichweite des Mutterlandes; ist — nun aber ein geistiger Umstand — die Sympathie, welche Frankreich bei den Moslem vor England voraus hat, und für welche eine gewisse stimmungsmäßige und traditionelle Annäherung vielleicht nicht ganz gleichgültig war. Schon in der Geschichte haben sich bekanntlich Franzosen und Türken als Bundesgenossen gefunden, und der Allerchristlichste König hat dem Sultan Waffenhilfe gegen die konservative Macht Österreich geleistet, — sollte eine gewisse Wahlverwandtschaft, wiederum auf revolutionärer

Grundlage, ausgeschlossen sein? Frankreich und die Welt des Islam begegneten sich jedenfalls in propagandistischen Zielen, in einer gewissen Dynamik gegenüber stabileren Systemen.

Diesen Vorteilen des französischen Weltreiches stehen sehr viele Nachteile gegenüber: Die Unfähigkeit oder auch der mangelnde Wille der Franzosen, Kolonien wirtschaftlich zu erschließen, ihre Belange anders als vom Interesse des Mutterlandes oder eigentlich nur einiger Unternehmer und Spekulanten aus zu sehen, das Vorherrschen weiterhin der militaristischen Gesichtspunkte. Es hat sich hierin manches vielleicht zu Gunsten Frankreichs verändert, insbesondere wird auf wirklich ökonomische Großleistungen im nördlichen Afrika hingewiesen. Aber der Grundcharakter steht fest, der wurzelt in der französischen Eigenart, nicht zuletzt aber darin, daß ja Frankreichs Kolonialpolitik im wesentlichen von militärischen und imperialistischen, nicht von bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Bedürfnissen ausgeht. Jene oben, bei Besprechung des Mutterlandes, erwähnte soziale Ausgeglichenheit, die geringe Bevölkerungszahl, die, wenn nicht erreichte, so doch annähernd erreichbare Autarkie des französischen Gebietes in Europa — das alles läßt Kolonisation mehr als Luxus denn als Wirtschaftsnotwendigkeit erscheinen (die es für Deutschland wäre). Es wird immer die Gefahr bestehen, daß der kleine Wirtschaftskörper des Mutterlandes durch die großen Interessen des Kolonialreiches ausgesogen und absorbiert würde, wollte man diesen Interessen die Zügel schießen lassen. Eine Entwicklung gleich der großbritannischen scheint ausgeschlossen, um der eigentlichen französischen Kolonialzwecke willen sogar unerwünscht zu sein: die Konzentration von Industrie, Handel und Geldwesen, wie sie innerhalb des großbritannischen Reichs im Vereinigten Königreich und zumal in London geschah, brachte soziale Verschiebungen mit sich, die vom machtpolitischen Standpunkt aus abzulehnen sind: würde für Frankreich zumal Aufopferung seiner günstigen sozialen Lage bedeuten, auf der — gegenüber England — seine politische Großmachtstellung mit in erster Linie beruht. Opfert man den französischen Bauern durch Öffnung der Grenzen und Niederlegung der Zollmauern und den kleinen und mittleren französischen Gewerbetreibenden den Trusts und Gewerkschaften, dann erzieht man sich das besitzlose Proletariat, das heute Großbritanniens Größe bedroht und das in der Labour-Regierung soviel politische Schwäche und eine überraschende Unsicherheit und Instinktlosigkeit zutage fördert. Vestigia terrent.

Wir stehen hier wohl vor einem geopolitisch entscheidenden Faktor: die Geschichte zeigt viele Typen von Kolonialreichen, doch lassen sich, ohne daß man ihr Zwang antut, zwei Grundzüge herausarbeiten: Zentralismus und dezentralisierte Systeme, bei welch letzteren, je nach Umfang und geographischer Beschaffenheit, einzelne, mehrere oder auch viele kleinere und größere Mittelpunkte möglich

sind. Der Zentralismus nun kann ein politischer oder ein wirtschaftlicher oder beides sein; für Frankreich besteht er einstweilen mehr im politischen Sinn, was aber für sein Kolonialreich nicht die Folge reicher wirtschaftlicher, dezentralisierter Entfaltung, sondern, von einigen Ausnahmen abgesehen, wirtschaftlicher Verkümmerung hat (ähnliches gilt ja auch für die französische Provinz gegenüber der Hauptstadt). Die geringe französische Bevölkerung kann niemals hinreichend Konsument der wirtschaftlichen Erzeugnisse der Kolonien sein, erzeugt überschüssige Volkskraft auch nicht in Gestalt von Kolonisatoren und Siedlern, sondern nur in Gestalt von Entdeckungsreisenden, Offizieren, allenfalls Ingenieuren. Und das letzte Ziel dieser „Kolonialpolitik“ ist ja auch gar nicht Export von Waren aus den Kolonien, sondern von Menschen, von Soldaten in erster Linie, später vielleicht einmal von Aufzuchtmaterial für die schwindende Volkskraft des Mutterlandes.

In diesem aber hat der Kriegserfolg entscheidende Veränderungen mit sich gebracht: was Frankreich an Erzlagern in Lothringen und in der Normandie schon bis dahin besessen hatte, war zum großen Teil der Verwertung für eigene Zwecke entzogen: Deutsche Ingenieure und deutsches Kapital hatten hier unbestritten die Führung, die französische Schwerindustrie war zurückgeblieben, seine übrige Industrie (mit Ausnahme der auf Luxus und Mode beruhenden) ziemlich rückständig; wenigstens nach deutschen Maßstäben, wie die Franzosen selbst anerkannten. Der besetzte französische Norden und Osten zeigte uns Mittelmäßigkeit, persönliche Tüchtigkeit bei Mangel an Initiative, den Rentner von 40 Jahren, die kapitalistische Sättigung des alten Familienunternehmens, dabei wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland, England und Amerika. Die Förderung der eigenen Kohlenbergwerke reichte selbst für den mäßigen Eigenbedarf nicht aus. Am besten war noch das Verkehrsnetz infolge der Kanäle entwickelt, hier zeigten sich geopolitische Ziele, freilich mit räumlicher Begrenzung.

Die deutsch-lothringer Erzschätze, in glänzenden Produktionsstätten gefördert und bearbeitet, fielen dem „Sieger“ zu, als kaum genug bewertete Ergänzung des eigenen, nun von der deutschen Kontrolle befreiten Mineralbesitzes; die Saargruben, später die des Ruhrgebiets, gerieten unmittelbar, die meisten oberschlesischen Werke mittelbar unter französische Bajonette. Nun ist Kohle und Erz in einer Hand vereinigt, — an sich eine geopolitische Norm, die aber doch nur durch wirtschaftliche Notwendigkeiten dazu wird und im vorliegenden Falle eher einen Witz der Wirtschaftsgeschichte bedeutet: denn die Hand, welche gepanzert auf Erz und Kohle liegt, wird aus ihnen doch vor allem Hilfsmittel ihrer militärisch-imperialistischen Absichten zu produzieren versuchen und diese Absichten sind aller Wirtschaft und Wirtschaftlichkeit entgegengesetzt.

Wenn man sich von Gedanken gleich den oben entwickelten leiten läßt, kann das gar nicht anders sein: denn die soziale Konsequenz der hemmungslosen Ent-

wicklung aller in Frankreichs Hand vereinigten Wirtschaftskräfte würde eben dieselbe sein, welche sich aus der ökonomischen Zentralisierung des Kolonialreichs im Mutterlande ergeben würde; der Zuwachs an äußerem Glanz und an Reichtum wäre durch die Industrialisierung und Proletarisierung des Landes zu teuer erkauft. Ob auf Erz und Kohle, ob auf die Kolonien, ob auf beides gestützt: in jedem Falle müßte Frankreich das Geschick Englands erfahren, das von seiner Peripetie vielleicht nicht so sehr fern ist. Politisch-imperialistisch-nationalistische Erwägungen werden verhindern, daß Frankreich den wirtschaftlich gebotenen Weg geht, was natürlich nicht ausschließt, daß aus den usurpierten Gebieten und aus den aufgezwungenen Verträgen die private Kapitalbildung und Unternehmertätigkeit stärkere Antriebe erfährt, als dem französischen Politiker und Militär erwünscht ist. Vielleicht darf die jüngste, im übrigen mehr kleinbürgerliche als demokratisch-sozialistische Reaktion gegen die Politik Poincaré's und Millerands auch als Ausdruck der Sorge weiterblickender Politiker gelten; der Mittelstand übersah jedenfalls über den kapitalistischen Gewinnen der Großen die steigenden Steueransprüche nicht.

Sind diese Gedankengänge im wesentlichen richtig, dann fallen Geopolitik und Wirtschaftspolitik nicht mehr zusammen, dann erleidet die Weltwirtschaft aus außerökonomischen Gründen gewaltige Anstöße, unmittelbare Einbußen. Das Ideal, welches an die Erschließung der natürlichen Hilfsmittel der Erde für eine immer mehr anwachsende Erdbevölkerung denkt und das in der Richtung der französischen Weltverbrüderungsphrase liegen müßte, weicht einem Zustand künstlichen Niederhaltens wirtschaftlicher Energien, für den die Wirtschaftsgeschichte manche Vorbilder aufweist, der aber in solch ungeheurem Ausmaß noch nie verwirklicht sein dürfte. Es sieht aus, und manch andere Beobachtung stimmt damit zusammen, als ob die wirtschaftlichen Beweggründe endgültig den politischen gewichen seien; vor allem aber tritt hier ein Nationalismus und Imperialismus auf, dessen Expansionsstreben sich nicht mehr ökonomisch, nicht einmal nur-privatwirtschaftlich, am wenigsten aber volks- und weltwirtschaftlich erklärt. Wer im Sinne materialistischer Geschichtsauffassung alle Politik aus ökonomischen Quellen ableiten will, kommt hier nicht auf seine Rechnung, was übrigens methodologisch ein ganz schätzbares Nebenergebnis ist.

Es bleibt übrig, die Aussichten einer solchen geopolitischen Einstellung Frankreichs in Kürze zu besprechen.

Einer der sonst allgemein wirksamen geopolitischen Veränderungsfaktoren fällt, was das Mutterland Frankreich angeht, fort: dessen stabile, räumlich gut verteilte Bevölkerung wird niemals ein Gewicht darstellen, durch das ein Druck in geopolitischer Beziehung stattfinden könnte. Eher könnte man an ein Nachlassen des völkischen Selbstbehauptungsvermögens denken, an ein Eindringen schwarzer und

gelber Franzosen zur Sicherung — nicht des Volkes, sondern des Imperiums auf Kosten der Rasse. Ansätze hierzu sind vorhanden, früher gewürdigte geistige Elemente, ein revolutionärer Einschlag — der sich seltsamerweise mit der oft betonten sozialen Ausgeglichenheit zu vertragen scheint und zur Scheindemokratie führte — schaffen hierfür jedenfalls einen günstigeren Boden, als er in England gegeben wäre, das stark auf Tradition und Rasse hält. Aber die Sorge vor Übervölkerung, Industrialisierung, Proletarisierung, die uns schon wiederholt als wichtiges politisches Motiv entgegentrat, wird fremdstämmigen Franzosen immer nur zum Ausgleich für die populationistische Schwäche der Landeskinder in mäßiger Zahl das Bürgerrecht der Grande Nation verschaffen, man wird sich in dem Lande, das sich so gern auf römische Vorbilder beruft, vor den Nachteilen einer wahllosen und massenhaften Verleihung dieses Rechts zu schützen wissen [3]).

Anders wird man das bevölkerungspolitische Element innerhalb des geopolitischen vom Standpunkt der französischen Kolonialen ansehen müssen. Wir scheiden hier die außerafrikanischen Besitzungen zweckmäßig aus. Auf ihnen ruht der Nachdruck dieses Reiches nicht. Auch wenn an den Gerüchten von einer Abtretung der hinterindischen Kolonien zwecks Abbürdung der Kriegsschuld kein wahres Wort gewesen sein sollte, — gegenüber dem afrikanischen Frankreich sind jene doch Nebengebiete. Ob aber und welche Anstöße von den Massen der dortigen Farbigen ausgehen werden, ist ganz allgemein die Frage der Emanzipation des Negertums, dieser „ausgeruhten Völker“, ohne deren Hilfe die kriegstüchtigen, aber nicht dicht genug siedelnden und von der Zivilisation stark berührten Nordafrikaner kaum gegen den Stachel der Eindringlinge löcken werden. Wenn Frankreich Mitglieder so vieler Stämme, die unter sich selbst vielfach in Krieg gelegen oder wenigstens auf Blutrache und Frauenraub eingestellt waren, unter seiner Fahne vereinigen konnte, so mag hier, Hand in Hand mit brutalem Zwang, ein geistiges Moment mit im Spiele gewesen sein, das dem oben öfters erwähnten praktisch gleichkam: die Kunst, Sympathien zu erwerben. Ob auch hierbei die revolutionäre Mentalität, freilich in diesem Falle mehr als Maske, mitspielte, ob die Farbigen etwas von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit verspürten, ist für den Außenstehenden nicht zu entscheiden, aber vielleicht nicht ganz abzulehnen. Man hat ja auch Europäer, nicht zuletzt Deutsche, mit der Marseillaise geködert. Jedenfalls scheint der Empfang der farbigen Franzosen während des Krieges durch die einheimischen, zumal seitens eines Teils der Frauen, sehr freundlich gewesen zu sein und die in der Anmerkung erwähnten Sicherungen sind gewiß sehr notwendig geworden.

Einer afrikanischen Rebellion gegenüber würden Flugzeuge und Giftbomben nicht die Rolle spielen wie über den europäischen Großstädten, den Riesenfabriken, den entwickelten Kulturen. Die moderne Kriegführung wirkt am furchtbarsten

auf engem Raum, gegenüber dichter Bevölkerung, ist in Wüsten noch nicht hinreichend erprobt. Die großen Perspektiven der Geopolitik können hier also mit Möglichkeiten rechnen, die in Mittel- und Westeuropa nicht mehr gegeben sind. Die erwähnten Umstände, denen zufolge Brachliegen und geringe Wirtschaftsentwicklung der kolonialen Kräfte im Sinne der französischen Kolonialpolitik liegen mußte, mögen auch dazu beitragen, daß die vom Mutterland wirtschaftlich nicht allzu abhängigen Kolonien eher ihre politische Freiheit erringen, als etwa ein Land wie Indien, das erst seit kurzer Zeit eigene Wirtschaftspolitik zu treiben beginnt, das als Rohstofflieferant und Abnehmer von Fertigfabrikaten wirtschaftlich fast unlösbar mit England verknüpft scheint.

Man kann nun verstehen, daß Frankreich, seines kolonialen Besitzes nicht immer gewiß und nicht immer froh, sich um so stärker auf die europäischen Belange stützt und die militärisch-diplomatische Vormachtstellung, von der wir einleitend als einer bis auf weiteres unumstößlichen Tatsache sprachen, auszubeuten und zu festigen bemüht ist.

Kriegerische Möglichkeiten, die immer vorhanden sind, mögen hier nur im Vorbeigehen erwähnt werden. Ihre Entwicklung hängt wohl am ehesten von der Wiedererstarkung Rußlands ab, das noch manches andere außer Bessarabien nicht verschmerzt hat, wenn es auch augenblicklich diesen Verlust in den Vordergrund schiebt. Frankreich sieht sich aber nicht nur diesem Fragezeichen, sondern auch der Koalition der südlichen Halbinseln — Spanien, Italien, z.T. Jugoslavien — gegenüber, von der die gefährliche Balkanbrücke schon betreten wurde; an ihrem Ende liegt die Stadt, die vielleicht auch einen Schlüssel enthält, der einmal das nordafrikanische Problem aufschließen mag; — die unruhigen Randgebiete des Mittelmeeres sind heute sämtlich nicht ohne Verbindung untereinander, England aber, dessen traditionelle Außenpolitik ja auch von der Arbeiterregierung nicht ganz lahmgelegt werden kann, weiß, daß die Gefahr für den Suezkanal bei keinem jener Randstaaten so sehr wie bei Frankreich liegt. Es wäre töricht, wollten wir Deutschen deshalb mit dem Status quo auf die Dauer rechnen, weil wir es zu unserem Schaden allzulang so gehandhabt haben.

Aber ganz außerhalb aller möglichen kriegerischen Kombinationen liegen reale Fragen der europäischen, zur Zeit noch wesentlich von Frankreich gestalteten Geopolitik. Kann, so lautet die wichtigste, von diesem Lande kontinentaleuropäische Wirtschaftspolitik erwartet werden, die ein entscheidender Faktor aller Geopolitik sein müßte? Die Frage beantwortet sich zum Teil bereits aus früherem, doch ist einiges hinzuzufügen.

Dieselbe Quelle der bevölkerungs- und sozialpolitisch bedingten Wirtschaftsschwäche fließt auch hier. Wenn für die nur scheinbar demokratisch und parlamentarisch, tatsächlich auf unbedingte Aufrechterhaltung des gesellschaft-

lichen Gleichgewichts gerichtete innere Politik Frankreichs eine gesellschaftliche Umschichtung zu außenpolitischen Einbußen führen kann, ja muß, dann darf es für den imperialistischen Ehrgeiz nur eine Lösung geben: die feste soziale Grundlage gegen alle Folgen großindustrieller Entwicklung schützen, das Proletariat nicht zum beherrschenden Faktor des Staatswesens werden lassen. Die ganz großen Wirtschaftsangelegenheiten Europas sind nun aber einmal ohne Industrialismus, Kapitalismus und Arbeiterheere nicht zu lösen; wer sie ablehnt, lehnt auch die wirtschaftspolitische Führung über das europäische Festland ab.

Unabhängig davon erhebt sich die bereits rein-geopolitische Frage, ob ein Land, das selbst Randstaat ist, dessen Interessen an sich peripherische sind und durch die Kolonialpolitik noch mehr nach Außen abgedrängt wurden, sich überhaupt mit dem Erdteil, zu dem es geographisch gehört, solidarisch fühlen kann. Frankreich ist stolz auf seine spezifisch westliche Kultur (diese als Sammelbegriff, der auch hinreichend viel Unkultur umfaßt, betrachtet), sein geistiger Anschluß an England, Amerika wurde schon erwähnt. Es scheint mir eine völlige Verkennung des Sachverhalts vorzuliegen, wenn man heute das Problem „Mitteleuropa“ oder „Kontinentaleuropa“ wieder aufleben lassen, anstelle der Führung durch Deutschland und Österreich aber einfach die durch Frankreich setzen will. Diese Führung kann und will es nicht leisten, übrigens schon deshalb nicht, weil solche Politik früher oder später die Belange der Kolonien kreuzen müßte; scheidet England zweifellos als „europäische“ Wirtschaftsmacht aus, so gilt das für Frankreich in kaum geringerem Grade; zeigte sich ja doch seine finanzielle Haltlosigkeit ohne englisch-amerikanische Hilfe aufs deutlichste. Auch kann man nicht zugleich militärisch den Zerstörer und wirtschaftlich den Wiederaufbauer spielen wollen.

Europas wirtschaftliche Kraftfelder liegen brach, die früheren Verbindungen sind durchschnitten, uralte Verkehrswege verschüttet, Produktion und Konsum ohne organische Verbindung, das Geldwesen ist zum Kinderspott geworden. Es ist unmöglich, hieraus einen Sinn zu konstruieren, es sei denn der militärisch-imperialistische Zweck der Hegemonie, des „Prestiges“, der „Gloire“, der Großmannssucht und damit verbunden der Futterkrippe und des parasitären Herrenlebens. Überall aber draußen in der Welt nützt man dies Abdanken des europäischen Wirtschaftsfaktors, das Versiegen der europäischen Wirtschafts- und sonstigen Kultur. Hat Europa noch den Willen, Kontinent zu sein, dann kann es nur aus seiner Mitte heraus wieder aufgebaut werden; weil Deutschland das schwere Schicksal der Mitte übernommen hat, darf es auch glauben, daß die geopolitischen Notwendigkeiten, die damit verbunden sind, sich doch einmal wieder zu seinen Gunsten durchsetzen werden.

Die Wendung in der französischen Politik, die möglicherweise aus dem letzten Wahlergebnis abzuleiten ist, mag der imperialistischen Note die demokratische

anfügen und im Einzelnen eine Entlastung und Entspannung bringen. An Ruhr und Rhein wird etwas weniger Gewalttätigkeit verübt werden und es wird nicht an solchen fehlen, welche die „nationalistische" Schwenkung der deutschen Wählermassen dafür verantwortlich machen, daß Frankreichs demokratische Absichten sich nicht stärker durchsetzen können. Aber derselbe französische Bourgeois, der sich einmal zur Abwechselung mit dem Stimmzettel gegen die Methoden Millerands noch mehr als Poincarés zu wenden schien, will doch vor allem niedrigere Steuern und größere soziale Ruhe, er ist der vollen Ausschöpfung aller durch den Kriegsausgang Frankreich eröffneten Wirtschaftsmöglichkeiten durchaus nicht geneigt, fürchtet von ihr nur Einbuße seiner Renten, unbequemen Antrieb zur Mehrarbeit und verhängnisvolle Störung des gesellschaftlichen Gleichgewichts. Dies blutleere Rentnervolk, das, auch wenn es sich als „radikal" oder selbst als „radikalsozialistisch" einführt, doch gut bürgerlich gesinnt bleibt, ist nun einmal nicht das Wirtschaftsvolk, wie es das deutsche Volk war und wie es zur Lösung der geopolitischen Probleme früher oder später wieder in Europa benötigt wird. Es mag zur Widerlegung des vorhin angedeuteten falschen, auf Gegenüberstellung des deutschen und französischen „Nationalismus" abzielenden Schlusses auch darauf hingewiesen werden, daß selbst die stärkste „nationalistische" Bewegung in Deutschland oder Österreich heute vom geopolitischen Standpunkt aus anders zu werten ist als der französische Imperialismus: Die Schaffung eines einheitlichen deutschen Wirtschafts-, Kultur- und Machtgebietes enthält geopolitisch keine Bedrohung, kein maßloses Expansionsstreben, würde vielmehr erst die wirtschaftlichen Voraussetzungen einer durch Frankreich unterbundenen europäischen Geopolitik bringen.

Gewiß dürfen auf geopolitische Zusammenhänge die dem Verfasser geläufigeren gesellschaftswissenschaftliche Methoden übertragen, darf in diesem Sinne von „Verhältnissen" und „Beziehungen" nicht nur zwischen Menschen und menschlichen Gruppen, sondern auch zwischen dem Raum (z. B. als wirtschaftlichem oder politischem „Standort") und der Gesellschaft gesprochen werden. Der soziologisch gerichteten Anthropo-Geographie ist dieser Gesichtspunkt sogar sehr geläufig. Daraus würde sich für Frankreichs geopolitische Stellung die schon einmal erwähnte exzentrisch-peripherische Lage gegenüber seinem Erdteil als in vielen Hinsichten bestimmend ergeben. So wie der, einer Gruppe nur mit halben Gefühlen und Interessen zugehörige Mensch; so wie die ihre Sonderbelange gegenüber der Gesellschaft verfechtende Gruppe: so ist wohl auch ein Randstaat als außerhalb sehr zahlreichen Beziehungen anzusehen, die für eine Gruppe, eine Gesellschaft, eine geschlossene Ländermasse vordringlich sind. Soweit aber Beziehungen bestehen, sind sie dann mehr solche des Herrschenwollens als der Einfügung und der Anlehnung. Ob der Randstaat Insel oder Halbinsel ist, entscheidet hierbei nur dem Grade nach, und so wird es zulässig sein, das Verhältnis Japans zum ostasiatischen Festland,

Englands zu Europa in Parallele zu setzen. Man mag ferner auch die französischen Kulturleistungen als Mittel, ein Herrschafts- oder wenigstens ein Überlegenheitsverhältnis zu begründen, heranziehen, ähnlich wie die revolutionäre Propaganda, die Frankreich im Inland eingestellt hat, um sie nach außen (u. a. als „Selbstbestimmungsrecht der kleinen Nationen") um so wirksamer zu entfalten. Auch in dieser Richtung scheint sich die geopolitische Lage des Randstaates mit der subjektiv-egoistischen Mentalität des Außenseiters oder der von der Gesellschaft abgetrennten „Klasse" zu begegnen. Die letzte Frage ist: kann die auf Herausarbeitung gesellschaftlicher und (zumal) wirtschaftlicher Optima angewiesene Geopolitik (wenn man in ihr jetzt weniger wissenschaftliche als politische Zielgebung sieht) mit dem gekennzeichneten exzentrisch-peripherischen Egoismus des Randstaates und Randvolkes in Einklang gebracht werden? Die Geschichte dürfte das Gegenteil dartun: denn die erfolgreiche französische Staats- und Volksgeschichte ist entweder begrenzte Territorialgeschichte oder aber, soweit sie sich mit der Geschichte Europas und der Welt vermengte, lieferte sie dieser vorzugsweise auflösende Ideen und Motive: Esprit, Raffinement, Luxus, Dekadenz, Revolution; — es ist kein Zufall, daß die meisten dieser Begriffe gleich „Prestige" und „Gloire" (nicht nur für den Deutschen!) kaum übertragbare Fremdwörter geblieben sind. —

ANMERKUNGEN

[1]) Der Begriff „Geopolitik" dürfte in diesem Aufsatz weiter gefaßt sein, als die Leser im allgemeinen gewohnt sind. Dem Verfasser liegt an sich der „soziologische" Gedankengang näher; indem er aber auch geistige und allgemein-gesellschaftliche Gesichtspunkte der „Geopolitik" unterordnet, glaubt er, etwa im Sinn des als Soziologen ebenso wie als Geographen geschätzten Altmeisters Friedrich Ratzel, Wechselwirkungen anzuerkennen, die zwischen Boden, Klima, Verkehrswegen, geistiger, gesellschaftlicher, wirtschaftlicher Entwicklung in bunter Menge spielen.

[2]) Verfasser verweist auf einige frühere Arbeiten, die sich mit Frankreich befassen: „Das besetzte französische Gebiet" (1918); „Deutsche und französische Sozialpolitik" (1919); „Frankreich", Heft 6 der Serie „Das Ausland im Weltkriege" (1919); einschlägig ferner seine Preisschrift: „Rückkehr zur Weltwirtschaft" (1920) sowie „Frankreich und Europa", Deutsche Allgemeine Zeitung, 1924. Die Bücher erschienen mit Ausnahme von „Frankreich" (Niemeyer, Halle) bei Duncker und Humblot in München.

[3]) Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" brachte unlängst sehr bezeichnende Zahlen über die Verleihung des französischen Bürgerrechts an Eingeborene; höchst bemerkenswert ist das System von Schutzmaßregeln gegen wahllose und summarische Einbürgerung; und bei diesem scharfen Strich, der zwischen weißen und farbigen Franzosen doch noch gezogen wird, sprechen Enthusiasten von einem „90-" oder gar „100 Millionen-Volk"!

L. HAMILTON:

DIE WASSERKRÄFTE CANADAS UND IHRE AUSNÜTZUNG

Es ist mit Recht gesagt worden, daß die Geschichte Canadas nur an der Hand seiner Wasserstraßen verständlich ist. Bis zur Eroberung durch die Engländer im Jahre 1757, ja sogar bis zum Ende des 18. Jahrhunderts spielte sich die Geschichte Canadas tatsächlich an den Strömen des St. Lorenzbeckens ab. Es ist nicht nur möglich, sondern in den alten Tagen war es gang und gäbe, vom St. Lorenz aus mit Kanus bis nach der Hudson's Bai, bis zum Golf von Mexico und den Mackenziefluß entlang nach dem Arktischen Ozean zu fahren. Und selbst heute, wo Eisenbahnnetze das Land durchziehen, bleiben die Wasserstraßen Canadas immer noch der Hauptbeförderungsweg für Fracht. Dort, wo die Bahn nicht hinkommt, schaffen die Ströme und Seen überall eine Verbindung mit den entferntesten Winkeln des Landes. So, wie die frühere geschichtliche Entwicklung Canadas von seinen Wasserstraßen abhängig war, ist es heute die Industrie. Der industrielle Aufbau und das Gedeihen des Landes ruhen im hohen Maße auf der Benutzung seiner Wasserkräfte. Die Flüsse dienen nicht nur dem Verkehr, sondern sind von größter Wichtigkeit wegen des beinahe kostenlosen Transportes von Holz, welches im Winter, wenn die Landwirtschaft ruht, durch Schnee und Eis begünstigt leicht auf die Ströme gebracht wird.

Hiermit ist natürlich die Nützlichkeit der Ströme nicht erschöpft. Als Krafterzeuger leisten sie jetzt schon Großes, wenn es auch gering im Vergleich zu dem ist, was geleistet werden könnte. Dadurch, daß die vielen großen Ströme mit Ausnahme der Prärieflüsse zahllose Wasserschnellen und Fälle haben, sind sie besonders geeignet, der Industrie billige Kraft zu liefern und sie vielfach von Kohle unabhängig zu machen, was wegen der weit auseinanderliegenden canadischen Kohlenfelder und der daraus sich ergebenden hohen Transportkosten von ungeheurer Wichtigkeit ist. Gegebenenfalls macht dieser Umstand auch die Industrie unabhängig von der Union. Die Ströme treiben allerlei Mühlen, Säge- und andere Werke erzeugen vor allem elektrische Kraft und dienen durch große Staudämme (siehe Abb. 1) Irrigations- und hydroelektrischen Zwecken.

Man bedenke, daß Ontario und Quebec vorläufig kohlenlos sind und daß erstere Provinz ihre gesamte Kohle und Quebec mit den Prärieprovinzen einen großen Teil ihrer Kohle aus Pennsylvanien beziehen. Canada hat sich allerdings ein Äquivalent hierfür geschaffen, indem es Strom nach der Union exportiert (und zwar vornehmlich aus Neu-Braunschweig, Quebec, Ontario und Britisch Columbien)

in Mengen, die ungefähr den Wert der importierten Kohle darstellen. Es ist ein ebenso wichtiges wie günstiges Moment für Canada, daß ein großer Teil der verfügbaren Wasserkraft da liegt, wo es am stärksten an Kohle fehlt, nämlich in der sogenannten „acute fuel zone", welche sich je 500 englische Meilen nach Osten und Westen von den großen Seen mit ihren schier unerschöpflichen Wasserkraftquellen (Niagara usw.) erstreckt. Zu Gunsten der Ausnützung von Wasserkräften, wo sie sich auch befinden, muß man sich die generelle Tatsache vor Augen führen, daß in Kriegszeiten, bei Streiks und Unruhen das Fördern von Kohle stark gefährdet wird. Einerseits verlangen die Bergwerke eine enorme Zahl von Arbeitern, andererseits können Streiks die Förderung und mit ihr die von Kohle abhängende Industrie lahmlegen. Kriege und Streiks ziehen derartige Teurung nach sich, daß die Rentabilität mancher Industrien ganz in Frage gestellt wird. Zu den wichtigen Faktoren, welche die Entwicklung der Wasserkräfte gefördert haben, gehört speziell in Neuländern, wo Arbeitskräfte teuer und schwer zu haben sind, der große Krieg und die daraus entstandenen Streiks und die verminderte Arbeitslust. Die Zahl von Arbeitern, die nötig sind, um die größte Wasserkraftanlage in voller Kraftlieferung zu erhalten, ist verschwindend klein im Vergleich zu der Riesenzahl von Bergleuten, Transportarbeitern usw., welche man braucht, um die gleiche Menge von Kraft zu erzielen. Abgesehen hiervon und von den niedrigen Kosten der Krafterzeugung (ca. 50 %) kann eine Fabrik Kraft einschalten wie Licht. Die enorme Ersparnis an Kesseln und Maschinen liegt auf der Hand.

Die Gesamtfläche Canadas umfaßt 3729655 englische Quadratmeilen, wovon allein 125755 auf Seen fallen. Es besitzt somit von allen Ländern der Erde das weitaus größte Frischwasserareal. Die Länge seiner 100 Hauptflüsse mit ihren Nebenflüssen beträgt rund 45000 englische Meilen. Bei den Flüssen Canadas mit Ausnahme derjenigen auf den Prärien findet man im Gegensatz zu denen, welche die westlichen und zentralen Staaten der Union entwässern, daß sie von Haus aus nicht auf weite Strecken ohne Unterbrechung fahrbar sind. Sie werden von Stromschnellen und Fällen unterbrochen. Wo sie als Verkehrshindernis auftreten, werden sie heute von Kanälen umgangen. In früheren Zeiten benutzte der Reisende die sogenannten „Portages" oder Trageplätze, über die die leichten Kanus um die Schnellen herum getragen wurden.

Die entwickelte und verfügbare Wasserkraft der mit Wasserkraft ausgestatteten führenden Länder wird aus der umstehenden Tabelle, Seite 360 (nach den Angaben des „Canada Year Book" für 1921, Ottawa 1923 zusammengestellt) ersichtlich:

Die gesamten Wasserkräfte der Welt werden auf 439 Millionen P.S. berechnet, wovon 43,3 % in Afrika sind und 14,1 % in Nordamerika (nach der „United States

Geological Survey"). Die bis jetzt entwickelten Wasserkräfte der Welt werden mit 22829000 P.S. berechnet, wovon Canadas Anteil 12% beträgt.

Unter den canadischen Provinzen steht Quebec an 1. Stelle mit 6915244 P.S. Es folgen dann: Ontario mit 4950300 P.S., Manitoba mit 3270491, Britisch Columbien mit 1031142, Saskatchewan mit 513481, Alberta mit 475281 Yukon nnd Nordwest-Territorien mit 125220, Neu Braunschweig mit 50406, Neu Schottland mit 20751 und Prince Edward Insel mit 3000.

Länder	Bevölkerung	Wasserkraft		
		entwickelt		verfügbar
		P.S.	Per 1000 Einw.	P.S. (minimum)
Vereinigt. Staaten	105683000	9823540	100	28000000
Canada	**8788000**	**2762880**	**338**	**18255316**
Norwegen	2700000	1350000	500	5500000
Frankreich	41500000	1400000	34	4700000
Schweden	5814000	1460000	251	4500000
Italien	40000000	1150000	287	3800000
Schweiz	4000000	1070000	267	1400000

Die Zahl von 18255316 verfügbaren P.S. hat man für das gewöhnliche Minimum des Flußwasserlaufes berechnet. Bei einer maximalen Entwicklung rechnet man, daß 32075998 P.S. während einer Periode von 6 Monaten zur Verfügung stehen würden. An dieser Stelle sei daran erinnert, daß durch den strengen Winter die Mehrzahl der canadischen Wasserkraftanlagen zeitweise vollkommen stillgelegt werden; freilich nicht für 6 Monate. Die Berechnungen werden aber auf 6 Monate gemacht, um die Minimalzeit der Inbetriebhaltung festzustellen und die Berechnungen auf dieser Basis zu machen. Nach einem Bericht von J. B. Challies, dem Direktor der Abteilung für Wasserkraft im canadischen Ministerium des Innern, wären Turbineninstallationen möglich, die 41700000 P.S. ergeben würden. Somit wäre Canada im Besitz von fast 10% der gesamten Wasserkraft P.S. der Erde. Und in Anbetracht der Schnellen und Fälle, deren Gefälle nicht vollkommen berechnet ist, sowie der gewöhnlichen Flußneigungen mit Ausnahme solcher Stellen, wo definitive Untersuchungen gemacht worden sind, dürfte obige Zahl nicht zu hoch gegriffen sein. Den amerikanischen und canadischen Behörden kann man eine ausgesprochene Neigung zum Zahlengrößenwahn nicht absprechen,



Abbildung 1. Bassano, Staudamm, Bow River, Alberta. Hydro-elektrische Kraft- und Bewässerungsanlage. Mit der gütigen Genehmigung des „Canadian Government Motion Picture Bureau", Ottawa, abgedruckt.



Abbildung 2. Laurentide Holzbreimühle in Grand Mère, Quebec. (Siehe Nr. 28 auf der Karte.) Mit der gütigen Genehmigung des „Canadian Government Motion Picture Bureau", Ottawa, abgedruckt.

und ihre Statistiken sind „cum grano salis" zu bewerten; jedoch ist die canadische Wasserkraftbehörde eine der wenigen rühmlichen Ausnahmen. Um jeglicher Übertreibung aus dem Wege zu gehen, wollen wir aber die Berechnungen der Krafterzeugnis der canadischen Flüsse in Kohle umgesetzt auf die sehr mäßig gehaltene Zahl von 18255316 P. S., wie in der obenstehenden Tabelle angegeben, stützen. Bei der Berechnung von 22 Tonen Kohle per P. S. pro Jahr ergibt sich die Zahl von 401616952 Tonnen Kohle oder etwa $^1/_3$ der Gesamtkohlenerzeugnis der Welt. Um diese Menge Kohle zu fördern, wären ca. 2770000 Arbeiter nötig. Die tatsächliche Wasserkraft P. S. (1921) belief sich, wie wir gesehen haben, auf 2762880 P. S. = 60783360 Tonnen, zu deren Förderung 429000 Arbeiter nötig gewesen wären (wenn wir die Förderungsleistungen von England im Jahre 1921 zu Grunde legen). Dagegen förderte Canada an Kohlen nur 15631954 Tonnen (1921).

Die Ufergegenden der großen Ströme Canadas bilden wichtige Siedelungszonen, unter denen der St. Lorenz die erste Stelle einnimmt; dieser wichtige Fluß kann ungefähr 3500000 P.S. liefern. Die drei canadischen Niagara Kraftwerke senden 740000 P.S. nach Canada. Doch ist der Niagara, der 5300000 P.S. darstellt, nicht der größte potentiale Krafterzeuger Canadas; vielmehr ist dieses der Hamiltonfluß in Quebec, der in einem Abschnitt von 12 Meilen ein Gefälle von 760 Fuß hat und dessen Grand Falls mit 302 Fuß beinahe zweimal so hoch wie die Niagarafälle sind. Nach H. M. Ami könnte der Hamiltonfluß mit den Grand Falls 9000000 P.S. liefern. Er liegt aber vorläufig vollkommen unberührt, ja er ist nur von der Labradorküste aus erreichbar und hat somit in absehbarer Zeit keinen praktischen ökonomischen Wert.

Die hauptsächlichen Wasserkraft spendenden Nebenflüsse des St. Lorenz sind der Saguenay, St. Maurice und Ottawa. Die beiden ersteren können 500000 P.S. liefern, letzterer mindestens 678000 P.S. Die Küstenströme der Georgian Bai (Huron See) und des canadischen Ufers des Obersees können alle daranliegenden und zukünftigen Ortschaften mit Kraft beliefern. Die Flüsse um die James Bai herum (Südende der Hudson's Bai) könnten während 6 Monaten des Jahres ca. 2000000 P.S. liefern. Aber die Siedlungen dieser Gegend liegen noch immer 150 Meilen südlich der Bai. Äußerst günstig ist es, daß Winnipeg, Manitoba, welches in einer vollkommen kohlenlosen Gegend liegt, seine elektrische Energie aus dem Winnipegfluß holen kann. Von seinen 500000 P.S. sind bis jetzt nur 13 % „eingespannt". Durch die Eröffnung der Hudson Bai Bahn haben die Wasserkräfte des gewaltigen Nelsonflusses mit seinen verfügbaren 2500000 P.S. an industriellen Möglichkeiten gewonnen (elektro-chemische, elektro-metallurgische Unternehmungen und Gewinnung von Holzbrei und Papier). Was die beiden andern Prärieprovinzen, Saskatchewan und Alberta, anbelangt, so hat erstere

noch keine Turbine installiert; letztere erhält 33187 P.S. durch Turbinen-installation. Britisch Columbien mit seinen zahlreichen Gebirgsströmen hat eine zukunftsreiche Wasserkraftentwicklung. Auch die kleinsten Flüsse sind dank ihrer großen Gefälle wichtige Kraftspender und in einem so mineralreichen Gebiet besonders wertvoll. Innerhalb eines Radius von 100 Meilen von Vancouver sind rund 1000000 P.S. verfügbar.

Bis heute nützt Canada nur 7 % von einer möglichen Turbineninstallation aus. Aber nichtsdestoweniger sind große Fortschritte gemacht worden, und diese 7 % stellen gewaltige Krafterzeugnisse dar. Am Anfang dieses Jahrhunderts war die gesamte installierte P.S. nur 150000. Heute besitzt Canada 2762880 operierende P.S. und über 21000 englische Meilen Transmissionen und Verteilungssysteme, die zwischen einigen wenigen P. S. und den 55000 P.S.-Turbinen, welche an den Niagarafällen in Gebrauch sind, schwanken. Von den durch „Einspannung" der Fälle und Ströme gewonnenen P. S. werden 2204000 P. S. durch Centralverkaufsstellen verteilt; von diesen sind 648000 P. S. staatlich oder municipal. Eine Industrie, die in ungeheurer Entwicklung begriffen ist, ist die Holzbreifabrikation; (vergl. den Aufsatz des Verfassers: „Die canadische Forstwirtschaft" in Heft 3 dieser Zeitschrift, S. 153). Sie verdankt ihre Blüte beinahe ausschließlich der Entwicklung der Wasserkräfte. So ist es nicht zu verwundern, daß diese Industrie schon rund 500000 P.S. selbst erzeugt (siehe Abb. 2).

Auf Norwegen mit 500 P.S. pro tausend Einwohner folgt Canada mit 338 P.S. an zweiter Stelle. Während der Jahre 1921 und 1922 sind weitere 500000 P.S. verfügbar gemacht worden. Hydroelektrische Erzeugung ist eine der größten fundamentalen Industrien. Vom Standpunkt der Kapitalisation ist sie die größte, denn das Kapital, welches am Ende des Jahres 1922 darin investiert war, betrug $ 620000000. Die Konstruktionskosten beliefen sich nach den letzten verfügbaren Ziffern auf $ 69,11 per installierter P.S. Aber seitdem sind Materialien und Lohnpreise derartig gestiegen, daß diese Summe sich um mindestens 25 % erhöht. Der Stromlieferungspreis schwankt zwischen $ 15 und $ 35 per P.S. je nach Entfernung usw., liefern doch die Niagarafälle auf Entfernungen bis zu 242 englische Meilen (bis Windsor Ontario). Viele große Städte wie Quebec, Montreal und Toronto beziehen ihre gesamte elektrische Kraft für Beleuchtung, Industriezwecke und Straßenbahn von den Strömen her. Hydroelektrische Kraft kommt im steigenden Maße der Landwirtschaft zugute, einerseits dadurch, daß die Industriezentren, die sich um die Kraftstation kristallisieren, günstige Absatzgebiete für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden, andererseits daß die Landwirte Licht und Kraftstrom beziehen. Die Bedeutung und der Wert von billiger Elektrizität für die Landwirtschaft ist kaum zu überschätzen. Von ebenso großer Bedeutung ist

die Möglichkeit, die canadische Bahn zu elektrisieren. Die erfolgreiche Anwendung von elektrischen Schmelzöfen für Eisen- und Kupfererze in Canada kann von umwälzender wirtschaftlicher Bedeutung werden.

BENUTZTE LITERATUR:

„Social and Economic Conditions in Canada.“ Band CVII von „The Annals of the American Academy of Political and Social Science“, Philadelphia, 1923; „Canada. Natural Resources and Commerce“, Ottawa, 1923; Heaton's „Annual“, Toronto, 1923; „Canada Year Book 1921“, Ottawa, 1922; L. Hamilton, „Canada“, Gotha, 1921; H. M. Ami, „North America“, Band I, London, 1915; R. J. Barret, „Canada's Century, London, 1907.

JOSEF MÄRZ:

DIE ZUGÄNGE ZUM INDISCHEN LEBENSRAUM

Einer Untersuchung über die Zugänge zum indischen Lebensraum wird zunächst eine Begrenzung des Gebietes vorangehen müssen. Sie ist dadurch erleichtert, daß dieser Lebensraum eine der am besten herausgearbeiteten Unterabteilungen der Erde ist und daß die immerhin schwankenden Grenzzonen an seinem Außenrand unberücksichtigt bleiben können, da das rasche Absinken der in Indien selbst so hoch gesteigerten Bevölkerungsdichte nach allen Seiten hin zweifelsfrei die Übergangslinie kennzeichnet. Was die Abgrenzung gegen die Nachbargebiete des asiatischen Kontinents anbelangt, so hat sie auf dieser Grundlage Haushofer[1]) im zweiten Kapitel von „Südostasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung“ für anthropogeographische Zwecke überzeugend durchgeführt. Sie kann hier übernommen werden. Sie zieht etwa vom Indusdelta bei Karatschi über die Wasserscheide der großen indischen Ströme gegen die abflußlosen Gebiete von Iran und Zentralasien. Gegen Ostasien ist das Land der meridionalen Stromfurchen in seiner Verkehrsfeindlichkeit eine gute Abschließung; für unsere Zwecke können wir die Kette als Grenze nehmen, die in der malaiischen Halbinsel ausläuft, denn eine Durchstechung der Landenge von Krah würde unmittelbar den indischen mit dem ostasiatischen Raum an der schmalsten Stelle der Grenzscheide in Verbindung bringen.

Wenn die Zugänge zu einem Raum genannt werden, so kommt es bei der Vielheit von Einlässen von selbst zu einer Auslese in der Richtung, daß nur politisch und historisch besonders wichtige Einfallspforten des Festlandes an Bedeutung den Zugängen von der See her gleichkommen. Der Begriff des Zuganges ist identisch mit dem des Verkehrsweges, für Massenverkehr ist aber fast ausschließlich der Wasserweg verfügbar. In dieser Beziehung stellen die großen Flüsse Indiens ebenso wenig ein Verbindungsglied zu den Nachbarräumen dar, wie das sein bis jetzt noch isoliertes Bahnnetz fertig bringt. Wollen wir aber die wichtigsten Zugänge zur See erfassen, so müssen wir das Gebiet des indischen Lebensraumes seewärts so weit hinausschieben, als es zulässig ist, um bis an die wirklichen Eingangstore gelangen zu können. In dieser Beziehung deckt sich der indische Lebensraum seewärts mit dem Außenrande des Indischen Ozeans als mit der ozeanischen Ausprägung des Vorlandbegriffes, der auch die Gegenküste noch einschließen kann. Von den Nebenmeeren ist dabei der Persische Golf, der sich mit der englischen Stellung darin an das indische System anschließt, mit ihm verwaltungstechnisch zusammengespannt ist, als eine Hineinstülpung des indischen Raumes in den Körper des Kontinents aufzufassen, dagegen kann das Rote Meer

von unserer Betrachtung ausgeschlossen bleiben, da die Stellung von Aden das eigentliche Tor zu Indien von dieser Seite her darstellt und der Besitz von Suez ohne den von Aden wertlos ist. Im Osten wird die australische Westküste bis zur Torresstraße und zurücklaufend die Inselreihe von West-Neu-Guinea bis in dem Raum von Singapure mehr aus politischen und strategischen als aus biogeographischen Gründen noch einbezogen werden können. Dagegen lassen sich Einwände geltend machen; und tatsächlich ist auch heute noch der australische Küstenraum von Perth bis zur Torresstraße (mit der einzigen Unterbrechung von Port Darwin) eine ebensolche Verkehrswüste, wie er es vor der Entdeckung des Erdteiles war; immerhin ist aus praktischen Gründen ein fester Außenrand einer theoretischen Linie vorzuziehen, die etwa von der Sundastraße an der Keelinginsel vorbei nach der Südwestecke Australiens gezogen werden müßte und den Nordostzipfel des Indischen Ozeans abschneiden würde.

Der Zusammenhang dieses letztgenannten Abgrenzungsproblems mit der Entdeckungsgeschichte im Raume des Indischen Ozeans ist offensichtlich. So lange nicht in Westaustralien blühende neue Staatswesen in dem Ausmaß entstehen, wie sie sich in bevorzugten Teilen dieses Kontinents aus den ersten Anklammerungspunkten entwickelt haben, hat der Verkehr kein Interesse, sich dorthin ablenken zu lassen. Die Landesnatur macht eine solche Umlagerung im Westen ziemlich unwahrscheinlich, dieser Ausläufer des Indischen Ozeans wird voraussichtlich noch lange Zeit in seiner Abgeschiedenheit verharren. Was an Verkehrslinien im Südosten zusammenläuft, verknotet sich im Raum von Perth - Freemantl oder in Albany. Der befestigte Hafen von King George's Sound deckt militärisch diesen entlegensten der zu behandelnden Zugänge. Eine bestehende Dampferlinie Kapstadt-Hobart (auf Tasmanien)-Neu Seeland schaltet übrigens bemerkenswerter Weise das australische Festland vorläufig vollständig aus. Diese Erscheinung ist als Gradmesser wohl zu beachten. Auch die australische Überlandbahn ist ein Beweis dafür, daß der Verkehr nach der Südwestecke gravitiert; die entsprechende Nordsüdbahn ist nur zu einem Drittel ihrer Länge vollendet. Ferner tritt Port Darwin, auf das jetzt die australische Flottenverwaltung ihr Augenmerk gerichtet hat[2]), als Knotenpunkt von Dampferlinien und Kabeln an Bedeutung hinter den genannten Häfen noch zurück. Die Stichbahn ins Innere ist nur kurz; der Platz hat einstweilen lediglich örtliche Wichtigkeit, er ist durch die Telegraphenverbindung mit Singapure (über Java, wie über Timor) enger mit dem genannten Machtzentrum verbunden als mit den Interessen Australiens. An der Nordküste des Festlandes ist die Melville-Insel schon 1864 zur Sicherung der australischen Kolonien in festen Besitz genommen worden; in der Torresstraße, deren Besetzung mit zahlreichen Riffen die Durchfahrt sehr zusammenschnürt, ist die Donnerstaginsel befestigt und beherrscht diesen Zugang.

Eine Aufsicht über die vielen Durchlässe zwischen den Inseln des australasiatischen Mittelmeeres ist schwer durchzuführen. Der Schwerpunkt und der entscheidende Übergang liegt im Raum von Singapure. Wenn man in Betracht zieht, daß durch Kabelverbindung wie durch verwaltungsmäßigen Anschluß sowohl die Position auf der Kokosinsel (Keeling) wie die auf der Weihnachts-Insel südlich von Java an diesen Angelpunkt zwischen zwei Lebensräumen geknüpft ist, daß ferner Labuan, der Stützpunkt an der Küste Borneos, der eine Wache für den Weg Singapure-Hongkong darstellt, in das gleiche System eingegliedert ist, so wird erkennbar, daß damit zwar nur eine Auslese einiger weniger bevorzugter Lagen gegeben ist, daß aber deren Besitz politisch entschieden das Übergewicht verleiht gegenüber der politisch ungegliederten, schlecht geschützten Masse des holländischen Kolonialbesitzes mit seiner Überfülle von Positionen zweiter Güte, die gegebenenfalls alle von außen her in die Mitte genommen und matt gesetzt werden können.

Die Bedeutung des Zuganges von Singapure erstreckt sich in seinen Ausstrahlungen auf fast alle Punkte des ganzen indischen wie ostasiatischen Fragenkomplexes, denn gegen beide hin nimmt der Platz eine Vorpostenstellung ein. Die machtpolitischen Interessen Englands in Südchina (den beiden Kwangprovinzen und Yünnan) finden hier einen Rückhalt, seitdem auf der Washingtoner Konferenz England sich verpflichtet hat, Hongkong nicht weiter auszubauen, als es ohnehin schon geschehen ist. Der ganze Handel Ostasiens kann von hier abgeriegelt werden, wenn ein Zusammenwirken mit dem niederländischen Kolonialbesitz stattfindet. Außerdem ist Singapure die Deckung für die Ölvorkommen auf Borneo und Sumatra, wie andererseits für die in Burma[3]).

Bei der kaum zu überschätzenden Bedeutung, die der Platz Singapure als Torweg zwischen zwei der reichsten und dichtestbevölkerten Erdräume besitzt, ist es verwunderlich, daß diese Lage im engeren Sinne erst seit einem Jahrhundert ausgenützt wurde, obwohl sich der Kampf der letzten Jahrhunderte um die Seeherrschaft im weiteren Umkreise dieser Übergangsstelle widergespiegelt hat. Es ist bei dem „Gibraltar des Ostens" ähnlich gewesen, wie bei seinem namengebenden Gegenstück im Westen: eine Reihe anderer beherrschender Stellungen hat sich abgelöst, bevor der Hauptplatz politisch betont und herausgehoben wurde. So war das von der Natur nicht so stark bevorzugte Malakka lange Zeit einer der berühmtesten festen Punkte, zuerst der einheimischen, dann der europäischen Mächte in diesen Gewässern. Die Portugiesen haben innerhalb ganz weniger Jahre nach der Fahrt Vasco da Gama's die Schlüsselpunkte für den indischen Lebensraum besetzt und neben Ormuz, Maskat, Goa und Aden war für sie vor allem Malakka begehrenswert, sie zerstörten das einheimische Reich, das hier von den vertriebenen Bewohnern der Insel Singapure errichtet worden war. Die noch

zu wenig erforschte Geschichte des vorportugiesischen Handelsverkehrs im Indischen Ozean weiß zu melden, daß, begünstigt durch den Monsun, sich ungemein lebhafte Beziehungen entwickelt hatten, zumal Chinesen wie Japaner damals noch Außenhandel trieben und ihre Schiffe und Volksgenossen weit in den indischen Raum hinein vordrangen. Die portugiesische Herrschaft, die in erster Linie auf Beherrschung und Monopolisierung des Handels ausging, machte aus Malakka den Hauptmittelpunkt ihrer Macht und einen der stärksten Plätze des Ostens. Sie hat in Bauten und in anderen Zügen ihre Spuren bis heute hinterlassen. Der Festungspunkt hielt sich auch so ziemlich am längsten gegen die Holländer, als diese das Erbe der Portugiesen antraten, und nach der Erwerbung dieser Position hatten die neuen Herrscher zur See geraume Zeit beide Hauptstraßen nach dem Osten unter ihrer Aufsicht, sowohl die Sundastraße als die von Malakka und zwar deren beide Gestade[4]).

Eine so einzigartige Stellung mußte die Eifersucht des nächststarken Wettbewerbers herausfordern. England hat hier, wie überall, zielbewußt gearbeitet. Seine ersten Fühler, die den Versuch machten, Fuß zu fassen, drangen sogar weiter vor, als jede spätere Wachstumserscheinung: Pulo-Run in den Molukken (Banda-Inseln) war kurze Zeit in ihrem Besitz, lag aber zu ausgesetzt, um sich halten zu können, ein Schicksal, dem ein Jahrhundert später noch das kleine Pulo Pisang in der Malakkastraße ebenfalls verfiel. Auch auf Java versuchte sich die ostindische Gesellschaft schon im 17. Jahrhundert einzunisten, freilich ohne nachhaltigen Erfolg; besser gelang es auf Sumatra, wo neben Natal, Tapanuli und ein paar anderen unbedeutenden Plätzen Benkulen 140 Jahre lang der Hauptposten Englands war. Freilich war der Besitz kein unbestrittener, in den Kolonialkriegen fielen diese Niederlassungen mehrmals in französische Hände und der örtliche Machtbereich war eingeengt, da die Holländer sofort die Gebiete um diese Außenposten herum beschlagnahmten und sie damit absperrten. Benkulen liegt von der Hauptverkehrsstraße entfernt; man hielt aber beharrlich an dem Platz fest und wollte ihn durchaus zu einem solchen ersten Ranges ausbauen. Denn der Weg durch die Malakkastraße war vorläufig noch durch die Holländer gesperrt; wollte England diese bequemere Straße in die eigenen Hände bekommen, so mußte es sich Austauschobjekte sichern, gegen die es den Holländern dann die Überlassung der Durchfahrt durch die Sundastraße anbieten konnte. Bis es zu dieser Bereinigung kam, verging eine lange Zeit. Es war zweifellos ein guter Gedanke, an der Nordspitze Sumatras sich in Atschin Einfluß zu verschaffen, denn aus diesem Raum heraus konnte die Straße westlich wie östlich an der großen Insel vorbei überwacht werden (ein Gesichtspunkt, der 1901 auch zu dem Gedanken führte, für ähnliche Zwecke, zunächst als Kohlenstation für den Handelsschiffverkehr, PuloWeh (Sabang) an der Nordspitze Sumatras pachtweise den deutschen Interessen

dienstbar zu machen, und der in seiner räumlichen Fortsetzung dazu führen mußte, die Andamanen zu besetzen, die mit Pinang in engerer Wahl gestanden hatten. aber damals wegen des Fiebers bald wieder aufgegeben und erst 1853 endgültig englisch geworden waren, und sich auch der Nikobaren zu bemächtigen, die schon 1778 als herrenloses Land an die englisch-ostindische Gesellschaft gefallen waren). Auch nach der Überlassung ganz Sumatras an Holland behielt der Herrscher des die längste Zeit fast unabhängigen Atschin eine Sonderstellung als alter Verbündeter Englands bei, zumal das Land von Anfang an enge Handelsbeziehungen mit Pinang unterhielt. Erst 1872 gab England diese Rechte auf.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts aber hielten einige scharf ausgeprägte Führerpersönlichkeiten in Britisch-Indien den Zeitpunkt für gekommen, um die Besitzverhältnisse zu ordnen und den Holländern das Durchfahrtsmonopol abzunehmen. Das Wachstum, das zur Bildung der „Straßenniederlassungen" führte, begann von Norden wie von Süden her. Schon im 16. Jahrhundert war die Küsteninsel Pulo Pinang einmal als Stützpunkt für das Vorgehen gegen Portugal benützt worden; nunmehr wurde sie 1786 englisch. Der Gründer des Platzes, Leight, hatte seine Wahl für die von ihm als erstem vorgeschlagene Interventionspolitik an der Straße durchgesetzt und seitdem ist er ein „Ausstrahlungspunkt der britischen Macht im mittleren Osten" geblieben, der freilich ebenso von Singapure überflügelt wurde, wie er seinerseits Malakka in den Schatten gestellt hat. Warren Hastings dachte an eine Reihe von Stützpunkten an der Ostseite Sumatras: Riouw, Lingga, die beide gegen Pinang unterlegen waren (die aber noch heute von Holland in ihrem insularen Wert dadurch hervorgehoben sind, daß sie eine eigene Präsidentschaft bilden, wenn auch erst 1909 z. B. die Sabangbucht auf Riouw, als Kohlenstation in der Rolle der Ergänzung zu dem gegenüberliegenden Singapure von großer Bedeutung, in unmittelbare Verwaltung genommen wurde). Aber die Machtverhältnisse waren um die Wende des 18. Jahrhunderts immer noch so ungleich, daß man einem Durchbruch ein Umgehen der holländischen Stellung vorzog; denn noch zwei Jahrzehnte später griff Raffles, der Gründer von Singapure, anfänglich auf den Gedanken zurück, die Westküste von Sumatra zu benützen und dort eine Reihe von Stationen bis zur Sundastraße auszubauen. Die Festsetzung bei Riouw sollte dann in Verbindung mit Pinang den Ring um den holländischen Besitz schließen, in dem Siak, Singapure gegenüber, freilich noch ein Stein im Wege war.

Raffles betrachtete es als seine, mehrmals ausgesprochene und auch schriftlich niedergelegte, Hauptaufgabe, dem britischen Einfluß eine möglichst vorteilhafte Zentralstation zu erwerben und als Entschädigung dafür die Sundadurchfahrt den Holländern zu überlassen; er ließ sich in aller Form die Ermächtigung geben, eine Station südwärts von Malakka zu besetzen. Palembang,

Riouw, Bintang fand er schon in festen Händen, Karimon und Siak schienen ihm für seine Zwecke ungeeignet. So entschied er sich für Singapure, sicherte 1818 trotz scharfen holländischen Einspruchs Vorrechte für England und führte 1824 die endgültige Besitznahme herbei. Durch Vertrag wurde den Holländern Sumatra mit den anderen Inseln überlassen (Java war bekanntlich während der napoleonischen Kriege längere Zeit von den Engländern besetzt), das England dafür Malakka und die Insel Singapure auslieferte. Das Sultanat Johore, aus dem dieser Stein herausgebrochen wurde, behielt aber unter allen malaiischen Herrschaften der Halbinsel die verhältnismäßig größte Unabhängigkeit, wie auch das Hinterland der vier „Straßenniederlassungen" — 1874 kamen noch die Dindings (Pangkor) dazu — die längste Zeit unbekannt und unerschlossen blieb[5]). Erst 1884/85 fand die erste Durchquerung der Halbinsel statt! Es waren bloße Anheftungspunkte, die anfänglich lediglich bestimmt waren, von einem Stück Land aus wieder auf die See hinaus zu wirken. Erst in jüngster Zeit begann das Aufeinanderzuwachsen der Besitzungen, die Zusammenfassung der Eingeborenenstaaten in verschiedenartiger Bindung. England baut sich hier, wie in Indien von punktförmigen Anfängen ausgehend, ein neues „kleines Indien" in vielen Übergangsformen und mit dem Vorzuge der ausgezeichneten Lage zwischen zwei Ozeanen. Aus wachem geopolitischen Instinkt heraus wehrt es sich mit allen Mitteln gegen eine Durchstechung der Landenge von Krah, durch die seine Stellung im Rücken umgangen werden könnte. Ein Problem für sich ist die Überflutung der Halbinsel und des holländischen Besitzes durch die chinesische Einwanderung, die unangenehm zu werden beginnt.

An diesem Zugang zum indischen Lebensraum hat sich das britische Reich einen „Platz an der Sonne" gesichert. Der Punkt Singapure ist „einer der Mittelpunkte, um die sich das Leben der Welt dreht". Ein Vorgang ist dabei viel zu wenig beachtet worden, der die malaiische Halbinsel in jüngster Zeit verwaltungstechnisch aus der Masse der übrigen Besitzungen heraushob; die vier „Straßenniederlassungen" waren schon bisher Kronkolonien, im Gegensatz zu den malaiischen Schutzstaaten, und in diesem Verhältnis etwa mit der Stellung der spanischen Presidios zu der spanischen Zone in Marokko vergleichbar. Malayasia ist mit den Seychellen, Amiranten, mit Ceylon, den von diesem abhängigen Malediven, den Lakkadiven, die von Britisch-Indien ressortieren, den Andamanen und den Tschagos-Inseln, die wie Driguez ihrerseits zum System von Mauritius gehören, zu einer gesonderten Verwaltungsgemeinschaft mit dem Regierungssitz in Mauritius zusammengefaßt worden[6]). Diese Reihe von Kolonien ist dadurch noch schärfer als früher vom Körper des eigentlichen indischen Reiches abgehoben worden. Diese Zusammenfassung fühlt vielleicht kommende Entwicklungen voraus; es ist damit ein Gürtel quer durch den Seeraum gelegt worden, der ausgesprochen wehrgeographische Ziele verfolgt. Vor

den großen Festlandsblöcken Britisch-Südafrikas, Britisch-Indiens, Australiens soll ein trennender Streifen mit verstärkter Schutzfunktion und unmittelbarer Beherrschung geschaffen werden, damit dem Mutterlande für alle Fälle die Kette erdumspannender Verbindungsglieder erhalten bleibe, wenn die großen Landgebiete um den indischen Ozean herum einmal andere, auseinanderführende Wege gehen sollten. Dieser Gürtel schiebt sich zwischen die indische, australische und ostasiatische Welt mit seinem Endpunkte gerade dort ein, wo die Trennungslinien der drei Erdräume zusammenstoßen und einem Übergang von weltpolitischer Bedeutung Platz machen. Diese Aussonderung hat bereits eine Vorstufe in der Entwicklung der „Straßenniederlassungen", ihrer Zusammenfassung unter eigener Verwaltung 1826 — schon zwei Jahre, nachdem Singapure, dem sein Gründer mit unvergleichlichem Scharfblick von Anfang an die Handelsfreiheit verschafft und dadurch den Grundstein zu seiner Entwicklung gelegt hatte, gegründet worden war —, ihrer Trennung vom Bereich der indischen Verwaltung 1867 und in der oben gekennzeichneten Verwaltungsgemeinschaft mit dem Streubesitz rund um das malaiische Inselgebiet herum. Schott sah ein deutsches Kriegsziel in einer „äquatorialen Interessensphäre maritimer Natur": Sansibar-Pemba – verschiedene kleine Inseln südlich bis Kerguelen-Seychellen-Diego Garcia bis Deutsch Neu-Guinea. Damit sah er die entsprechende englische Zielsetzung, die jetzt erst verwirklicht worden ist, voraus und wollte sie durchkreuzen.

Von der Landenge von Krah ab bis zum Nordwestende des Himalaja sind wohl Paßstraßen und Übergänge über die Gebirgsschranken zu verzeichnen, die aber, wie auch die Flußdurchbrüche, nicht als eigentliche Zugänge aufgefaßt werden können. Erst der Khaiberpaß nimmt wieder eine an Bedeutung vergleichbare Rolle ein. Auf das jahrzehntelang scharf zugespitzte und auch jetzt nur auf einige Zeit vertagte, auf andere Wege abgelenkte Aufeinanderzuwachsen des englischen und russischen Machtbereiches, auf die Rolle Afghanistans als Paßstaat soll hier nicht näher eingegangen werden; gemeinsam mit der Darstellung des Landweges durch Persien ist dies eine Aufgabe für sich, die zweifellos in diesen Blättern noch von berufener Feder erfolgen wird.

Dagegen ist die Golfstellung einer gesonderten Behandlung zu unterziehen. Die Außengrenze des indischen Lebensraumes ist hier im Raum von Basra zu suchen, heute, wenn man will, sogar noch weiter aufwärts im Zweistromland. Das ganze indische Verwaltungssystem im Golf ist von Indien aus geleitet, ist Vorlandssicherung für dieses. Im inneren Winkel des Golfs laufen Verkehrswege vom Mittelmeer und Schwarzen Meer her mit sehr verschiedener Bedeutung zusammen, sowie die aus Innerarabien nach Kuweit, auch münden von Norden her bei Mohammera, Buschir und Bender Abbas die Straßen aus Persien ein. Gegen ein russisches Vordringen an den Golf auf diesem Wege war England stets äußerst

empfindlich; die Äußerungen von Curzon und anderen sparen nicht mit Vorwürfen und kräftigen Worten. In der gleichen Weise beunruhigten die deutschen Bagdadbahnpläne die Engländer, die am „Gleichgewicht" am Golf interessiert waren und sind. Für europäische Verhältnisse ist dieses Gleichgewicht ja keines; für die englische Verwaltung besteht es aber darin, daß durch das System der Subsidien und Schiedsgerichte mit einem Mindestmaße von wirklichen Machtmitteln ein Höchstmaß von ausgleichendem Einfluß und Ausbalanzierung der örtlichen Machtbestrebungen erreicht wird. Die Beherrschung dieses Zuganges ist zwar nur eine locker anhaftende, aber deshalb nicht minder bedeutsame, und vor England haben schon die Portugiesen (Ormuz, Bahrein usw.) und nach ihnen die Holländer in gleicher Weise versucht, das Golfgebiet durch die Besitznahme einiger auserlesener Punkte in seiner Ganzheit zu kontrollieren und zu beherrschen, weil sie in ihm einen der wichtigsten Durchgangsräume vom Westen nach Indien erblickten. Der Verkehr, der diese Straße benützte und benützt, darf indes nicht als zu stark angenommen werden, wenn auch Plätze wie Ormuz und Maskat in den alten Schilderungen aufs höchste gerühmt werden. Eine kurze zusammenhängende Darstellung darüber wird in einigen Monaten erscheinen[7]).

An Wichtigkeit mit dem von Singapure vergleichbar ist der Zugang durch die Straße von Bab-el-Mandeb, gekennzeichnet schon dadurch, daß sich in der Neuzeit fast alle Nationen dort eingenistet haben. Sie hat aber noch einen Vorzug vor dieser voraus: sie ist praktisch schlechthin unumgehbar, nicht nur für den Schiffsverkehr, der die Durchfahrt benützen muß und nicht eine Mehrheit von Durchlässen zur Verfügung hat, sondern auch für den Landverkehr, der sich durch die beiderseits nahe herantretenden hohen Gebirge Jemens und Abessiniens und auf der arabischen Seite auch durch die Wüstennatur des Landes gehemmt sieht. Auch hier liegen die bemerkenswerten Punkte dicht beisammen. Aden ist hier der Brennpunkt aller Interessen, die auf eine Überwachung dieses Zuganges zugeschnitten sind; hier laufen die Kabel aus dem Roten Meer und die von Kapstadt aus an der ostafrikanischen Küste entlang geführten zusammen, um vereinigt nach Bombay weiter zu gehen; hier kreuzen sich ebenso die Dampferlinien, die den oben genannten Wegen folgen. Denn unähnlich der vorportugiesischen Zeit und der darauffolgenden 3 Jahrhunderte hat sich jetzt der Verkehr vom Monsun unabhängig gemacht, der eine Diagonalverbindung Vorderindiens–Ostafrika längst geschaffen und sowohl die Verwaltung Ostafrikas von Goa aus als auch das Entlangwachsen des portugiesischen Herrschaftsbereiches und vor ihm wie nach ihm des Maskatarabischen Seereiches am ostafrikanischen Küstenraum begünstigt hatte; Aden hat heute viel von diesem Verkehr abgefangen und an sich gezogen, obwohl Klima und Wassermangel nicht einmal zu einem selbst nur vorübergehenden Aufenthalt anreizen könnten. Die Gunst der Lage, die mit einer natürlichen Festigkeit, wie bei

Gibraltar, zusammenwirkt und einen naheliegenden Vergleich herausfordert, und die Vorzüge des Hafens, des besten Arabiens, haben es trotzdem vermocht, dem Platz eine beherrschende Stellung zu verschaffen [8]).

Dabei ist Aden für eine tatsächliche Überwachung nicht einmal so sehr geeignet, wie sein „Auge" Perim, die kleine Insel inmitten der durch Korallenklipppen und Strömungen noch mehr eingeengten Straße Bab—el—Mandeb. Nach ihrer Besetzung durch die Portugiesen kam zuerst wieder Napoleon auf den Gedanken, sich dieses Musterbeispiel eines rein militärischen Stützpunktes zu bedienen; englisch-indische Truppen kamen ihm aber zuvor und hielten die Insel von 1799—1801 besetzt. Sie mußte damals wieder aufgegeben werden, da der Wassermangel den Besitz ohne Anlehnung an einen nahen stärkeren Platz unhaltbar machte, Perim ist auch jetzt noch in seiner Versorgung vollständig von Aden abhängig. 1857 wiederholte sich die Durchkreuzung französischer Absicht, die schon die Bedeutung des Suezkanals vorweg ausnützen wollte, und brachte die endgültige Beschlagnahme für England.

Nicht immer war Aden in seiner beherrschenden Stellung unbedroht. Der Verkehrsweg war zeitweilig verödet, der Handel abgelenkt. Übrigens ist dieser Handel, der seit der Erklärung des Ortes zum Freihafen (1850) seinen so hohen Aufschwung genommen hat, zu $^{9}/_{10}$ Zwischenhandel, der für Südarabien keineswegs typisch ist — wie überhaupt Aden nur lose als eine maritime Erscheinungsform an den Körper der Halbinsel angeheftet erscheint und eine ähnliche natürliche Abschließung aufweist, wie Gibraltar. Wenn auch sein Gebiet viermal erweitert wurde, hauptsächlich zur Sicherung der Wasserversorgung, so läßt sich hier doch kaum so von einer Einwurzelung sprechen, wie sie etwa die Handelskolonien an der chinesischen Küste zeigen. Aden ist in überragendem Maße Ausfallstor, nicht Eingangstor ins Land.

Die Besitznahme Adens war einer der Hauptpunkte bereits in der Seestrategie Albuquerques, der, kaum daß ein portugiesisches Schiff überhaupt den Indischen Ozean durchfahren hatte, binnen wenigen Jahren schon die beherrschenden Positionen in seine Gewalt brachte. Der erste Handstreich glückte freilich nicht, und auch später gelang es den Portugiesen nicht, sich lange hier zu halten. Die sonst sehr rührigen Holländer schenkten dem Platz keine Beachtung; nach der Besetzung durch die Türken bei ihrem Vorgehen gegen Portugal fiel er in vollkommene Bedeutungslosigkeit unter einheimischen Stammeshäuptern zurück. In dieser Zeit begann sich die Aufmerksamkeit der britisch-indischen Regierung auf ihn zu richten. 1809 erhielt der Gouverneur von Bombay den Vorschlag, dort Befestigungen zu errichten, eine 1828 errichtete Kohlenstation wurde bald wieder verlegt, aber das unabweisbare Bedürfnis nach einer solchen ließ 1837 den Gedanken einer Besitznahme wieder auftauchen, die dann 1839 durch einen Handstreich erfolgte.

Aden wie Perim und die Kabelinsel Kamaran im Roten Meer werden, gleich der Golfstellung, von Indien aus verwaltet. Die Besetzung des britischen Somalilandes dient wesentlich der Sicherung der Gegenküste und des Versorgungsgebietes von Aden, Sicherungsverträge über Teile davon wurden schon vor der Besitznahme des anfänglich etwas unterschätzten Perim abgeschlossen, 1888 wurde bei einer Bereinigung der Ansprüche an dieser Stelle ein Stück an Frankreich abgetreten, das aber keinen Gebrauch von dem Vorteil der Lage machte und auch aus Obok, das schon vor der Eröffnung des Suezkanals erworben worden war, nur eine kümmerliche Kohlenstation zu schaffen wußte, trotzdem es günstig an der Meerenge liegt. Sokotra war als notwendige Ergänzung schon 1835 kurze Zeit von England benützt worden, aber aus klimatischen Gründen wurde es wieder aufgegeben, Albuquerque und d'Almeida hatten schon im Anfang des 16. Jahrhunderts den Wert dieser Lage erkannt. 1876 sicherte sich England die Insel mit den Nebeninselchen gegen eine Abtretung an fremde Mächte. Italien wurde damals beargwöhnt, das sich schon vorher um Roheita, wenige Jahre später um Adulis und Moka bemühte und 1885 Massaua erwarb, das im Gegensatz zum Hinterland in unmittelbare Verwaltung genommen wurde. 1886 folgte dann die englische Schutzherrschaft über Sokotra, ohne daß unmittelbare Einflußnahme und Besetzung für nötig gehalten wurde.

Umstritten und rätselhaft ist die politische Stellung von Scheich-Said, das mit dem afrikanischen Vorgebirge Ras Segân die berufenen Wächter des „Tores der Tränen“ bildet. Der Punkt überhöht, selbst so gut wie uneinnehmbar, die Insel Perim, welch letztere im Weltkriege zeitweise dadurch von türkischer Artillerie bedroht werden konnte. Die Stellung ist noch günstiger als die von Aden, sie scheint auch im Altertum schon Beachtung gefunden zu haben. Dagegen sind ihre natürlichen Vorzüge zweifellos überschätzt worden; der Strandsee hat nur geringen Tiefgang. Über der Geschichte des Punktes hängt ein gewisser Schleier; er wird ein „aufgegebenes französisches Gibraltar“ genannt, ein „wunder Punkt der französischen Kolonialgeschichte“. Tatsache ist jedenfalls, daß der kühne französische Reichserbauer im indischen Raum, Mahé de Labourdonnais, mit seinem ausgezeichneten Blick für solche Lagen 1743 die Abtretung von Kap und Lagune Scheich-Said betrieb. Auch Napoleon gab Auftrag zur Besetzung, die freilich nicht ausgeführt wurde, und als dann 1838 sich Ägypten, von Frankreich vorgeschoben, in den Besitz des Punktes setzen wollte, stieß es bereits auf englischen Widerstand, noch ein Jahr vor der Besetzung von Aden. Trotz der Bedeutung für Perim scheint dann aber bei den Engländern das Gefühl für die Wichtigkeit des Punktes abgenommen zu haben, denn eine Gesellschaft Marseiller Kaufleute konnte 1869 den Platz mit der Umgebung kaufen. 1870/71 wurde während des Krieges dort eine französische Kohlenstation eingerichtet, aber seitdem geschah

merkwürdigerweise nichts mehr, um die französischen Ansprüche auf den Punkt durchzusetzen oder seine Vorzüge zu verwerten. Heute ist er lediglich ein Riegel für eine weitere Ausdehnung des englischen Gebietes von Aden. Immerhin, eine gewisse Spannung zwischen Frankreich und der Türkei einerseits, Frankreich und England andererseits hat sich nie ganz beseitigen lassen; Vereinbarungen sind jedenfalls über den Punkt getroffen worden, ihr Inhalt entzieht sich aber der Kenntnis[9]). Jedenfalls betrachtet sich Frankreich als den Eigentümer des Platzes. Scheich–Said hat auch in der deutschen Kolonialgeschichte einmal eine Rolle gespielt: 1870 wie 1884 wurde von dritter Seite eine Erwerbung für Deutschland angeregt, im ersteren Falle wurden auch Rußland und Italien als Interessenten genannt. Die Akten des ehemaligen Kolonialamtes enthalten darüber eingehende Aufschlüsse, die noch nicht veröffentlicht worden sind (der Verfasser hatte Gelegenheit, Einsicht zu nehmen). So viel kann aus ihrem Inhalt angegeben werden, daß die deutsche Regierung es ablehnte, auf die Angebote einzugehen. Ein Aufsatz in der „Allgemeinen Zeitung" vom Januar 1885, der die Oberhoheit des türkischen Sultans über den Platz betonte, ist, wie in manchen anderen Fällen, vielleicht auf Lothar Bucher zurückzuführen, der ja die Stellungnahme der deutschen Regierung kennen konnte. Schon das Gerücht hatte 1884 in Frankreich einen Sturm der Entrüstung gegen Deutschland entfesselt und doch war damals nicht nur der Kaufpreis zu hoch, sondern der Platz hätte auch Seestreitkräfte unnötig gebunden und wäre trotzdem für Deutschland nur von relativem Wert gewesen. Eine ähnlich scharfe Stellungnahme, diesmal von englisch-indischer Seite, trat ein, als 1901 der Plan einer deutschen Kohlenstation auf den Farisan-Inseln, einem früher wichtigen Schiffahrtsmittelpunkte im südlichen Teil des Roten Meeres, auftauchte.

Die gesamte afrikanische Ostküste, vom Ausgang des Roten Meeres bis zum Kap der Guten Hoffnung, kann kurz abgetan werden. Zugänge zum Indischen Ocean, von mehr als rein örtlicher Bedeutung, münden hier nicht ein, auch die noch nicht vollendete Verbindung Ägypten — Viktoria-See — Mombasa hat vermutlich kaum Aussicht, mehr als ein gelegentlich benützter Umgehungsweg zu werden. Das gleiche wird für die ostwestliche Verbindung Kongo — Tanganjikasee — Daressalam zu gelten haben. Der überwiegende Vorteil des Seeweges ist für Personen- wie Güterverkehr trotz des großen Umweges um das Kap nicht ausgeschaltet.

Das Kapland selbst ist an sich schon eine der wichtigsten Lagen des Erdballes. Sein Hinterland erhöht seinen Lagewert nicht, vermehrt aber die Sicherheit und bringt durch seine Bodenschätze den wirtschaftlichen Gesichtspunkt zur Geltung. Ein Haupteckpfeiler des Seeverkehrs, behielt es auch nach der Eröffnung des Suezkanals seine Bedeutung als der eine der großen Zugänge zum indischen Lebensraum bei. Nicht umsonst ist es nacheinander in die Hände fast aller Nationen

gefallen, die das Weltmeer beherrschen wollten; seine Rolle für die Verteidigung von Indien und Australien darf nicht unterschätzt werden: Aus dem Anheftungspunkt hat sich inzwischen eine große Selbstverwaltungskolonie entwickelt, und die Reichsteile wachsen unaufhaltsam aufeinander zu.

Im indischen Lebensraum ist heute erfüllt, was Castlereagh als Forderung aufstellte: „Jede Position auf dem Wege nach Indien muß uns gehören". Landwege wie Seewege haben sich die Engländer gesichert, und mögen sie auch Vorgänger gehabt haben, die die gleichen Ziele anstrebten, in dieser Vollendung ist es nur ihnen allein gelungen. Da aber ihre politische Erfahrung ihnen sagt, daß die Seeherrschaft nicht von Zufälligkeiten auf dem Festlande abhängig gemacht werden darf, so haben sie, wie schon ausgeführt, bereits wieder den Anfang gemacht, kontinentalen und maritimen Besitz auseinander zu halten. „Bereit sein ist alles."

LITERATUR UND ANMERKUNGEN

1) In Haushofer — März „Zum Freiheitskampfe in Südostasien", Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee, Teil I: Haushofer, „Südostasiens Wiederaufstieg zur Selbstbestimmung", S. 32, 146, 147.

2) Siehe: „Zeitschrift für Geopolitik", Heft 4, S. 260.

3) Vergleiche hierzu: Gadow, „Der Zusammenhang der weltpolitischen Machtfragen", „Marine-Rundschau", Jahrgang 1924, Heft 2, S. 57.

4) Über die Geschicke dieser Erdstelle unterrichtet am besten das Werk von Arnold Wright und Thomas A. Reid: The Malay Peninsula. A Record of British Progress in the Middle East. London und Leipzig 1912. – Die vorstehende Darstellung ist in den Grundzügen dem Buch des Verfassers entnommen: Haushofer — März, Teil II: März, „Die Stützpunktpolitik der großen Mächte: Grundlagen und Entwicklung", S. 388 ff. Viele Einzelangaben finden sich in Supan: „Die territoriale Entwicklung der europäischen Kolonien", Gotha 1906.

5) Vergleiche hierzu den Aufsatz von Rowland-Kalling in Heft 4 dieser Zeitschrift.

6) Über diese Neugliederung der Verwaltung s. Haushofer, a. a. O. S. 141, 147, 155; März, a. a. O. S. 192, 225, 248, 249, 422; Gadow; Schott, „Geographische Zeitschrift" 1917, S. 525: „Deutsche Zukunftsbedürfnisse auf den Weg des Seeverkehrs".

7) Eine ausführliche Skizze der geopolitischen Probleme, die mit dem Persischen Golf verknüpft sind, wird vom Verfasser in den „Freien Wegen vergleichender Erdkunde" erscheinen, die zum 60. Geburtstag Erichs von Drygalski geplant sind. Einzeldaten und Literatur s. März, a. a. O. S. 398 ff.

8) Quellen und ausführlichere Darstellung s. März, a. a. O. S. 406 ff.; Rawson W. Rawson, European territorial claims on the coasts of the Red Sea and its southern approaches, in 1885. „Proceedings of the Royal Geographical Society", Bd. VII, 1885, S. 39 ff.

9) Quellen s. März, a. a. O. S. 413 ff.; Corbie, Le Mystère de Cheik — Said, Paris 1913.

OTTO SCHLÜTER:

STAAT, WIRTSCHAFT, VOLK, RELIGION IN IHREM VERHÄLTNIS ZUR ERDOBERFLÄCHE: I.

Einer Ausbildung von Gruppen innerhalb der Menschheit kommt die Gestaltung der Erdoberfläche mannigfach entgegen. Enge Talschaften im Gebirge, kleine waldumrahmte Gaue — das sind in vielen Gegenden die Kammern, in denen sich die Bewohner anfangs einrichten müssen. Abgeschlossen gegen die Umgebung, sind sie es doch niemals in solchem Maße, daß jeder Verkehr mit der Nachbarschaft fehlte. Immer bleibt daher die Möglichkeit, sich in dieser oder jener Weise zu verbinden. Je mehr dann die trennenden Wälder gelichtet, Sümpfe wegsam gemacht werden, verlieren die ursprünglichen Naturgrenzen ihre Bedeutung, und die alten Gaue verschmelzen zu größeren Einheiten. So geht es fort, bis stärkere Schranken, sei es ein schwer zu bewältigendes Gebirge oder gar das Meer, dem Zusammenschluß der Teile abermals zeitweilig Halt gebieten.

Andere Länder stehen der Völkerbewegung von vornherein weithin offen, während sie eine tieferdringende Kulturarbeit nicht erlauben oder zum mindesten nicht anregen, nicht erzwingen. Locker am Boden haftend verbreitet sich die Bevölkerung schnell über große Flächen. Und doch bringt es die Weite des Raumes auch wieder mit sich, daß nicht jede Völkerwelle das Ganze zu erfassen vermag. Von dem Punkt, wo sie erregt wird, breitet sie ihre Kreise aus, die sich allmählich im Grenzenlosen verlieren. Darum gewähren solche Gebiete, die zunächst mehr die Einheit zu begünstigen scheinen, doch auch widerstrebenden Teilen der Bevölkerung die Möglichkeit, sich irgendeiner neuen Macht zu entziehen und sich in ihrer Eigenart zu erhalten. Welche bunten Bilder dabei entstehen können, zeigt am besten das osteuropäische Völkermosaik vor der Verrussung.

So bestimmen Gliederung und Zusammenhang in wechselndem Verhältnis die Eigenart der Wohngebiete. Neben diesen aber dehnen sich die leeren Räume der Wüste und des Meeres aus, die dem Wohnen eine Grenze setzen und dennoch, als Verkehrsgebiete, wieder Verbindungen von gewaltigem Ausmaß vermitteln können. Zuletzt fügt sich die ganze Mannigfaltigkeit der Gestaltung des Lebensraumes in die schlichte Einheit der Erdkugelfläche.

Gliederung und Zusammenhang, Vereinzelung und Verbindung sind also immer zugleich gegeben, und nicht läßt sich sagen, daß eins von beiden natürlicher wäre als das andere. Das gilt zunächst und unmittelbar für die Menschengruppen, wenn wir darunter nur Summen benachbarter Einzelmenschen und Familien verstehen. Es muß aber auch für die Gemeinschaften, die eine größere Zahl solcher Einzelwesen durch ein unsichtbares Band zusammenschliessen, seine Bedeu-

tung haben. Denn alle Gemeinschaftsbildung hat ihre Grundlage im Verkehr, die gemeinschaftbildenden Gedanken haften an körperlich auf der Erde lebenden und wandelnden Menschen. So ergibt sich auch für den Staat schon hieraus eine wichtige Folgerung. Jede Größenordnung staatlicher Vereinigung, wenn auch nicht jede einzelne Gestaltung, kann sich auf geographische Tatsachen berufen, findet in den Bedingungen der Erdoberfläche ihre Rechtfertigung. Die Geographie ist in der Beziehung an sich völlig neutral. Nie wird es gelingen, aus ihr allein die Entscheidung über den Vorrang partikularer, nationaler oder universaler Bestrebungen abzuleiten. Was sie uns lehrt, ist nur das Zugleichsein von Gliederung und Zusammenhang und die allgemeine Wichtigkeit der geographischen Bedingungen für jede Art von Politik.

Die menschlichen Gemeinschaften stehen jedoch zum Boden nicht in dem gleichen Verhältnis, und es ist Aufgabe der geopolitischen Betrachtung, diese Unterschiede zu beobachten; zu verfolgen, wie Staat, Wirtschaft, Volk, Religion, jedes nach eigenen Gesetzen, sich auszubreiten streben, wie sie auf der Erdoberfläche mit einander ringen und wie sich insbesondere der Raumanspruch des Staates mit dem anderer Gemeinschaften auseinandersetzt.

1. Im Staat wird die Beziehung zum Boden schärfer und bewußter als anderswo erfaßt. Das Gebiet gehört zum eigensten Wesen des Staates als sein Herrschaftsraum, in welchem er — bei klaren Verhältnissen — die höchste, die allein unabhängige Gemeinschaft bildet, und wo die von ihm geschaffene Ordnung als die höchste gilt, der sich alle anderen fügen. Denn nicht darin besteht die Eigenart des Staates, daß er überhaupt eine Rechtsordnung darstellt, sondern eben darin, daß er als höchste Instanz in seinem Gebiet anerkannt wird. Er ist der Träger, der Schöpfer des Rechts; sein besonderes Wesen liegt aber nicht im Recht, sondern in der Herrschaft. Indem er diese seine Herrschaft zur Aufrichtung und Unterhaltung einer alles umfassenden Rechtsordnung benutzt, indem er mit seiner Macht diese Ordnung und das soziale Leben seiner Bevölkerung schützt, gewinnen Herrschaft und Macht dann aber doch mit reichem Inhalt zugleich auch sittliche Bedeutung; nicht als ob sie nun ohne weiteres sittlich gut wären, wohl aber im Sinne einer sittlichen Aufgabe, die gut wie schlecht gelöst werden kann.

Allein wir müssen zunächst den Staatsgedanken in seiner reinsten Form herauslösen, wo die Herrschaft als Selbstzweck erscheint. Da erblicken wir als die wesentlichen Komponenten des Staates: ein Gebiet, das er ausschließlich beherrscht, und eine Bevölkerung, die durch Unterordnung unter seinen Willen zur Einheit verbunden ist. Sein Streben geht nun dahin, den Einklang zwischen diesen beiden herzustellen und zu erhalten, woraus sich sogleich ein Bedürfnis nach verbindendem Verkehr innerhalb des Staatsgebietes, nach guten, leicht zu sichernden Grenzen und nach einer für den Wettkampf mit den Nachbarn

möglichst günstigen Lage ergibt. Dieser eigentliche Staatsgedanke mag zu einfach sein, um in der Wirklichkeit ohne Beimengung anderer Motive aufzutreten; doch ist er kein bloßer abstrakter Begriff, sondern eine gestaltende Idee, die zu allen Zeiten höchst wirksam war, unabhängig von der jeweiligen Form und Verfassung der Staaten. Es ist von seinem Standpunkt aus gleichgiltig, ob die Bevölkerung eines Stammes sei oder vielfach zusammengesetzt, gleichgiltig auch, wie sie sonst etwa gemeinschaftsweise gegliedert sein möge, sofern nur das alles sich dem Staate unterordnet. Bezeichnend genug, daß der Staat des Staufers Friedrich II, der in manchem als erster Vertreter neuzeitlicher Auffassungen gilt, auf dem in Volk und Kultur damals so sehr gemischten Sizilien erwuchs. „Hier ist kein Volk mehr, sagte Jakob Burckhardt von ihm, sondern ein kontrollierbarer Haufe von Untertanen.“[1])

Die Bevölkerung und ihr Wachstum, ihre Gesundheit und Leistungsfähigkeit, bildet den Urgrund des staatlichen Lebens. Vermehrt sich die Zahl der Bewohner dauernd und rasch, so gibt sie dem Staat einen Drang nach Ausbreitung. Bleibt sie stehen oder geht zurück, so liegt darin eine Schwäche, die früher oder später auch zu einem Weichen der Staatsgrenzen führen wird. Die einfache Tatsache, dass eine zahlreiche Bevölkerung eines großen Lebensraumes bedarf, ist von so grundlegender Bedeutung, daß manchmal alles andere daneben zurücktritt. Rußlands größte Stärke lag vor dem Weltkrieg in seiner gewaltigen, schnell wachsenden Bevölkerungsmenge, mit der es in gefährlicher Weise auf Europa drückte. Von noch höherer Bedeutung waren für das „Land der Menschen“, wie China in altindischen Schriften bezeichnend genannt wird, die Menge seiner dicht siedelnden Bewohner, ihre Zähigkeit und Anpassungsfähigkeit, die ihm eine seltene Dauer und Widerstandsfähigkeit gegen fremde Einwirkungen verliehen haben.

Gesetzt nun, ein Staatsgebiet habe eine Bevölkerungsmenge, die seiner Ausdehnung zu einer bestimmten Zeit gemäß wäre, gesetzt ferner, es bestände in der Hinsicht ein gewisses Gleichgewichtsverhältnis zu den Nachbarstaaten, so wird sich das infolge der Veränderung der Menschenzahl alsbald verschieben. Damit entstehen Spannungen zwischen Staat und Bevölkerung, die auf die politischen Bestrebungen einwirken. Sinkt die Bewohnerzahl unter das Maß, das der Staatsraum fassen kann, so besteht die Gefahr, daß der Staat dem Druck volkreicherer Nachbarn nachgeben muß. Um sich in seinem Bestand zu erhalten, wird er dann vielleicht die Einwanderung Fremder in stärkerem Maße begünstigen, wobei es dem Staat an sich nicht darauf ankommt, welcher Art diese Fremden sind. Die Aufnahme der Germanen in das römische Reich und die Verwendung farbiger Truppen im heutigen Frankreich sind nur zwei Beispiele aus einer großen Zahl von Fällen, die zeigen, wie der reine Staatsgedanke oft gerade das Wichtigste, die militärische Sicherung, durch fremde Diener am besten gewährleistet glaubt. Schon

früher machte sich bei Frankreich der Bevölkerungsdruck in einem langsamen Einsickern von Fremdenelementen an den Grenzen bemerkbar. Nun sollen die Afrikaner, einstweilen als Soldaten, bald aber wohl unvermeidlich auch als Ansiedler, ein starkes Einströmen, besonders aus Deutschland, wie es dem Grade jenes Druckes entsprechen würde, aufhalten, bis vielleicht doch einmal der Zeitpunkt kommt, wo solches nicht mehr zu verhindern ist. Nahezu den umgekehrten Weg pflegen Kolonialländer zu gehen, deren Bevölkerung den Sättigungsgrad überhaupt noch nicht erreicht hat. Lange Zeit wahllos die Einwanderer aufnehmend, wie sie dem aussichtsreichen Jungland aus allen Völkern und Rassen zuströmten, sah sich die amerikanische Union dann doch seit 1882 mehr und mehr genötigt, manche Elemente als wenig erwünscht der Zahl nach zu beschränken oder völlig auszuschließen.

Wenn die Bevölkerung den Sättigungsgrad übersteigt, muß der Staat suchen, den Überschuß zu erhalten und ihn zur Vermehrung seiner eigenen Kraft zu benutzen. Die Besiedelung unbewohnter Gebiete führt am leichtesten zum Ziel. Wo solche nicht mehr zur Verfügung stehen, sind die Völker gewöhnlich eher geneigt, schwächere Nachbarn zu überwältigen als den eigenen Boden durch weiteren Ausbau für eine größere Menschenmenge tragfähig zu machen. Hierzu wird im allgemeinen nur spät und ungern geschritten. Auch gewährt das immer nur einen kürzeren oder längeren Aufschub; schließlich muß sich die Bevölkerung doch einmal nach außen wenden. Und es wird in der Regel nicht erst eins das andere ablösen, sondern die gesunde Kraft eines wachsenden Kulturvolkes wird sich gleichzeitig auf den inneren Ausbau wie auf die äußere Erweiterung des Wohngebietes richten. So hat das mittelalterliche Deutschland in besonders großartiger Weise die weitere Urbarmachung des Stammlandes, die Besiedelung des Ostens und hier wie dort die Gründung zahlreicher Städte gleichzeitig vollführt. In diesem Falle hielt die Ausbreitung des Staates mit der des Volkes allerdings nicht gleichen Schritt. Will aber der Staat die anwachsende Bevölkerung für sich behalten, so wird er früher oder später immer auf den Weg territorialer Ausdehnung gewiesen. Dabei ist es für den reinen Staatsgedanken wiederum gleichgültig, ob mit der Gebietserweiterung auch Bevölkerungselemente anderer Art aufgenommen werden müssen. Nur wird, je größer deren Zahl ist, der erweiterte Raum umso rascher wieder zu eng werden, und das Spiel beginnt von neuem. Daß es aus inneren Gründen ein Ende finden sollte, ist nicht abzusehen, so lange dieser Staatsgedanke in voller Kraft wirkt.

Äußere Hindernisse, wie sie die Erdoberfläche bietet, können wohl der Ausbreitung Schranken setzen. Doch sind sie meist nur von relativer Bedeutung, und oft wird gerade durch sie der Blick wieder auf neue Ziele gelenkt. Ein Gebirge lockt als erstrebenswerte Staatengrenze. Ist es erreicht, so zeigt sich, daß der

Besitz der Pässe und Straßen nur gesichert erscheint, wenn die Grenze möglichst weit über die Kammlinie hinausgeschoben wird. Der Staat sucht den natürlichen Grenzwall vollständig in seine Gewalt zu bekommen und greift auf den jenseitigen Gebirgsfuß über. Dadurch kann er dann wieder veranlaßt werden, Teile des Nachbarlandes sich anzugliedern, und so fort. Gerade die geographischen Gesichtspunkte in ihrer Bedeutung für das Militärische treiben leicht den Herrschaftsgedanken immer weiter, und da der Wille zur Macht ohnedies zur Maßlosigkeit neigt, so überschreitet das Streben bald den Punkt, bis zu dem es durch die natürliche Bevölkerungsvermehrung, den Urquell des Staatenwachstums, genährt wurde; es wird zur Eroberung um ihrer selbst willen.

Wie sehr Frankreich, besonders wieder das heutige, diesem Bilde entspricht, weiß jedermann. Über die vernünftige Grenze der Vogesen hinaus hat es von neuem das ihm fremde, deutsche Elsaß sich angefügt, und wieder verlangt es nach dem durchgängigen Besitz der „natürlichen" Rheingrenze. Hat es diese erst fest in der Hand, so wird es bald finden, daß auch sie kein Ziel darstellt, bei dem man sich beruhigen könne, wie sie ja durch Besetzung des Ruhrgebiets tatsächlich schon bedeutend überschritten worden ist. Es wird zum weiteren Schutz einen breiten Streifen östlich des Stromes, mindestens bis zur Höhe des Schwarzwaldes und Odenwaldes für nötig erklären, was dann beliebig fortgesetzt werden kann. Und das alles trotz oder vielmehr wegen der sinkenden Zahl des eigenen Volkes.

Keine Grenze aber lockt so sehr ins Weite wie die Meeresküste, die doch unter allen am schärfsten absondert. Hat auch der frühere Anspruch Englands, daß die umgebenden Meere bis zum Gegengestade ihm gehörten, nie rechte Geltung erlangt, so hat England im Grunde doch immer in diesem Sinne gehandelt und das Meer als seinen eigentlichen Herrschaftsraum angesehen. Die Seebeherrschung steigerte den Raumsinn ins Ungemessene, der sich dann bei dem Ausbau des britischen Weltreiches in so hervorragender Weise betätigte. Wie planvoll England insbesondere die Sicherung seines indischen Besitzes seit langem betreibt und wie es durch diesen Gedanken in der Aneignung von Ländern und ganzen Erdteilen Schritt für Schritt weiter geführt worden ist, braucht nur angedeutet zu werden.

Der überlegene geographische Blick ist immer eine der wesentlichsten Eigenschaften der Eroberer und Eroberervölker gewesen, dem sie zu einem sehr großen Teil ihre Erfolge verdanken. Da fehlt denn auch das letzte nicht, daß alle geographische Sonderung vor dem Geist zurücktritt und die bekannte Welt in ihrer Gesamtheit als des Strebens höchstes Ziel erscheint. Auf keinen unter den Eroberern hat die Vorstellung des Ganzen so stark gewirkt wie auf den mazedonischen Alexander, der, voll von den erdkundlichen Anschauungen seiner Zeit, überall die vermeintlichen Grenzen der Ökumene zu erreichen und das wissenschaftliche Weltbild der Griechen in die Wirklichkeit eines Weltreiches umzusetzen versuchte. Doch selbst

der nüchterne Caesar zeigt in seinen Unternehmungen in Spanien, Gallien und Britannien, daß ihm der Gedanke, den Erdkreis bis an seine Grenzen zu unterwerfen, nicht fremd war. Mit naiver Selbstverständlichkeit nahmen die Mongolen des Mittelalters die Weltherrschaft für sich in Anspruch, so daß sie die Franzosen, die nach allzeit beliebtem Rezept in ihnen Bundesgenossen hinter dem Rücken des islamischen Gegners zu gewinnen hofften, von vornherein nur wie eine Art tributpflichtigen Volkes betrachteten. Inzwischen sind die Schranken gefallen, die unvollkommene Erdkenntnis früher solchen Vorstellungen und Bestrebungen zog. Es steht nichts im Wege, den Gedanken der Weltherrschaft auf die ganze Erdkugel auszudehnen, und in der Tat ist schon vor Jahrzehnten — natürlich in der englischen Literatur — von einem wirklich allumfassenden Weltreich ernstlich gesprochen worden [2]). Was bisher stets mißlungen war, was bei dem einzelnen Eroberer nur als ein Ausfluß der Hybris erschien, die notwendig zur Katastrophe führen mußte, das braucht der Neuzeit immerhin nicht als so völlig unmöglich zu gelten, da andere Kräfte das Streben nach Allumfassung stärker unterstützen als es jemals der Fall war.

ANMERKUNGEN

1) Jacob Burckhardt, Die Kultur der Renaissance in Italien. 11. Aufl. Leipzig 1913, Bd. I, S. 5.

* * *

2) Vgl. H. J. Mackinder, The geographical pivot of history. Geogr. Journal, London 1904, Bd. 23, S. 421—444.

H. LAUTENSACH:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ALTEN WELT

Das geopolitische Bild Mitteleuropas steht nach wie vor unter dem Zeichen des Kampfes von Franzosentum und Deutschtum im Bereich des Arelatisch-Lotharingischen Grenzsaums (vgl. S. 184). Es ist interessant, unter diesem Gesichtspunkt den Ausfall der elsaß-lothringischen Wahlen zur Deputierten-Kammer zu betrachten. Sie zeigen, daß es zur Zeit in Elsaß-Lothringen keine Partei gibt, die es wagen kann, eine Änderung des im Versailler Diktat festgelegten politischen Zustandes, der Angliederung an Frankreich, in ihr Programm aufzunehmen. Es gibt also unter dem Druck des Staates, der als erster die innenpolitische Freiheit auf seine revolutionäre Fahne schrieb, in der französischen Kammer keine „Elsässer", wie im Deutschen Reichstag vor 1914! Allein der unterelsässische Kommunist Hueber erklärte, er werde in der Kammer in hochdeutscher Sprache gegen den Versailler „Vertrag" Protest erheben! Im Oberelsaß und in Lothringen ist infolge des unsinnigen französischen Wahlgesetzes mit 58900 bzw. 57600 Stimmen restlos der Bloc national Sieger geblieben, der die Verelendung Deutschlands mit allen politischen und mititärischen Mitteln betreibt, während die 52000 bzw. 55500 gegnerischen Stimmen keinen Sitz erhalten haben, das Unterelsaß schickt 6 Anhänger des Bloc national, 2 Sozialisten und 1 Kommunisten in die Kammer. Gegenüber den Wahlen vom Winter 1919 ist in Elsaß-Lothringen eine starke Zunahme der Linksstimmen festzustellen und nur in dieser Form können es die Elsaß-Lothringer schüchtern wagen, zur elsaß-lothringischen „Frage" Stellung zu nehmen. Der Zustrom der nicht französisch gesinnten Elsaß-Lothringer zu den Linksparteien würde noch größer gewesen sein, wenn diese nicht kirchenfeindlich wären. Nur im Rahmen der Kirche ist heute in Elsaß-Lothringen eine Pflege von bodenverwurzelter Stammesart, von Heimatkultur möglich, und während man in den Straßen Straßburgs kein deutsches Firmenschild mehr sehen, kaum noch ein deutsches Wort hören darf, erklingen im hehren Hause Meister Erwins von Steinbach noch deutsche Kinderchöre!

Der Rücktritt Poincarés und die Abdankung Millerands, die Wahl Doumergues zum Präsidenten der Republik und die Berufung Herriots zum Ministerpräsidenten lassen die Möglichkeit offen, daß der Kampf an der arelatisch-lotharingischen Front demnächst etwas an Schärfe verliert. In der Tat ist Frankreich nur durch eine sklavische Unterwerfung unter das angelsächsische Kapital in die Lage versetzt worden, eine Anleihe von 100 Millionen Dollar aufzunehmen und damit dem beängstigenden Sturz des Franken Einhalt zu bieten. Es ist demnach in Zukunft nicht mehr in der Lage, unter Verneinung aller ökonomischen Gesichtspunkte ausschließlich eine kulturfeindliche Angriffspolitik gegen das Deutsche Reich zu treiben. Es ist zur Wiederaufrichtung der eigenen Finanzen auf eine Kriegsentschädigungen abwerfende deutsche Wirtschaft angewiesen. Infolge der der Markstabilisierung folgenden ungemein scharfen Zahlungsmittelknappheit, der geringen Kaufkraft des Inlandes und der Verkümmerung der Absatzmärkte im Ausland befindet sich die deutsche Wirtschaft derzeit jedoch in einem Zustand gänzlichen Darniederliegens. Den erschreckendsten Ausdruck findet diese Tatsache in der deutschen Handelsbilanz. Diese ergab, nachdem sie im Jahre schlimmster Inflation schwach aktiv geworden war (s. S. 186), allein in den ersten 4 Monaten dieses Jahres eine Passivität von 955 Mill. Goldmark. Die Aus-

fuhr Hollands nach Deutschland hat sich im 1. Vierteljahr 1924 gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres vervierfacht und beträgt 45 % der Gesamtausfuhr, während die Einfuhr aus Deutschland nur 24 % der Gesamteinfuhr ausmacht. England führte in der gleichen Zeit Waren im Werte von 10,1 Mill. £ nach Deutschland aus, bezog von uns dagegen nur solche im Werte von 6,73 Mill. £, während die entsprechenden Zahlen vom 1. Vierteljahr 1913 9,32 bzw. 20,05 Mill. £ waren; es hat damit eines seiner ersten Ziele, die Konkurrenz der deutschen Industrie im eigenen Lande auszuschalten, weitgehend erreicht, es hat die Passivität seiner Bilanz gegenüber dem deutschen Reich in eine Aktivität verwandelt.

Nichts hat die traurige Lage der deutschen Industrie so augenfällig gezeigt, wie die Tatsache, daß sie auf den Ruhr- und Oberschlesienstreik des deutschen Steinkohlenbergbaus kaum noch durch Betriebseinschränkungen oder verstärkte Kohlenkäufe im Ausland reagiert hat. Obgleich dieser am 6. Mai beginnende Streik einen Verlust von 22 Arbeitstagen brachte, obgleich die Monatsförderung des Ruhrkohlenreviers von 6,5 Mill. t im April auf 1,1 Mill. t im Mai, die von Deutschoberschlesien von 1,0 auf 0,1 Mill. t herabging, ergab sich doch durchaus nicht wie im Jahr des passiven Ruhrwiderstandes ein vermehrtes Einfuhrbedürfnis: Der Gesamteinfuhrbedarf an Steinkohlen betrug im Jahre 1922, in dem Deutschland zu einem Steinkohleneinfuhrland wurde, 1,05 Millionen t im Monatsdurchschnitt, hob sich im Jahre 1923 auf 1,96 Millionen t, um im ersten Vierteljahr 1924 wieder auf 1,10 Millionen t monatlich zu sinken; dagegen ergab die Einfuhr englischer Steinkohlen über Hamburg für die Monate Januar bis März d. J. 13500 t auf den Tagesdurchschnitt, im Mai d. J. aber betrug sie trotz des Streiks nur noch 12200 t. Die jüngste Folge des Darniederliegens der deutschen Industrie ist sogar eine schwere Absatzkrise im Ruhrkohlenbergbau. Die bis 15. Juli verlängerten Mikumverträge erzwingen von den Zechen entschädigungslos eine 27 %ige Kohlenabgabe, deren Zahlungsausfall auf den Preis der Privatlieferungen verrechnet werden muß; zudem erheben Regie und Reichsbahn jede für sich die Abfertigungsgebühren. Dadurch hat sich der Umkreis der Wettbewerbsfähigkeit der Ruhrkohle stark veringert. 1914 ging die Wettbewerbsgrenze zwischen oberschlesischer und Ruhrkohle von Chemnitz über Berlin, Pasewalk nach Greifswald, jetzt ist sie bis zur Linie München, Ulm, Meiningen, Erfurt, Magdeburg, Büchen zurückgedrängt, und selbst in Hamburg und Rotterdam hält sich die Ruhrkohle nur mit Mühe gegen die englische.

In Süd- und Südosteuropa ist eine durchgreifende politische Umgruppierung in der Entwicklung, deren Linien in den Berichten S. 112ff., 258f. und 319f. zum Teil schon angedeutet werden konnten. Sie gründet sich auf den immer tiefer werdenden Gegensatz zwischen Frankreich und Italien und besonders zwischen Rumänien und Rußland. Die Kleine Entente war gegründet worden zu dem Zweck, Ungarn niederzuhalten und die Rückkehr der Habsburger auf den madjarischen Thron zu verhindern. Die Tschechoslowakei sowenig wie Südslawien aber sind geneigt, sich durch Rumänien in eine Gegnerschaft zu Rußland hineindrängen zu lassen, für das sie trotz der augenblicklichen scharfen Unterschiede in sozialer Struktur und Regierungsform panslawistische Gefühle der Zuneigung hegen. Rumänien aber weiß, daß ihm das Frankreich Herriots noch weniger gegen Rußland helfen wird als das Poincarés. Es ist durch die ungeheure Munitionsexplosion von Cotroceni, einem Fort Bukarests, in seiner Verteidigungsbereitschaft empfindlich geschwächt und leidet wirtschaftlich unter den Folgen seiner Agrarreform, die durch die neuerdings versuchte Bildung bäuerlicher Betriebsgenossenschaften günstigstenfalls nur sehr langsam überwunden werden können. Daher sucht es jetzt an demselben Ungarn eine Rückendeckung, das vom rumänischen Heer entgegen selbst der Weisung der großen Ententegenossen im Jahre 1920 überrannt worden war, und sogar der österreichische Bundeskanzler Seipel darf in Bukarest hochoffizielle Begrüßungsreden in deutscher Sprache erwidern. Südslawien andererseits, durch sein Nationalitätenproblem in eine schwere Krise gestürtzt (S. 320, 114), macht seinen Frieden mit Italien und erteilt an die Tschechoslowakei bei dem Versuch des Herrn

Benesch, auch Belgrad in das französische Bündnis zu verstricken, eine glatte Absage, so daß auch diese mit Rom einen „Freundschaftsvertrag" zu schließen für gut befindet. Damit ist Frankreichs Versuch, Italien vom Rücken her zu fassen, gescheitert, und Mussolini, der bei seinem Regierungsantritt im Oktober 1922 die enge Zusammengehörigkeit der beiden im Weltkrieg verbündeten romanischen Schwesternationen betonte, kann jetzt offen das Gesicht dem westlichen Mittelmeerbecken zukehren, in dem die französische Flottenmacht immer stärker wird. Er treibt mit England antifranzösische Politik und erhält dafür, im Zusammenhang mit dem Besuch des italienischen Königspaares in London, ohne unmittelbare Zugeständnisse bezüglich des von ihm besetzten Dodekanes machen zu müssen, den wichtigeren Teil des von Italien noch begehrten Stückes des Dschubalandes (S. 115, 265, 319), so daß nunmehr das ganze 180 km lange ostafrikanische Küstenstück von der Dschubamündung bis zum Kap Dicks Head nach Kriegsende italienisch geworden ist, er stellt sich bei der Mailänder Zusammenkunft mit den belgischen Ministern in der Reparationsfrage auf den Boden des Sachverständigengutachtens, er lehnt die Anerkennung des Tangerabkommens (Seite 112) schroff ab und knüpft, ebenfalls mit Hilfe des Besuches seines Königs, die Beziehungen zu Spanien immer enger (S. 114). Hat er somit — von dem verunglückten Korfuabendteuer im Sommer 1923 abgesehen — außenpolitisch hervorragende Erfolge zu verzeichnen, so macht ihm innerlich die unkluge Maßlosigkeit und verbrecherische Unduldsamkeit mancher seiner aus vielen Lagern zusammengewürfelten Parteigenossen große Schwierigkeiten, und es ist zur Zeit eine ernste Schicksalsfrage für Italien, ob nicht der Faszismus, der eben erst mit Hilfe einer keine Geldmittel sparenden, auf die Mentalität des südländischen Volkes aufs geschickteste eingestellten Reklame einen beispiellosen Wahlerfolg erzielte, an seiner eigenen Maßlossigkeit zu grunde gehen wird.

Am auffälligsten tritt der geringe Grad der Ausreifung der Staatenbildungen des Balkan immer wieder in Albanien hervor. Dieses Land, durch eine fast hafenlose, fieberreiche Flachküste wie durch einen eisernen Riegel vom Meer abgeschlossen, durch wild zerklüftete hohe Kalkgebirge in einzelne Becken gegliedert und gegen die übrigen Teile der Balkanhalbinsel geschieden, arm an Bodenschätzen, stellt eine staatliche Keimzelle dar, der das tragische Schicksal der Verkümmerung notgedrungen und erdgebunden anhaftet. Zu schwach, klein und zersplittert, um eine hochstehende staatliche Organisation aus sich selbst heraus zu entwickeln, hat sich Albanien stets mit Leidenschaft und Zähigkeit dagegen gewehrt, daß ihm eine solche von außen aufgedrängt wurde. In religiöser Hinsicht ist es unter römische Katholiken, Orthodoxe und Mohammedaner aufgeteilt, in völkischer haben sich die zahlreichen grundverschiedenen Mundarten der einzelnen Becken noch nicht zu einer allgemein gültigen Schriftsprache durchgerungen, in sozialer herrschen im S und der Mitte die Feudalherren, die Begs, die je eine fruchtbare Talschaft ihr Eigen nennen, und unter die sich die kleinen Pächter, die Krämer und Handwerker der Landstädte ducken, im N streitbare Bauernsippen, Clans, mit primitivsten Gemeinschaftsorganisationen, mit Ältestenräten und Volksversammlungen, Brautkauf und Blutrache. Die politischen Interessengegensätze der Begs und Clans werden nicht durch Stimmzettel und Parlament, sondern durch das Aufgebot schwer bewaffneter Haufen ausgetragen. Das hat sich auch nicht geändert, seit sich Albanien 1913 der nominellen Türkenherrschaft entwand und infolge des Gegensatzes Österreich-Italien zu einem selbständigen international anerkannten Staatswesen wurde, das 1919 als ein Schoß- und Sorgenkind des Völkerbundes neu belebt wurde. Während für Bulgaren und Serben das Ende der Türkenherrschaft zu einer Befreiung der Kleinbauern wurde, die hier als freie Eigentümer auf eigener Scholle zum Kern des Staatsvolkes heranwuchsen, blieb im politisch unentwickelten Albanien die alte Feudaloligarchie und -anarchie bestehen. Eine solche für Albanien charakteristische Umwälzung vollzieht sich wieder in diesen Tagen, in denen die „Nationalisten" die Viermännerregierung von Tirana stürzen.

Im Vertrag von Lausanne vom 24. Juli 1923 war eine Einigung über die Zuweisung des an Petroleum

feldern reichen Wilajets Mossul zwischen der Türkei und England nicht zustande gekommen, vielmehr war bestimmt worden, daß die Ziehung der Grenze zwischen dem Angorastaat und dem Irak einer innerhalb 9 Monaten zu berufenden Sonderkonferenz vorbehalten bleiben sollte. Diese „Mossulkonferenz" hat vom 21. Mai bis 5. Juni in Konstantinopel getagt; eine Einigung war nicht zu erzielen; auch haben es die Türken abgelehnt, sich der Bestimmung des genannten Vertrags über die Verweisung der Streitfrage an den Völkerbund zu fügen. Sie schlagen Verhandlungen über Vereinbarung einer anderen Schiedsinstanz vor.

König Faisul von Irak hatte am 12. Oktober 1922 mit England auf 20 Jahre einen Vertrag abgeschlossen, nach dem den Briten die Überwachung der Finanzen und der äußeren Politik des Irakstaates sowie das Recht, eine Besatzung zu unterhalten, übertragen wurde. Gegen diesen Vertrag regte sich seit Anfang April d. J. eine starke Volksbewegung. Von den 100 Notabeln der Volksvertretung wagten nur 14, sich für die Ratifikation einzusetzen, von denen darauf 2 in den Straßen Bagdads erdolcht wurden. So wurde die Ratifikation am 10. Juni abgelehnt. 8 Tage darauf setzte England sie trotzdem durch.

K. HAUSHOFER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER INDO-PAZIFISCHEN WELT.

Der Schwerpunkt der Aufmerksamkeit wird diesmal in den indischen Raum zu legen sein, trotz den japanischen Wahlen und dem Erfolg der regierungsfeindlichen Parteien, trotz dem umstrittenen Tod von Sunyatsen, der ein geopolitisch bedeutender Exponent des chinesischen Südens und des Gedankens der Vereinigten Staaten von China bleibt, trotz der Volksstimmungs-Änderung in Australien, wo das Pendel immer mehr zu Gunsten der Labour Party und innerhalb ihrer zu Gunsten der weniger imperialistischen Strömungen ausschwingt, und trotz der schon im letzten Bericht angedeuteten Annäherungen zwischen Frankreich und Japan in bestimmt umschriebenen kolonialen und pazifischen Lokalfragen. Zu dieser Auffassung bestimmt uns nicht nur die Wirkung so wichtiger Werke, wie die besprochenen von Gwynn und Carthill auf die öffentliche Meinung, sondern auch der Eindruck eines Rechtsstreits, der im Mai die Spalten der Tageszeitungen füllte, wenn er auch mit seinem Gegenstand schon weit zurückliegt. Sir Michael O'Dwyer, bei Kriegsende Lieutenant Governor des Pendjab, strengte eine Beleidigungsklage gegen Sir Sankaran Nair an, ein ehemaliges Mitglied des Exekutivbeirats des Vizekönigs und Generalgouverneurs von Indien, und Mitglied des Rats von Indien, der ihn bezichtigt hatte, in einem Buch: „Gandhi and Anarchy", terroristische Methoden angewandt zu haben. In dem Kreuzverhör, das der ehemalige Inhaber der höchsten Gewalt in der indischen Schlüssellandschaft fast eine Woche lang auszuhalten hatte, sind manche arcana imperii aufgedeckt worden, die sonst Mitteleuropa nicht zu sehen bekommt. Anlaß war auch hier der unvermeidliche Konflikt zwischen einsichtiger, aber entschlußunfähiger Staatskunst und energischer, aber einsichtsloser Vollzugsgewalt, die bei einer unmöglichen Aufgabe die Grenzen des Zweckmäßigen weit überschritt. Denn unmöglich war im Grunde die Aufgabe, aus einer dem Krieg und seinen Zielen abgeneigten Bevölkerung zwangsweise Freiwillige zu eben diesem Kriege zu erpressen. Allerhand völkerpsychologische Erkenntnisse lassen sich diesem Kreuzverhör entnehmen: „Die Eingeborenen ziehen das Gepeitschtwerden den Geldstrafen vor." Das gilt aber sicher doch nicht für alle, denn Gandhi erklärt die vergewaltigende Behandlung der Bevölkerung nach den Unruhen in Amritsar, der heiligen Stadt der Sikhs, um die es sich bei dem Prozeß handelt, für einen unsühnbaren Greuel. „Den Befehl, daß alle Eingeborenen die Offiziere mit Salam ehren mußten, mißbilligt der Generalgouverneur" (darin also haben es die aufrührerischen Sikhs besser, als die Rheinländer). Aber genügt

nicht der Befehl zum Auspeitschen der Eingeborenen, in Verbindung mit dem, daß diese bestimmte Straßenteile nur auf allen Vieren kriechend zurücklegen durften, die beide nicht ohne Grund mit dem Vertreter der höchsten Gewalt in Verbindung gebracht wurden, um eine gewisse Abneigung gegen den Generalgouverneur zu rechtfertigen, auch ohne eine „planmäßige Hetze", der er seine Unbeliebtheit zur Last legt? Es ist doch festgestellt, daß 258 Personen sicher ausgepeitscht worden sind, und daran ändert nicht viel, daß es mit dem milden Werkzeug des Rohrs oder Bambusstocks, nicht mit der neunschwänzigen Katze geschah, wie der Generalgouverneur rühmend hervorhebt. Studenten mußten sich täglich bei einem bestimmten Offizier in Lahore melden (wie im Rheinland) und dazu bis zu 20 km täglich zurücklegen. Das war eine Maßregel, die nicht etwa im Kriegsgebiet für notwendig gehalten wurde, sondern in einem durchaus friedlichen, aus dem man Freiwillige zum Schutz der kleinen Nationen für die Bekriegung der europäischen Mittelmächte und des Kalifen aushob. Blieben die Söhne aus, so mußten die Väter büssen. Diese Umkehrung des Bibelspruchs von den Sünden der Väter, die an den Kindern heimgesucht werden, erweckte die Heiterkeit des Gerichtshofes. Aber auch 5- und 6-jährige Kinder wurden als Geiseln für ihre Väter gefangen gehalten, Redakteure wurden vorbeugend als Geiseln für die politische Gesamthaltung ihrer Blätter eingesteckt. Generalgouverneur und Brigadekommandeur in Lahore und Amritsar waren überarbeitete, überreizte, von der Last ihrer Verantwortung fast erdrückte Leute, woraus sich vieles erklärt. Aber es bleiben doch einige Erscheinungen, die aus bloßer Nervenüberreizung nicht entschuldbar sind, so die Tätigkeit der Rekrutenjagdkommissionen, das öffentliche Auspeitschen der Patrioten, die Kriechverfügung, die Fliegerbombenwürfe auf die wehrlose Volksmenge von Gujiranwala, solche Gesinnungsriecherei, wie sie sich in der Führung schwarzer Listen in dem berüchtigten „Weißen und Schwarzen Buch des Pendjab" zeigt. Wie „freiwillig" die ausgehobenen Rekruten in den Krieg gingen, zeigt sich in der gerichtsnotorischen Zahl von 30% Deserteuren. Es bleibt also doch ein „Terrorismus", wie er die schlimmsten Seiten der Geschichtsbücher schändet, und es bleibt die Tatsache, daß der immerhin loyale Inder verklagt wurde, der diese Vorgänge, die damit gerichtsnotorisch wurden, „atrocities" nannte. Das Kriegsrecht ohne Krieg, das wir ja auch vom Rhein her kennen, tobte sich auch in der Kernlandschaft Indiens aus; es fehlten nicht lächerliche Züge, wie der, daß der Militärbefehlshaber dem Gouverneur von Lahore den Zutritt zu seiner getreuen Stadt Amritsar verbot, — da ja auch er unter Kriegsrecht stand. "The Pendjab is the fighting province par excellence" sagte Lord Chelmsford, der von 1916-21 Vizekönig war. Darin liegt die Rechtfertigung dafür, daß wir uns hier so eingehend mit diesem Prozeß befassen, denn das Pendjab ist in der Tat Indiens Schicksalsland, die wichtige Schwelle zwischen Indus- und Ganges-Landschaften und den Nordausläufern des Südplateaus Gondwanaland; und hier liegt also wirklich der Schlüssel des Raj.

„Die Bedingungen in Indien für die Rekrutierung waren höchst unbefriedigend"; es wehrte sich eben gegen den Kriegszwang auf seine Weise; wehrte sich mit den Mitteln des passiven Widerstandes, wie auch China lange Jahre (vergl. Gilbert Reid). „In 1919 India was in a very disturbed position." Die Lehre, daß alle Bewegungen in so großen Erdräumen wie Asien immer länger brauchen, um sich auszuwirken, geht auch aus diesem Prozeß hervor; denn erst ein ganzes Jahr nach Schluß des Krieges ist Indien zum vollen Bewußtsein seines unfreiwilligen Anteils daran gekommen. Es zeigte sich nun allerdings, daß diejenigen indischen und britischen Stellen, die ihre bösen völkerpsychologischen Wirkungen übersahen, über extreme Maßregeln erschrocken waren. Aber man muß andererseits bedenken, daß sich ein tapferer, erprobter Soldat wie General Dyer in dem unheimlich engen Straßengewirr der volkswimmelnden Pilgerstadt Amritsar mit einer Handvoll Leuten halten mußte. Er war sich klar darüber, daß die Versammlung von Gujiranwala unter Umständen der Ausgangspunkt der Revolutionierung von Indien werden konnte; er wußte, daß der afghanische Grenzkrieg schon ausgebrochen war, und daß das Pendjab als Zentrum

des indischen Bahnnetzes unter Terror und Kriegsrecht allenfalls mit etwa 500 Mann Bahnschutz, ohne diese Ausnahmemaßnahmen aber mit ebensoviel Tausenden nicht in Ordnung zu halten sei. So tat er mit höchster Energie, was er tun zu müssen glaubte; er schlug rücksichtslos zu, schlug dabei auch manchmal daneben und traf die Menschlichkeit ins Gesicht. Damit gab er dem bereits geweckten Brand neue Nahrung und erschütterte von Grund auf die zweit-labilste Bevölkerungsmasse der Erde außerhalb Europas.

Die augenblicklichen Bedingungen des Volksdrucks in Indien gehen einigermaßen klar hervor aus der Volkszählung vom 8. 3. 1921, die immer noch nicht fertig bearbeitet ist, aber in ihren nun allmählich bekannt werdenden vorläufigen Ergebnissen enttäuscht. Man hatte mit einer Bevölkerungsvermehrung auf etwa 330 Millionen gerechnet; tatsächlich kam man nicht ganz auf 319 Millionen (318942480), wobei auch diesmal das für Indien charakteristische Überwiegen der Männer auffällt (auf 1000 Männer treffen nur 945 Frauen). Die Differenz zwischen der an sich richtigen voraussichtlichen Vermehrungs-Schätzung gegenüber 1911 und der wirklichen geringeren Bevölkerungssteigerung geht wohl größtenteils zu Lasten der Influenza-Epidemie von 1918/19, die 12—13 Millionen Tote gekostet hat. So wirken medizinisch-geographisch erfaßbare Seuchen in Volksrassen, die an sich schon unterernährt und also widerstandsunfähig sind.

Die Volksdichte ist nach wie vor sehr ungleich, bei einem Reichsdurchschnitt von 71—72 auf den qkm (drei Fünftel von der des Deutschen Reiches, ein Drittel von der der übervölkerten japanischen Kernlandschaften oder von Schantung), bis zu 233 auf den qkm in der Gangesebene in Bengalen steigend und bis auf 2—3 auf den qkm im Belutschistanischen Grenzgebiet sinkend. Betrachtet man die für die indische Volksstruktur so wichtige Verteilung der Weltanschauungen, so kamen auf das Tausend der Bevölkerung 686 Hindu, 217 Mohammedaner, 37 Buddhisten, 15 Christen und 31 Angehörige verschiedener einheimischer Religionen; bei der großen Zahl der Hindu muß aber bedacht werden, daß in deren unteren Schichten weit mehr Animisten mit eingerechnet sind, als in den oberen Schichten zugegeben wird. Mohammedaner, Buddhisten und Christen, also die lebhaft missionierenden Weltanschauungen, zeigen seit 1911 eine leichte Zunahme auf Kosten der anderen, passiveren. Nur 176031 Europäer (125229 Männer, 50802 Frauen) und 113090 Anglo-Inder (56668 Männer, 56422 Frauen) steckten als überseeische Fremdkörper in diesem Volksgefüge. Die Zahl der Analphabeten ist etwas gesunken; während 1911 auf das Tausend nur 122 Männer und 12 Frauen kamen, die des Lesens und Schreibens kundig waren, waren es 1921 schon 139 und 21. Englisch, die Sprache der Volksvertretung von heute, konnten unter 1000 nur 10 Männer und 2 Frauen! Diese Zahlen übersieht leicht, wer etwa nur aus solchen Idealistenbüchern wie Romain Rolland's „Gandhi" sein Bild des Indien von heute entnehmen wollte, und sie müßten zur Besonnenheit gegenüber demokratischen Schlagworten mahnen. Nur wenn man sie genau wägt, wird man dem anglo-indischen Beamtenkörper und seinen Sorgen gerecht werden, oder einem Buch, wie dem erwähnten von Gwynn.

Ein kluger Kenner Chinas hat mir vor kurzem gesagt: daß er unter den chinesischen 350 (Mindestschätzung) bis 428 Millionen (Höchstschätzung) nur etwa 26 Millionen für einigermaßen reif zum Tragen politischer Verantwortung halte. Wenn wir nach den obigen Zahlen Indien etwa 48 Millionen „wirklicher Staatsbürger" zubilligen, so ist das gewiß sehr hoch gegriffen. Aber welche Mehrheit von Unterqualifizierten bleibt dann immer noch übrig? Und wäre sie nicht geeignet, den Glauben an den Zauber des allgemeinen Wahlrechts und der absoluten Demokratie zu erschüttern? Wieviel von den Wählern Mitteleuropas haben sich denn als reif zur Selbstbestimmung erwiesen? In Indien bleibt jedenfalls noch Spielraum genug für Prophylaxis, in einem Demos-Körper von 320 Millionen, von denen nur etwa 48 sich beim Wort Volksherrschaft und Selbstbestimmung überhaupt etwas denken können, und von denen nicht ganz 1/2 Million der Verhandlungssprache der Volksvertretung mächtig sind.

Trotz allen anderen Reichssorgen übt das britische Empire die bevölkerungspolitische Pro

phylaxis geographisch im großen Stil, und sie erstreckt sich nicht nur auf die Menschheit, sondern auf die ganze Lebewelt. Beweise dafür sind außer den umsichtigen Vorbereitungen, die der Weltrundflug erfuhr, auch bei vorübergehenden Hemmungen, die Indienststellung der „Discovery" zur Erkundung der Lebensbedingungen der großen Seesäugetiere in der Antarktis, die durch rücksichtslose Fänger, meist Norweger, vertilgt zu werden drohten. Bekanntlich führen ozeanweite Wanderungen die großen Seesäugetiere, Wale, Seehunde, Seelefanten um die halbe Erde, von der Beringsee nach Kalifornien, von der Artarktis an die Ufer Afrikas und weit in die Südsee, wobei sie überall als Verfolger kleinerer Lebewesen auftreten, aber auch ihrerseits rücksichtslos vom Menschen verfolgt werden. Es ist ein großes Verdienst der angelsächsischen Mächte, daß sie der maßlosen Ausrottung (an der sie freilich selbst in den Zeiten der schlimmsten Raubwirtschaft gierig teilgenommen hatten) nun mit großer Umsicht entgegentreten. Das treibende Motiv ist freilich rein praktischer Art: die Erhaltung eines wichtigen meererzeugten Massen-Nahrungsmittels.

Ein anderes Verdienst, namentlich im indopazifischen Raum verfolgbar, ist die Wiederbelebung der gerade dort einst so vorbildlich entwickelten Wasservorratswirtschaft zur Steigerung der lebenserhaltenden Kraft der einzelnen Räume. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß dem qkm in Ostasien das 21-fache an Erzeugungskraft abgefordert wird, wie etwa in Amerika. Einzelne große Wirtschaftsräume des indopazifischen Gebiets sind unter der Last dieser Überforderung zusammengebrochen, wie Ceylon, wo auch noch die Tamilen-Einbrüche kulturzerstörend wirkten, oder ganz zur Ruinenlandschaft geworden, wie das Irak. Dort macht man nun Versuche mit der Wiedererneuerung der Wasserspar- und Speicherwirtschaft, wozu die Anregungen vielfach von Indien ausgegangen sind, und indische und ägyptische Erfahrungen benutzt werden. Sicher hat eine übertriebene Vorstellung von den großen Möglichkeiten des Baumwollbaus in einem besser bewässerten Irak viel dazu beigetragen, dieses Gebiet in so hervorragendem Maß in den Weltkrieg hineinzuziehen und zum Tummelplatz fremder Interessen zu machen.

Manche Pläne gewinnen aber doch langsam Gestalt. Dazu gehört unter anderem die von bekannten Wasserbaugrößen des Ostens, wie Sir Thomas Ward, Sir John Norton Griffith, Sir George Hamilton und Dr. Asfar geprüfte Möglichkeit, das Euphrat-Hochwasser in den Harbiniyah-See abzuleiten und dort zu speichern, und eine Hebung des Diala-Distrikts, östlich von Bagdad gegen die persische Grenze zu, durch Wasserbauten. Das Harbiniyah-Projekt scheint augenblicklich, als finanziell nicht ausführbar, zurückgestellt zu sein; dagegen wird das Diala-Projekt günstig beurteilt und mit einem großen Stausee in Verbindung gebracht, der im Djebel Hamrin, dem Begleitzug der persischen Randketten, angelegt werden soll (unweit des aus militärischen Operationen bekannten Tafelbergs). Dieser See soll eine Fläche von etwa 1024 qkm bekommen; mit 3 Millionen £ reinem Bauaufwand, mit Nebenkosten (für Kanäle, Nebenbauten, Erstkultur-Anlagen) von etwa elf Millionen £ würden 4235 qkm Baumwollkulturland südlich Duala, östlich Kut el Amara zu bewässern sein. Das wäre ein Vorgehen auf uralten Spuren, da der Nahrawan-Kanal, eines der berühmtesten Glieder des alten Bewässerungssystems, das Gelände durchkreuzt, das nunmehr der Kultur wieder zurückgewonnen werden soll. Mit solchen Werken beweisen die Engländer den Nutzen verständnisvoller Geopolitik.

Der Staatsvertrag zwischen dem Irak und dem britischen Reich, der bis 1929 läuft, dessen automatische Verlängerung aber vorgesehen ist (White paper Cmd. 2012, 9 d) ist ein geopolitisches Meisterstück. Trotzdem hat er begreiflicherweise schon eine Gegenagitation im Irak entfesselt; denn er liefert tatsächlich mit möglichst geringem Kostenaufwand von seiten des Britischen Weltreichs die Entwicklungsmöglichkeiten des Irak an dieses aus. Allerdings wahrt der Vertrag sehr gewandt den Schein der Selbständigkeit, ja er sieht sogar den Eintritt in den Völkerbund vor, und eine Kooperation der Armeen, wobei der weitere Ausbau der Irak-Streitkräfte recht praktisch aus einem Viertel der Hafenerträge von Basra bezahlt werden soll. Wasserwerke, Straßen, Brücken,

Telegraph und Telephon sollen mittels eines auf 20 Jahre verteilten Anlehens von 94 Millionen Rupien zurückgekauft werden, das Eisenbahnsystem vorläufig britisches Eigentum bleiben. In dem Grad, wie die Irak-Armee wächst, auf die im Allgemeinen 25% der Einnahmen verwendet werden sollen, wird die britische Besatzung vermindert werden; beide aber stehen unter britischer Führung.

Solchen Bestimmungen gegenüber ist nationalistischer Widerstand selbstverständlich. Ihm gegenüber wird die Sache so hingestellt, als ob britischer Schutz unentbehrlich sei gegen eine türkische Wiedereroberung oder gegen die Einfälle der Wahabiten unter Ibn Saud. „Aber die Nationalisten glauben, Großbritannien werde im Irak bleiben, wie es in Ägypten blieb.“ (Economist 10. V. 1924.) Ganz unrecht werden sie damit nicht haben, trotz den feierlichen Versprechungen: „Wir ziehen uns aus dem Irak zurück, sobald es auf eigenen Füßen stehen kann.“ Auf diesen ist es aber seit dem Mongoleneinfall nicht mehr gestanden, wird es kaum so bald wieder stehen lernen, und wird also nach Ansicht seiner Freunde noch geraume Zeit der Unterstützung bedürfen.

Wirtschaftsgeographische Neubelebungen uralter Motive, zumeist unter britischem Einfluß als Ferment, finden wir auch anderwärts in den Monsunländern, begleitet von auffallenden Steigerungen der Bevölkerungs-Kapazität, die dann wieder Gegendruck schaffen, wie sie sich auch in Niederländisch-Indien namentlich in Java, aber auch in Sumatra und Borneo zeigt, in dem Wiederaufblühen der Federated Malay States, wie sie auch Japans Erneuerung, zu Grunde liegen, vielleicht auch dem vermehrten politischen Gewicht von Französisch-Indochina. Dessen Gouverneur machte im Mai seinen Staatsbesuch in Japan an Bord eines Kreuzers, der den Namen „Jules Ferry“ trägt, also den des Mannes, den einst eine kurzsichtige französische Kammer stürzte, weil er ihr als der verhaßte „Tonkinese“ galt, und weil man ihn im Verdacht hatte, zu einem großzügigen Kolonial-Abkommen mit Deutschland fähig zu sein. Nun trägt das nach ihm benannte Schiff den Gouverneur der aufblühenden Kolonie zu weitausschauenden Abmachungen mit Japan in das Inselreich, dessen Generalstabs-Chef Kodama noch zu Anfang des Jahrhunderts in einer Denkschrift diese Kolonie als wehrlose, leichte Beute erklären zu können glaubte. So schnell wandelt sich die Oberfläche politischer Beziehungen. Aber dauernd wirkt unter ihr das Erd- und Bodenbestimmte und mahnt zu verbindender und vergleichender Beachtung.

F. TERMER:

BERICHTERSTATTUNG AUS DER ATLANTISCHEN WELT (AMERIKA)

In den Vereinigten Staaten interessieren gegenwärtig die Bestrebungen, die auf eine Herabsetzung der Einwandererzahlen abzielen. Die innerpolitischen Verhältnisse der Union, die unter dem Zeichen der bald stattfindenden Wahlen stehen, haben zu einer Zuspitzung der Frage Anlaß gegeben. Man will in der Hauptsache die Zuwanderung von südosteuropäischen Bevölkerungselementen erheblich eindämmen zugunsten der nordischen Länder. Maßgebend für eine solche Bevorzugung waren Meinungen über die verschiedene Qualität jener Völker auf Grund ihrer Rassenzusammensetzung. Die tieferen Beweggründe aber liegen in der nicht zu leugnenden Tatsache, daß die nord- und nordwesteuropäischen Einwanderer germanischer Abkunft sich viel schneller „amerikanisieren“, als die Angehörigen slawischer, romanischer oder anderer Herkunft. Und auf eine schnelle Umformung der Zugewanderten zu Bewohnern mit einer fest und dauernd erworbenen amerikanischen Denk- und Handlungsweise kommt es den Vertretern der Einschränkung an. Die von ihnen vorgebrachten Argumente sind nicht immer einwandfrei, wenn sie auch auf die

Statistiken als Beweismaterial mit Vorliebe hinweisen. So sollen die Einwanderer aus Süd- und Osteuropa von geringerer Intelligenz, mehr für Geisteskrankheiten anfällig sein, in weit stärkerem Maße zur Kriminalität, zu Lastern und Krankheiten im allgemeinen neigen als die nordischen Vertreter. Auch in der Politik wirft man ihnen vor, sie verstärkten nur die Reihen der Radikalen im Lande. Man beruft sich ferner auf Untersuchungen, die während des Krieges über die Intelligenz von Rekruten angestellt wurden und die einen weiten Vorsprung der Nord- und Westeuropäer ergeben haben sollen. Dazu kommt, daß die Insassen von Gefängnissen, Irrenanstalten, Besserungsinstituten sich viel weniger aus nord- bzw. westeuropäischen Individuen zusammensetzen als aus ost- bzw. südeuropäischen. Persönliche Beobachtungen eines der eifrigsten Anhänger der Einschränkung, des Arbeitssekretärs Davis, haben ihm die Gewißheit verschafft, daß die Auswanderungslust in Osteuropa infolge der dortigen Lebensverhältnisse lebhafter ist als in Westeuropa.

Im Repräsentantenhaus ist die radikale Richtung in der Mehrheit, während im Senat eine den Südeuropäern günstigere Stimmung vorherrschte. Man will nun von jeder Nationalität nur 2 % von der Zahl ihrer Angehörigen zulassen, die auf Grund einer Volkszählung im Jahre 1890 in der Union lebten. Da aber die Einwanderung damals aus nord- oder westeuropäischen Ländern noch bei weitem diejenige aus Süd- und Osteuropa überwog, so ergibt sich daraus, wie günstig dabei heute die ersteren abschneiden müssen. Diese Regelung soll zunächst nur bis zum 1. Juli 1927 Gültigkeit besitzen. Dann sollen jährlich 150000 Fremde zugelassen werden. Nach dem neuen Gesetz dürften im Jahre nur 161990 Personen einwandern (alte Quote 357801). Davon entfallen auf:

Großbritannien	62658	gegen	77352	d. alten Quote
Deutschland .	50329	„	6607	„ „ „
Österreich .	1190	„	7432	„ „ „
Ungarn . . .	688	„	5747	„ „ „
Polen . . .	9072	„	30977	„ „ „
Rußland . .	1992	„	24405	„ „ „
Italien . . .	4089	„	42057	„ „ „
Rumänien . .	831	„	7419	„ „ „
Jugoslawien .	935	„	6426	„ „ „

Am stärksten werden somit Italien, Rußland und Polen betroffen werden. Die früher ziemlich heftige Opposition der Großindustrie gegen alle Einwanderungsbeschränkungen hat in jüngster Zeit nachgelassen; sie vermochte gegen die öffentliche Meinung nicht anzukämpfen, in der namentlich die Gewerkschaften tonangebend sind. Diese fordern energisch die Einschränkung, weil sie durch verstärktes Zuströmen billiger Arbeitskräfte ein Herabdrücken ihrer verhältnismäßig hohen Löhne befürchten. Ausnahmen der Beschränkung sind vorgesehen, die sich auf Frauen amerikanischer Staatsbürger, unverehelichte Jugendliche unter 13 Jahren, Professoren, Konsulatsbeamte, Schüler staatlich anerkannter Schulen und rückkehrende Ausländer erstrecken. Sie alle müssen mit besonderen Ausweisen versehen sein. Zu diesem Zwecke wird schon am Ausgangsorte der Auswanderer eine Auslese unter ihnen getroffen. Sie müssen Bescheinigungen der auswärtigen amerikanischen Konsuln vorlegen. Bevorzugt werden innerhalb der Höchstzulassungsziffer wiederum Verwandte von amerikanischen Bürgern sowie in ihrem Beruf erfahrene Landarbeiter. Es ist selbstverständlich, daß das Ausland an dieser Angelegenheit nicht achtlos vorbeigegangen ist, und es hat daher auch nicht an zum Teil recht schroffen Protesten gefehlt. Damit zeigt sich zugleich, wie weite Kreise in der Politik zum Auslande das Einwanderungsproblem ziehen wird. Die Regierung hatte sich aus rein taktischen Gründen nach der schweren Erschütterung durch den Ölskandal der verfehmten Einwanderer angenommen, die nämlich einen großen Prozentsatz der Wähler bilden. Ließen doch die Verbände italienischer Wähler im Staate Massachusetts verlauten, der Präsident würde bei der nächsten Wahl in seinem eigenen Staate unterliegen, wenn das Einschränkungsgesetz durchginge. Derartig energisch mehrten sich die Proteste ähnlichem Inhaltes, daß die Hauptanhänger der Bill in der Öffentlichkeit bekannt geben mußten, ihnen habe jede Benachteiligung anderer Völker dabei ferngelegen. Das Gesetz ist nun trotz des Sträubens der Regierung angenommen worden. Die Japaner sollen gänzlich ausgeschlossen werden, was ja dann zu der Verschärfung des Konfliktes zwischen der Union und Japan Anlaß gegeben hat. Der Kongreß ist damit

wesentlich über die Vorschläge der Regierung hinausgegangen und hat außenpolitisch einen bedenklichen Weg beschritten. Denn der Präsident wollte noch die völlige Ausschließung auf den 1. März 1925 hinausschieben in der Hoffnung, daß sich indessen ein erträgliches Abkommen mit Japan über die Frage treffen lassen würde. Er hat dann aber nachgegeben und damit seinen Gegnern das Wasser abgegraben, die weitere Einsprüche von seiner Seite wünschten, auf Grund deren sie ihm die Wählerstimmen in den pazifischen Staaten entzogen hätten.

Durch diese rigorosen Beschränkungen wird in nächster Zukunft der Strom der Auswanderer in andere Bahnen gelenkt werden. Kanada und die südamerikanischen Länder werden ihn auf sich hinlenken. Im ersteren Lande sind es hauptsächlich Engländer, Schweden Dänen, Deutsche und Holländer, die als gelernte Arbeiter in beträchtlicher Menge eintreffen und bei der bestehenden Arbeitslosigkeit schwer Arbeit finden. Besonders Toronto und Hamilton kommen dafür in Frage. Und diese Stadt hat denn auch den Antrag eingebracht, den Zustrom von gelernten britischen Arbeitern zu hemmen. Die größte Zahl der Fremden begibt sich in die ackerbauenden westlichen Staaten, wo sie ein tüchtiges Arbeiterelement in den dortigen Farmen abgeben. In Südamerika wird Brasilien nebst Argentinien in der nächsten Zukunft den Auswandererüberschuß aufnehmen. Schon begeben sich viele Italiener vorzugsweise in den letzteren Staat (1923; 94000), und namentlich Japan denkt daran, seine Landsleute, die schwer mit wirtschaftlicher Not zu kämpfen haben, in den ersteren zu lenken. Viele Erleichterungen werden den Wanderern verschafft; die Regierung garantiert freie Überfahrt und leistet an jeden einzelnen noch einen Zuschuß von 200 Yen in bar. Die Brasilianer betrachten allerdings diese Entwicklung mit gemischten Gefühlen. Denn bereits seit dem letzten Jahrzehnt war die Zahl der Japaner ständig in diesem Staate angewachsen. Vor dem Kriege waren es etwa 7000, 1920 aber schon 34000. Ja im Jahre 1923 lebten nicht weniger als 10% aller Auslandsjapaner in Mittel- und Südamerika. Ungünstige Lebensverhältnisse und schwieriges wirtschaftliches Vorwärtskommen halten die Zahl in Mittelamerika und auch den nicht besonders genannten südamerikanischen Republiken in sehr engen Grenzen. Die Mehrzahl der Einwanderer nach Brasilien und Argentinien besteht aber heute immer noch aus Deutschen, Polen und Tschechoslowaken.

Eine derartige Umgestaltung dieser modernen weltumfassenden Bevölkerungsbewegung wird auch die Richtung des Welthandels in gewisser Weise neue Bahnen einschlagen lassen. Gerade für die Union dürfte sich dieser Umstand noch von Bedeutung zeigen. Denn sie wird sich veranlaßt sehen, ihre Absatzgebiete in der Neuen Welt noch weiter auszudehnen als bisher. Schon verlautet, daß Henry Ford die Absicht habe, in Mexiko große moderne Automobilfabriken einzurichten (in Mexiko, Tampico, Monterey), und auch in Südamerika setzen mehrfach verstärkte Bemühungen der Amerikaner um den Ausbau ihres Handels ein. Schon jetzt gehen beispielsweise 50% der vereinsstaatlichen Textilwaren nach lateinamerikanischen Ländern. Auf der anderen Seite sucht sich Brasilien immer mehr von dem nordamerikanischen Einfluß freizumachen, indem es ständig an der Erschließung seiner einheimischen reichen Wirtschaftsquellen herangeht. Sind somit die Aussichten für die Union in Südamerika allerdings noch nicht als vollkommen erfolgreich zu bezeichnen, so hat sie dafür den größten politischen und wirtschaftlichen Einfluß auf Cuba als wichtiger Brücke nach dem Nachbarkontinent hinüber. Spielt doch diese Insel im Verhältnis zu anderen Ländern die erste Rolle in dem Außenhandel der Vereinigten Staaten. Das kleine aber sehr dicht besiedelte El Salvador ist wirtschaftlich in einem bemerkenswerten Aufschwung begriffen, der nach außen hin schon darin sich bemerkbar macht, daß diese Republik zu den wenigen Ländern in der Gegenwart gehört, die eine stabile Währung besitzen. Seine Blüte verdankt es dem regen Handel, dessen Ausfuhr zu fast 88% aus Kaffee besteht, dem der Zucker an zweiter Stelle mit 7% folgt. Diese beiden Artikel bedingen den Reichtum des Landes. Im Gegensatz zum benachbarten Guatemala befinden sich die meisten Plantagen im Besitz reicher einheimischer Besitzer. Deutsche sind nur gering dabei vertreten. Neuerdings erhofft man sich viel vom Baumwollanbau, für den die südl. Departements in Frage kommen. Auch den Anbau von Sisalhanf

hat man erfolgversprechend in die Wege geleitet und 1923 schon über 500 Tonnen allerdings ausschließlich nach den Vereinigten Staaten ausgeführt. Reis gedeiht ebenfalls im Lande, wird aber fast ganz daselbst verbraucht und nur eine geringe Menge kommt nach Costa Rica zur Ausfuhr. Die Gesamtausfuhr belief sich 1922 auf ca. 16,2 Mill. Dollar, die Gesamteinfuhr auf 7,4 Mill. Dollar. In ersterer standen die Vereinigten Staaten mit 23,12 % an erster Stelle, gefolgt von Frankreich, Norwegen, Niederlande und Deutschland. England reiht sich erst an 11. Stelle ein. In der Einfuhr übertrafen die Vereinigten Staaten weit alle anderen Länder. Sie bestritten 65,68 % der Einfuhr, gefolgt von England, Japan, Frankreich und Deutschland. Erklärlich werden bei diesen Verhältnissen die gesteigerten Bemühungen der Union ihren Einfluß immer stärker zur Geltung zu bringen, was durch Anleihen (1922 19 Millionen Dollar) erreicht werden soll. Aber Deutschland könnte wohl seine Stellung in dieser Republik verbessern, da das Deutschtum dort sich hoher Achtung und Wertschätzung erfreut. Hat man doch erst kürzlich 3 deutsche Lehrer an das National Institut in der Hauptstadt San Salvador berufen. —

In Costa Rica sind durch die Erdbeben erhebliche Schäden angerichtet worden, die aber im allgemeinen nicht den zuerst angegebenen Umfang erreicht haben. Dennoch hat sich der Kongreß dieses Staates zu einem Gesetz veranlaßt gesehen, für alle Baumaterialien auf fast ein Jahr zollfreie Einfuhr zuzulassen, wovon die Vereinigten Staaten natürlich wieder Nutzen haben werden. — Der längere Zeit zwischen Kolumbien und Peru bestehende Streit um die Grenzfestlegung hat jetzt durch einen Vertrag zwischen beiden Ländern seinen Abschluß gefunden. Nur die Kongresse müssen noch ihre Zustimmung dazu geben. In Kolumbien ist kürzlich der Präsident zur Anordnung des Baus von großen Kaffeelagerhäusern ermächtigt worden, die an den Hauptkaffeezentren errichtet werden sollen, eine Maßnahme, die mit der Kaffeevalorisation zusammenhängt. In Brasilien hat man diese erfolgreich durchgeführt und will den erzielten Erlös (14 500 000 Pfd. Sterl.) zur Tilgung der gesamten Valorisationsanleihe verwenden. — In Peru suchen Deutsche, die mit dem Stinneskonzern in Verbindung stehen, Ansprüche auf 75 000 acres Ölländereien bei Callao und in der Ancon-Bucht bei der Regierung geltend zu machen. Bei Callao führen deutsche Geologen bereits Probebohrungen durch. — Aus Argentinien hat die Ausfuhr in manchen Produkten zugenommen. So läßt sich eine Steigerung gegen 1922 bei Hafer, Gerste, Leinsaat (Anbaufläche für Getreide und Leinsaat 1923/24 gegen 1912/13 um 100 % zugenommen) und besonders bei Gefrierfleisch und Fleischkonserven bemerken, so daß Deutschland jetzt die Stelle in diesem Zweige der Ausfuhr einnimmt, die im Kriege die Alliierten durch ihren Heeresbedarf inne hatten, die einheimische Fleischproduktion ist damit wieder mehr angeregt worden. Im Territorium Rio Negro sollen 5000 ha Land besiedelt werden, wozu sich eine neue Gesellschaft gebildet hat (Compañia Colonizadera Italo-Argentina del Rio Negro). Man will wohl Italiener dorthin ziehen. Wein-, Birnen- und Apfelbau sollen sehr aussichtsreich sein. Obstkonservenfabriken und Weinkeltereien will man anlegen. — Uruguay hat längere Jahre einen Rückgang seiner Produktion und damit seines allgemeinen Wohlstandes erleiden müssen. Auch heute ist die Handelsbilanz zu passiv, um von einer wesentlichen Besserung sprechen zu können, wenn sie sich auch langsam bemerkbar zu machen beginnt. Von der Regierungsseite sucht man sie durch eine Anzahl von Maßnahmen (z. B. Einschränkung des Heeresbudgets) zu fördern.

Für die Verkehrsbeziehungen Südamerikas wichtig ist ein neuer Schnelldienst der Royal Mail Steam Packet Co., der die Reise Buenos Aires-Southampton in 19 Tagen bewältigt, eingerechnet Zwischenlandungen in brasilianischen Häfen. Dieselbe Gesellschaft hat ihren Dienst New York — Panamakanal — Valparaiso auf Cartagena ausgedehnt und damit das bisherige Monopol dreier amerikanischer Gesellschaften durchbrochen, die den Dienst New York — Kolumbien versahen. — Chile läßt wichtige Neubauten in seinen Häfen Talcahuano und Constitucion ausführen, die dem zunehmenden Westküstenverkehr dienlich sein werden

KARL HAUSHOFER:
LITERATURBERICHT ÜBER DIE INDO-PAZIFISCHE WELT

Unter den neuen Werken, die uns seit dem letzten Bericht (Heft 2) zukamen, in denen geopolitische Fragen des Indopazifischen Raumes eine wichtige oder leitende Rolle spielen, scheinen uns besonders zwei über den indischen Teilraum bedeutend, das eine von J. T. Gwynn, das andere von Al. Carthill.

J. T. Gwynn: Indian Politics. With an Introduction by Lord Meston, London, Nisbet & Co., 1924; XII, 344 S. 12½ Sh. Die zum Teil im Sommer und Herbst 1922 erstmalig im Manchester Guardian erschienenen Aufsätze eines ausgezeichneten Beobachters sind hier zu einem Buch zusammengefaßt worden. Sie geben auf die wichtigste Frage des britischen Reichsbaues von heute die unerbittlich deutliche und nichts beschönigende, ernste und sorgenvolle Antwort eines Mannes, der von der vielleicht vorurteilsfreiesten Zeitung der Welt eigens nach Indien geschickt worden war, um sie im Augenblick der höchsten Spannung zu suchen, und, soweit das möglich ist, zu geben. Er urteilt auf Grund langjähriger Landeskenntnis und der besten Informationen, die er unmittelbar aus Quellen verschiedensten Ursprungs zu gewinnen wußte, vom Vizekönig bis zu Gandhi und seinem Kreis, vom reichen, anglisierten Industriellen bis zum armen Dörfler, die er in Bombay und Gudjerat, im Pendjab, in Bengalen und im Süden gesammelt hat. Niemand wird von jetzt ab indische Geopolitik treiben können, ohne dieses Buch zur Hand zu nehmen. Keiner, der das weite Land einigermaßen kennt, wird es aus der Hand legen, ohne sein Erinnerungsbild verbessert zu haben. Es bringt im Augenblick des Abrollens festgehaltene und aus verworrenen Einzelheiten zum Bild zusammengeschlossene Zeitgeschichte, wie sie der Staatsmann zum Handeln, die Weltpresse zur Urteilsbildung braucht. Besonders gut beleuchtet ist die Wirkung der Industrialisierung Indiens auf den Einzelnen in Dorf und Stadt, das Mögliche und Unmögliche bei Gandhis Versuchen, das Rad der Zeit zum Handbetrieb (Khaddar!) zurückzudrehen; ebenso die wichtigste, dem Fremden so schwer zugängliche Teilfrage der indischen Reform-Bewegung, ob die Autarkie durch Abstoßen der Welt-Übererzeugung wieder gewonnen werden kann, und welche Folgen der Versuch dazu für einen übervölkerten Erdraum mit 320 Millionen Menschen haben müßte. Der Umfang, in dem die Industrialisierung Indiens auch von innen her fortgeschritten ist, wird nicht nur aus Zahlen, sondern eben so sehr aus dem Charakter und Wirtschaftstyp der Landschaft, den Eindrücken der öffentlichen Meinung, und aus dem wirklich Gesehenen abgeleitet. Mit Recht nennt Lord Meston in seiner Einleitung die Wahl, vor die das britische Weltreich sich heute in der Behandlung des indischen Problems gestellt sieht, „the most momentous choice“, und meint, der Erfolg in der nördlichen, der Mißerfolg in der südlichen Hälfte von Nordamerika einer früheren britischen Kolonialpolitik könne dafür keine Präzedenzfälle liefern. Beachtenswerte Lehren dafür wären aber gewiß aus solchen Büchern, wie das vorliegende, zu gewinnen, aus der mit offenen Augen erkannten Geopolitik des gewaltigen, volkwimmelnden indischen Lebensraumes.

Wenn Gwynn an die Möglichkeit eines Übergangs vom starren Imperialismus zur wandlungsfähigen Autonomie zu glauben scheint, so lehnt Al. Carthill eine solche Möglichkeit schroff ab.

Al. Carthill: The lost Dominion. W. Blackwood and Sons, Edinburgh & London 1924 VI. 351 S. „Verlorene Herrschaft“ überschreibt sich also resigniert diese literarisch bedeutende Totenklage des großbritischen Imperialismus über Indien in seiner überlebten victorianischen Form. Sie gilt dem Verlust Indiens als einer von Außen beherrschten Kolonie, den der Verfasser als eine so gut wie vollzogene Tatsache verzeichnet, und zwar ausdrücklich als Folge einer grundlegenden Veränderung in der Seelenstimmung des britischen

Herrenvolkes. Als der Nekrolog eines Diehard wird das Buch im Manchester Guardian bezeichnet, dessen eigne Auffassung heute für die Struktur des sich zur Commonwealth umbildenden Imperiums etwa auf dem gleichen Boden steht, wie das Zukunfts-Kompromisse anbahnende Buch von Bernard Holland: Imperium et libertas, London, 1901. Carthill wird aber immerhin sogar von der führenden Zeitung des Manchester-Kreises mit der Achtung behandelt, die auch bei englischer Parteikritik an sich hervorragender politischer Leistungen parteipolitisch Andersgläubigen gegenüber oft so wohltätig auffällt. Schon aus diesem Grunde bemühen wir uns, bei geopolitischen Literatur-Besprechungen solche Gegensätze über wichtige Lebensräume noch zu kontrastieren, um unsern Lesern das stereoskopische Sehen zu erleichtern.

Solche Bücher, wie das von Gwynn, Carthill und Sarkar (vgl. Heft 2) ergeben, wenn man sie zusammenhält, für das Indien von heute eine Aufnahme von der Schärfe eines durch Fliegerbilder ergänzten, auf tadelloser topographischer Grundlage geschaffenen Reliefkartenbildes. Die ganze Veränderung der geopolitischen Phraseologie und Ideologie, "The passing of Imperialism" (N. Peffer), wenigstens in seiner überlieferten Form, „Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters" (Hofmann), kommt einem schwerlich aus einer anderen Veröffentlichung der neuesten Zeit so unabweisbar klar zum Bewußtsein, wie aus Carthills Indienbuch: es hat taciteische Größe und ist für das eigene Reich vom Grauen des Unabwendbaren umwittert. Aber für die um Selbstbestimmung ringenden Räume der Erde eröffnet es Hoffnungen, und zu ihnen gehört ja, nach furchtbarem Sturz, wie der indische, nun auch wieder der deutsche! „Zahlreich sind Englands verlorene Besitzungen. Von einzelnen ist es in Schlachten vertrieben worden. Einige ließ es aus Nachlässigkeit fahren. Andere gab es weg als nutzlos und schädlich. Manche wurden vertauscht und verschachert. Indiens Fall aber ist bis heute das erste und einzige Beispiel des Verlassens wertvoller Habe aus moralischen Gründen." Die Ähnlichkeit mit dem Wandel in der Auffassung des Reichsbegriffs der Annalen des sinkenden Rom ist unverkennbar, und ließe sich noch aus vielen anderen Stellen erweisen.

Ein Zeuge ganz anderer Art, als diese beiden Dokumente eines praktisch angewandten und eines utopischen Imperialismus, ebenfalls von feinem geopolitischem Reiz durchwoben, der aber nicht das Hauptmotiv des Buches darstellt, sondern neben diesen herausgefunden werden muß, ist das hinterlassene Reisetagebuch des Naturforschers und Praeparators Reischeck.

Andreas Reischeck; Sterbende Welt. Zwölf Jahre Forscherleben auf Neuseeland. Leipzig, F. A. Brockhaus 1924. 334 S., 94 Abb., 2 Karten. Von dem hohen naturwissenschaftlichen Wert des auch in England mit warmer Anerkennung begrüßten Buches zu sprechen, müssen wir uns leider versagen. Was für unsere Zwecke wertvoll ist, beginnt erst etwa vom 8. Kapitel ab, und hängt zusammen mit einer der wichtigsten Fragen, die im Bereich der Südsee ihrer Lösung harren: ob die Malaio-Polynesier wirklich, wie Reischeck meint, Vertreter einer sterbenden Welt sind, oder aber, wie neuere Erfahrungen vermuten lassen, eines unerwarteten Wiederaufschwungs fähig. Gewiß hätte sich Reischeck als aufrichtiger Freund der Maori gefreut, wenn er noch erlebt hätte, wie günstig die Reformbewegung, ausgehend von Tahu Wiremie Ratana und seinem Sekretär Peter Moko, auf die scheinbar schon in das letzte Stadium der Aufsaugung getretene Urbevölkerung gewirkt hat, was sich in einem auffallenden Ansteigen der Geburtenziffer äußert. (Vgl. The Union of the Maori Remnant — Kotahitanger Ote Morieni.) Dieser angeblich sterbenden Welt gehört allerhand an, was durchaus noch nicht sterben will; und das von Reischeck so fein geschilderte Neuseeland ist eben nur ein Teilgebiet davon. Sie umfaßt rassenmäßig 110 bis 120 Millionen, und reicht von Madagaskar bis Hawaii, und von Neuseeland über den ganzen Verlauf der australisch-ostasiatischen Zerrungsbögen hinweg, — das malaienwimmelnde niederländische Inselreich Insulinde mit seiner neuerdings so lebendigen Unabhängigkeits-Bewegung umschließend — über Formosa bis nach Japan! Es läßt sich nicht wegleugnen, daß auch Japan schon zeitweilig von auswärtigen Beobachtern als eine sterbende Welt proklamiert worden ist, und daß es durch gewisse Degenerations-Erscheinungen, die bei Inselvölkern

vorzukommen pflegen, dazu Anlaß geboten hatte. In einer guten japanischen Studie von Eijiro Honjo: The Population of Japan in the Tokugawa Era, Kioto wird gezeigt, wie die Bevölkerung fast zwei Jahrhunderte lang stagnierte, von ebenso schlimmen Rückgangs-Erscheinungen befallen war, wie später die Maori auf Neuseeland, sich aber nun, nicht eben zur Freude der Nachbarn, in einem Jahr um das Achtfache dessen vermehrt, was sie früher in einem Jahrhundert zugenommen hatte.

Einblick in diese rätselhaften Vorgänge der säkularen oder katastrophalen Bevölkerungs-Schwankungen, der Zunahme und Abnahme der Vitalität, zumal bei unseren Antipoden, gewährt uns die ausgezeichnete Bestandesaufnahme der Maori, die wir bei Reischeck finden, wenn auch mehr als Nebenfrucht seines hauptsächlichen Reisezwecks, der zoologischen, vorwiegend ornithologischen Sammlungen und Forschungen galt. Der liebenswürdige Österreicher ist alles eher, als ein Imperialist: ein gütiger, eher zu weicher Mensch, leidenschaftlicher Tierfreund, aufopferungsvoller und zäher, ungewöhnlich leistungfähiger Forscher, der eben dadurch, daß er nur als Naturfreund, nicht als Eroberer oder Ausbeuter zu ihnen kam, das Vertrauen der Maori gewann, und den Weg zu ihrer Seele fand. Gerade weil er selbst nur der objektiven Wahrheit dient, und voll Ehrfurcht den Spuren der alten Kultur nachgeht, hat Reischeck das Recht, die Sünden zu entschleiern, deren sich die europäische Kultur und Wirtschaft bei der anthropo-geographischen Zerstörung der Südsee schuldig gemacht hat. Dürfen wir es Japan und China verargen, wenn sie angesichts solcher abschreckenden Vorbilder wie Tasmanien, Neuseeland u. a. ihrerseits keine solche „Sterbende Welt“ werden wollen, und argwöhnisch den Anfängen widerstehen, die in dieser Richtung zu führen scheinen? Müssen wir nicht weitsichtiges geopolitisches Verständnis gerade daraus gewinnen, daß wir das Fädenspiel beobachten, mit dem die malaio-polynesische Lebenserhaltung einer Hundert-Millionen-Rasse klug und bedacht von Japan aus aufgerollt wird? Reischeck's Tagebuch ist ein Dokument, das Ost-Asiaten, Malaio-Polynesier und Mittel-Europäer gleichermaßen nachdenklich machen kann.

Henry T. Hodgkin: China in the Familiy of Nations. London. George Allen & Unwin 1923. Ein im Ganzen leichtflüssiges, nicht tiefgründiges Buch, von der ausgezeichneten Absicht geleitet, für China um verständnisvolle Gerechtigkeit zu werben. An einzelnen Stellen geht es allerdings mehr in die Tiefe, so in seiner Darlegung des chinesischen Li-Begriffs, das Natur-Recht, gesunden Menschenverstand und Billigkeit umfaßt, das Aequm et justum, das rechte Maß zur Richtschnur des Lebens erhebt. Zugänglichkeit für ruhiges Zureden und für Verstandesgründe, Fleiß und Durchhalten, Achtung vor erworbenem Wissen und Können, scheinen auch diesem guten Beobachter hervortretende Züge des chinesischen Volkscharakters zu sein, dem alles sinn- und maßlose widerstrebt, was der Chinese alles unter dem Begriff Wu-li zusammenfaßt. Wichtige Probleme werden im allgemeinen mehr angedeutet, als angepackt, aber dazwischen finden sich immer wieder feine eigene oder fremde Beobachtungen, wie S. 59 der Stoßseufzer des ersten diplomatischen Unterhändlers in Peking: „In Ländern wie China bedeutet das Schließen eines Vertrages den Anfang, nicht das Ende der Schwierigkeiten!“ — was auch für Mitteleuropa gilt. Oder die Erzählung von dem weitsichtigen chinesischen Staatsmann, der nach der Mandschu-Eroberung den Chinesen die Rolle der Tätigen, der Arbeiter und Händler zuteilt, den Mandschu die der Landesverteidiger, in eigenen Lagern zusammengehalten, von Pensionen aus fremder Arbeit lebend, dadurch eigener Leistung entwöhnt, — in der Voraussicht, daß sie in längstens dreihundert Jahren dadurch entartet an den Türen der Chinesen betteln gehen müßten. Das ist Geopolitik lang- und zählebiger, fernhin rächender Rassen! So bringt das Buch, ohne gerade viel neue Kenntnis zu erschürfen, auch dem Kundigen manches Wertvolle, und führt den Unkundigen auf bequeme Weise an die geopolitischen Probleme des heutigen China heran, soweit sie mit bloßem gesunden Menschenverstand zu erfassen sind.

Ming-Tchien Joshua Bau: The Open Door Doctrine in Relation to China, London, 1924, Macmillan, mag als gute geschichtliche Darstellung der Lehre von der offenen Tür,

Emil S. Fischers: Guide to Peking and its Environs Near and Far, Tientsin-Shanghai, in seiner Erneuerung für 1924, der dreißigsten, wenn wir nicht irren, wegen seiner gediegenen Ausstattung und anderwärts unerreichbarer Reiseauskünfte genannt werden, und endlich erwähnen wir bei China

The Chinese Confessions of C. W. Mason, weil sie Einblick in die Seelenverfassung eines wegen Verrat an die Ostrassen verurteilten Westländers geben, der sich als junger Assistent im Dienste der damaligen kaiserlich chinesischen Seezoll-Verwaltung mit dem Ko-Lao-Hui Geheimbund in Waffenschmuggel und ähnliche Geschäfte eingelassen hatte. Das Buch, aus einem Kreise stammend, der ein Sammelbecken seltsamer anthropogeographischer Spezialitäten war, verrät abenteuerliche Gedanken; aber die gleichen Ideen, die damals zur Verurteilung des Verfassers führen mußten, spuken heute wieder in vielen Köpfen, nicht zuletzt in solchen, die mit der, ganz Asien überspannenden Außenseiterkette der Sowjet-Ideologie in nahe Berührung kamen. Asien schwingt langsamer an, aber seine Wellenbewegungen halten länger nach, wenn es einmal bis zum Grunde aufgerührt worden ist, wie es noch mehr als durch den Krieg selbst, durch die Kriegslügen und Kriegsfolgen geschah.

Proben dafür sind zwei seltsame Bücher, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind:

Dr. Ferdinand Ossendowski: Tiere, Menschen und Götter (Beasts, men and gods) Frankfurt a. M., Frankfurter Sozietäts-Druckerei 1923, und

Wilhelm Filchner: Sturm über Asien. Berlin, Neufeld und Henius, 1924.

Beide beschäftigen sich, wie früher schon H. Consten: Weideplätze der Mongolen, Berlin, 1922, mit den durch den Weltkrieg neu in Bewegung geratenen Raumverteilungsfragen Hochasiens, vor allem den centralasiatischen Hochsteppen-Randländern des chinesischen Reichs, die seiner Zügelführung entgleiten oder schon entglitten sind: Mongolei, Ili, Chinesisch-Turkestan, Tibet.

Es ist ein Teil der gewaltigen Steppenlandschaft, der schon 1904 Mackinder eine geopolitisch so bedeutende Betrachtung in "The geographical pivot of history" gewidmet hat, und über reizvolles persönliches Erleben und farbige Lokaleindrücke und allerjüngste Entwicklungen hinaus ist geopolitisch in diesen neuen Erscheinungen fast nichts gesagt, was nicht bei Mackinder schon anklingt. Aber das Wertvolle ist die folgerichtige Weiterentwicklung seit jener großartigen geopolitischen „Vision“, die sich aus beiden Werken heraus gewinnen läßt.

Bei Ossendowski ist sie zu schöpfen aus den Erfahrungen eines Naturwissenschaftlers, der vor den Sowjets im Jahre 1920 aus Krasnojarsk flüchten muß, auf diesem Fluchtweg Jenisei-aufwärts in die Mongolei gelangt, diese südwärts bis ins Hwangho-Quellgebiet, dann nordostwärts bis Urga, und dann zur ostchinesischen Bahn durchstreift, den letzten bedeutenden Führer der weißen Heeresreste Ungern-Sternberg noch auf der Höhe seiner unstet zusammengeballten Macht in Urga trifft, und die Schilderung dieser ganzen Kette von Abenteuern mit scharfer landschaftlicher und völkerpsychologischer Beobachtungsfähigkeit abrollen läßt. Das Buch ist ohne jede politische Tendenz, schlicht, unverkünstelt und doch wirkungsvoll, und so sensationslos geschrieben, als man so sensationelles Erleben überhaupt schildern kann. Und das ist sein Verdienst: die Wahrheit des Erlebten wird zum wirkung-steigernden Hintergrund der eher verhaltenen Darstellung.

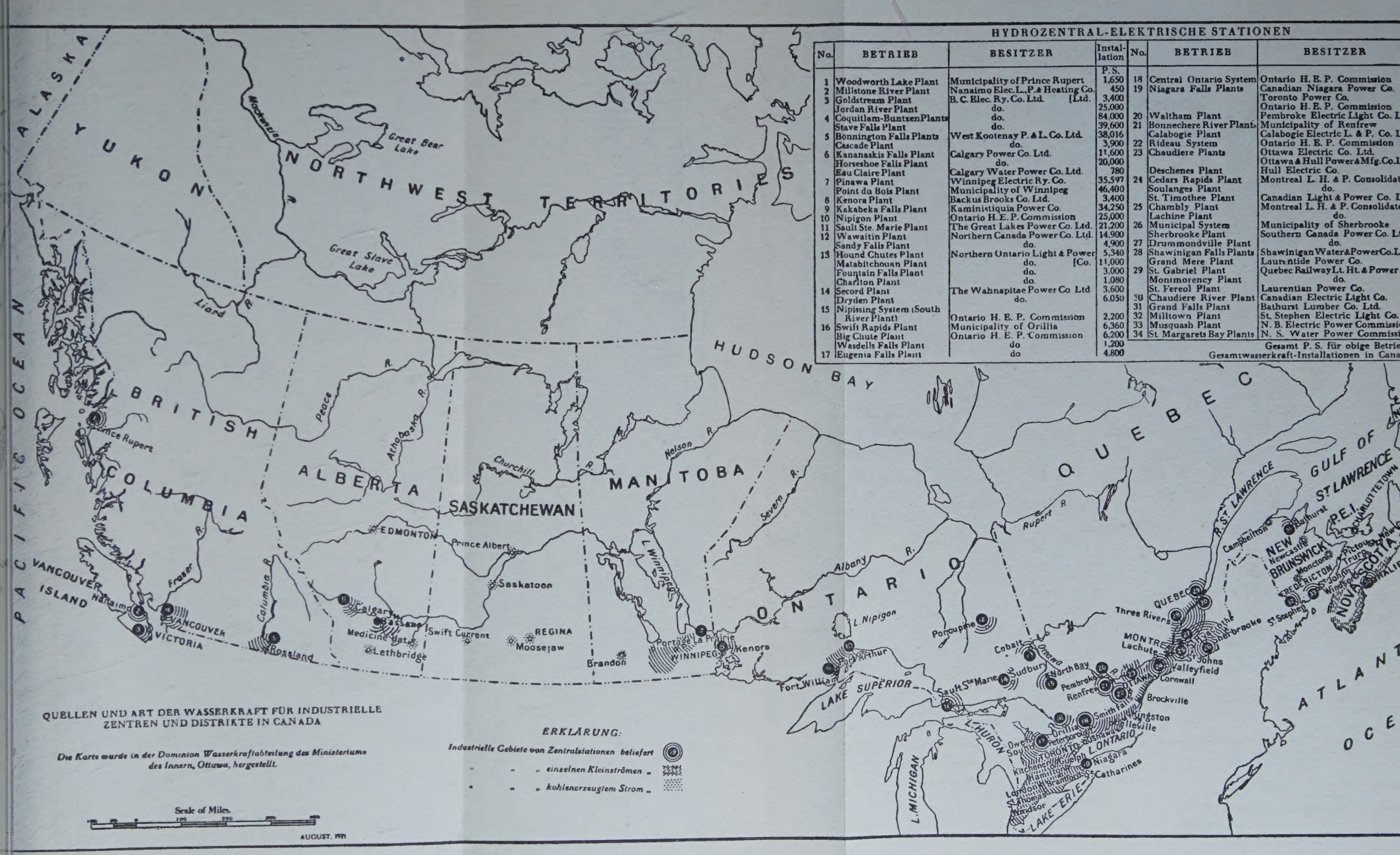
Im Gegensatz dazu ist Filchners Sturm über Asien aus politischer Tendenz geboren und aufgemacht. Er will von Anfang an politisch wirken und sucht Übersteigerung vielleicht nur in die Maske der Erlebnisse eines politischen Geheimagenten gehüllt — wie sie einem allerdings zwischen Rußland, Indien, China und Iran in reicher Auswahl und mit höchst merkwürdigen Erlebnissen über den Weg laufen. Das Buch verrät große Gewandtheit in der Benützung des bekannten, überall verstreuten, aber nirgends wissenschaftlich zusammengefaßten Nachrichtenstoffs über die politische Geschichte Hochasiens im letzten Vierteljahrhundert, auch wohl der neuen russischen Tibetwerke von Zybikow und Koslow. Dem Buch kommt ferner die ganze Lokalkenntnis eines durch zwei innerasiatische Reisen reich erfahrenen Beobachters zugute, aber es ist bedauerlich, daß aus der politischen Tendenz des Buches heraus die

Grenzen zwischen dem selbst Erlebten und Gesehenen, und dem aus der Verfolgung des Nachrichtenspiels gewonnenen Stoff absichtlich verwischt scheinen, wie überhaupt eine Angabe von Quellen geradezu vermieden wird. So entstand ein wenig einheitliches Ganzes von unleugbar suggestiver Wirkung, das gründliche geographische, geschichtliche und politische Kenner trotz seiner Aufmachung und Einkleidung kaum irreführen wird, das aber vielleicht mit ähnlicher Vorsicht genossen werden muß, wie die Schriften von Putnam Weale. Es ist für eurasisch-kontinentale Verhältnisse ein Seitenstück zu „Indiscreet Chronicle from the Pacific", das neben höchst persönlichen Werturteilen ebenfalls Erfahrungen enthält, die sich anderwärts nicht finden, wo Indiskretionen aus dem Sack gelassen werden, die sonst mit gutem Grund verwahrt und verheimlicht, erst nach einer gewissen Schutzfrist in die Zeitgeschichte einzugehen pflegen, wo ihr aktuelles Interesse dann verraucht ist. So interessant und amüsant das Filchnersche Buch zu lesen ist, bin ich doch darin einig mit einem der hervorragendsten Kenner Hochasiens, dessen Ansicht ich zur Ergänzung der meinigen eingeholt habe, daß die Bedeutung der dort geschilderten Vorgänge, besonders in ihrer Rückwirkung auf Europa vom Verfasser stark übersteigert ist. Der Verfasser dürfte daher kaum recht behalten, wenn er meint „die Blicke der ganzen Welt sind deshalb mit Recht erwartungsvoll nach dem tibetanischen Hochland, dem Hexenkessel Asiens gerichtet". Sie haften wohl mehr an den Rändern: Turan und Iran, Indien, China, Japan . . .

Einer ganz anderen Gattung politischen Schrifttums gehört an: Kolu Li: Unabhängigkeitsbewegung Koreas und japanische Eroberungspolitik. Berlin, Sittenfeld 1924. 32 S. Die Broschüre ist eine ausgesprochene Tendenzschrift, gegen die Annexion Koreas durch Japan gerichtet. Der Versuch, ein Bild der geschichtlichen Entwicklung der koreanischen Frage zu geben, hätte durch eine kurze geographische Untermalung wesentlich gewonnen. Für den um die Selbstbestimmung seines Volkes kämpfenden Koreaner (der natürlich nur subjektive Wahrheit geben kann, wenn er sich auch ehrlich um objektive bemüht) sind die erdgegebenen Grundlagen seines Volkstums selbstverständlich, er darf sie aber von fremden Lesern nicht ohne Weiteres als bekannt voraussetzen. Nach meinen Erfahrungen gehört Korea sogar zu den am wenigsten allgemein bekannten größeren Siedelungsgebieten mit einer kulturgeographischen Eigennote. Verständnisvollere Einstellung auf diejenigen Kreise, in denen eine solche Propaganda-Schrift doch wirken will, Beschränkung in heftigen Anklagen und Vermehrung der sachlichen Belege, breitere Darstellung der kulturgeographischen und wirtschaftsgeographischen Eigenart würde der in der Werbeschrift vertretenen Sache nur nützen. Die Schrift von Aguinaldo: La vérité sur la révolution des Philippines Paris 1900, könnte als Beispiel dafür dienen, wie der Wehrlose mit geopolitischen Tatsachen das Weltgewissen wachzurufen suchen muß. Solche Bücher, wie Dean C. Worcesters und Russells Philippinen-Werke, auch die oben besprochenen von Gwynn und Carthill über Indien, die Fortschritte der Philippinen, wie Indiens zur Autonomie innerhalb des letzten Jahrzehnts geben dann die Quittung über die richtige geopolitische Arbeit unterdrückter Völker, Rassen und Räume!

Verantwortlich sind: Dr. F. Hesse, Berlin W 15, Düsseldorfer Straße 47/III / Prof. Dr K. Haushofer, München, Arcisstraße 30 / Prof. Dr. E. Obst, Hannover, Geibelstraße 24 / Verlag: Kurt Vowinckel Verlag, Berlin-Halensee, Johann Sigismundstraße 2 / Druck: Dr. Selle & Co. A.-G., Berlin SW 29, Zossener Straße 55





HYDROZENTRAL-ELEKTRISCHE STATIONEN

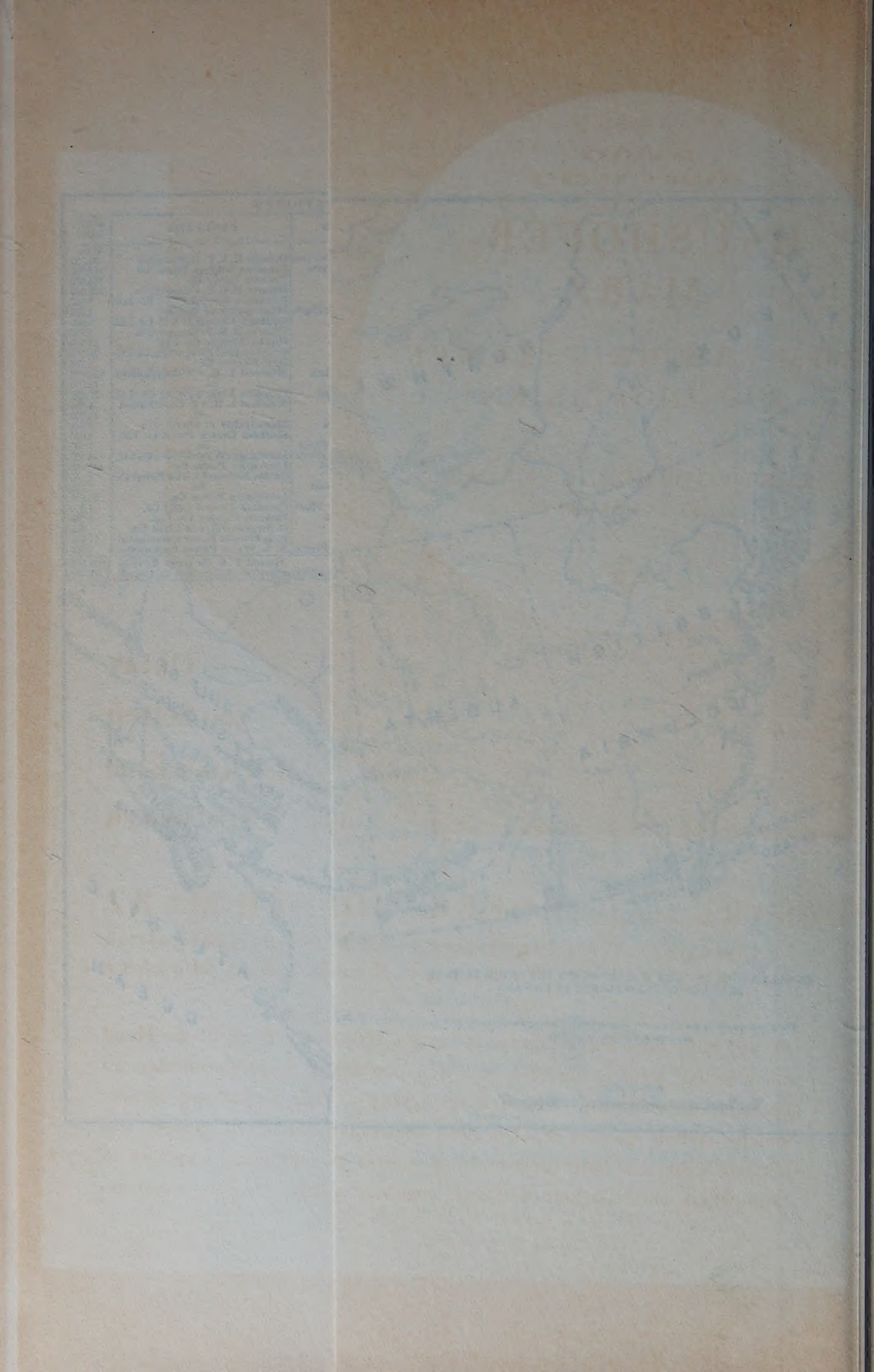
No.	BETRIEB	BESITZER	Installation P.S.
1	Woodworth Lake Plant	Municipality of Prince Rupert	1,650
2	Millstone River Plant	Nanaimo Elec. L., P. & Heating Co.	450
3	Goldstream Plant	B. C. Elec. Ry. Co. Ltd.	3,400
	Jordan River Plant	do.	25,000
4	Coquitlam-Buntzen Plants	do.	84,000
	Stave Falls Plant	do.	39,600
5	Bonnington Falls Plants	West Kootenay P. & L. Co. Ltd.	38,016
	Cascade Plant	do.	3,900
6	Kananaskis Falls Plant	Calgary Power Co. Ltd.	11,600
	Horseshoe Falls Plant	do.	20,000
	Eau Claire Plant	Calgary Water Power Co. Ltd.	780
7	Pinawa Plant	Winnipeg Electric Ry. Co.	35,597
	Point du Bois Plant	Municipality of Winnipeg	46,400
8	Kenora Plant	Backus Brooks Co. Ltd.	3,400
9	Kakabeka Falls Plant	Kaministiquia Power Co.	34,250
10	Nipigon Plant	Ontario H. E. P. Commission	25,000
11	Sault Ste. Marie Plant	The Great Lakes Power Co. Ltd.	21,200
12	Wawaitin Plant	Northern Canada Power Co. Ltd.	14,900
	Sandy Falls Plant	do.	4,900
13	Hound Chutes Plant	Northern Ontario Light & Power Co.	5,340
	Matabitchouan Plant	do.	11,000
	Fountain Falls Plant	do.	3,000
	Charlton Plant	do.	1,080
14	Secord Plant	The Wahnapitae Power Co Ltd	3,600
	Dryden Plant	do.	6,050
15	Nipissing System (South River Plant)	Ontario H. E. P. Commission	2,200
16	Swift Rapids Plant	Municipality of Orillia	6,360
	Big Chute Plant	Ontario H. E. P. Commission	6,200
	Wasdells Falls Plant	do	1,200
17	Eugenia Falls Plant	do	4,800

No.	BETRIEB	BESITZER
18	Central Ontario System	Ontario H. E. P. Commission
19	Niagara Falls Plants	Canadian Niagara Power Co.
		Toronto Power Co.
		Ontario H. E. P. Commission
20	Waltham Plant	Pembroke Electric Light Co. L
21	Bonnechere River Plants	Municipality of Renfrew
	Calabogie Plant	Calabogie Electric L. & P. Co. L
22	Rideau System	Ontario H. E. P. Commission
23	Chaudiere Plants	Ottawa Electric Co. Ltd.
		Ottawa & Hull Power & Mfg. Co. L
	Deschenes Plant	Hull Electric Co.
24	Cedars Rapids Plant	Montreal L. H. & P. Consolidat
	Soulanges Plant	do.
	St. Timothee Plant	Canadian Light & Power Co. L
25	Chambly Plant	Montreal L. H. & P. Consolidat
	Lachine Plant	do.
26	Municipal System	Municipality of Sherbrooke
	Sherbrooke Plant	Southern Canada Power Co. Lt
27	Drummondville Plant	do.
28	Shawinigan Falls Plants	Shawinigan Water & Power Co. L
	Grand Mere Plant	Laurentide Power Co.
29	St. Gabriel Plant	Quebec Railway Lt. Ht. & Power
	Montmorency Plant	do.
	St. Fereol Plant	Laurentian Power Co.
30	Chaudiere River Plant	Canadian Electric Light Co.
31	Grand Falls Plant	Bathurst Lumber Co. Ltd.
32	Milltown Plant	St. Stephen Electric Light Co.
33	Musquash Plant	N. B. Electric Power Commissi
34	St. Margarets Bay Plants	N. S. Water Power Commissi

Gesamt P. S. für obige Betrie

Gesamtwasserkraft-Installationen in Cana

ZU HAMILTON: DIE WASSERKRÄFTE CANADAS





DIE DREITEILUNG DER ERDE NACH DEM ARBEITSPLAN DER ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK

Presse: Dr. Selle & Co. A.G. Berlin